

Die Politische Meinung



POM 24/I, 12 €

Nr. 584, 69. Jahrgang

ISSN 0032-3446

politische-meinung.de

Rüstung

Fragen zur
Verteidigungsfähigkeit



Staaten leben gefährlich. Jedenfalls sind ihre Existenz und ihr Überleben bei fundamentalen Herausforderungen von innen oder von außen keineswegs ein für alle Mal gesichert. Das ist eine ebenso stabile Lektion der Geschichte wie eine aktuelle Erfahrung. Der russische Überfall auf die Ukraine und auch der brutale pogromartige Angriff palästinensischer Terroristen auf Israel am 7. Oktober 2023 haben das deutlich vor Augen geführt.

Vor diesem Hintergrund sind die Grundvoraussetzungen, die ein Staat schaffen muss, um seine Existenz zu sichern, schlagartig in den öffentlichen Fokus in Deutschland gerückt. Im November 2023 forderten Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius und Generalinspektor Carsten Breuer, dass die Bundeswehr „kriegstüchtig“ werden müsse. Das zielt nicht nur auf die Rüstungsgüter, die das Militär benötigt, um seine Aufgaben zu erfüllen. Darüber hinaus schließt die Forderung auch ein, dass sich die Bürger mental rüsten, um als Gesellschaft resilient auf die vielfältigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Risiken unserer Zeit zu reagieren.

Das sind keine Selbstverständlichkeiten mit Blick auf deutsche Missstände im Bereich der Verteidigung. Zumindest rhetorisch und diskursiv hat der Schock des russischen Angriffs in Deutschland eine „Zeitenwende“ angestoßen. Seither ist Rüstung „salonfähig“ geworden – Leopard-2-Panzer, Arrow-3-Raketenabwehrsysteme oder F-35-Kampflugzeuge sind mittlerweile vielen geläufig geworden, die sich zuvor nie und wenn, eher am Rande, mit modernen Waffensystemen und ihrer Kampfkraft beschäftigt haben. Schwierig bleibt das Verhältnis der Deutschen zur Rüstung aber allemal. Das spiegelt sich auch in den Beiträgen dieser Ausgabe wider, die sich dem ebenso grundsätzlichen wie hochaktuellen Thema aus verschiedenen Perspektiven annähert und dabei sowohl auf militärstrategische Aspekte als auch auf politische, gesellschaftliche und technische Fragen eingeht.

Auch *Die Politische Meinung* will für die kommenden Jahre gerüstet sein. In Zeiten, in denen die finanziellen Spielräume enger werden und die Kosten steigen, braucht sie verlässliche Perspektiven. Einbußen in der Qualität darf es nicht geben. Diesen Anspruch soll die Zeitschrift künftig mit fünf Ausgaben jährlich sowie gegebenenfalls einem Sonderheft aus besonderem Anlass einlösen. Gleichzeitig wollen wir einen neuen Akzent setzen: Nach zehn Jahren haben wir das Layout modernisiert.

Ihr
Norbert Lammert

1 Editorial

Thema:
Rüstung – Fragen zur
Verteidigungsfähigkeit

16 Vorerst gescheitert ...

Johann Wadehul
Die Zeitenwende bei der Bundeswehr

21 „Overkill“

Gerlinde Groitl
Droht eine neue Welle nuklearer Aufrüstung?

26 Vital versus postkolonial?

Maximilian Terhalle
Multipolarität, Multilateralismus und
Nationale Sicherheitsstrategie

39 Tabubruch

Marco Seliger
Wie „kriegstüchtig“ ist die deutsche
Gesellschaft?

45 Eine Frage von Bildung?

Karin Prien
Sicherheitspolitik und Militär als Themen
in den Schulen

49 Zeitenwende in den Köpfen

Timo Graf
Russlands Angriffskrieg verändert das
verteidigungspolitische Meinungsbild

56 Weiterhin blank?

Klaus-Heiner Röhl
Das deutsche Rüstungspotenzial nach
der Zeitenwende

62 Masse statt Klasse?

Frank Fischer
Lektionen aus dem russischen Krieg gegen
die Ukraine

74 Rüstungsexport

Hans Christoph Atzpodien
Ein Überblick über deutsche und
europarechtliche Regelungen von
Rüstungsgeschäften

79 Waffenbrüder?

Alexander Schuster
Wege zum europäischen Schulterschluss in
der Rüstung

84 Auf dem Weg zu einer „Querfront“?

Tim B. Peters
Linker und rechter Pazifismus in Anbetracht
des russischen Angriffskriegs

89 Interview: „Es herrschen Unsicherheit und Unverständnis“

Anna Staroselski über jüdisches Leben in
Deutschland nach dem Terrorangriff der
 Hamas auf Israel

Waffenträger

69 Cyberstreiter?

Ferdinand Alexander Gehringer
Was Soldatinnen und Soldaten künftig
können müssen

95 Tödliche Schüsse

Oliver Hoffmann
Schusswaffengebrauch bei der Polizei im
internationalen Vergleich

Erinnert

34 So stark wie nie?

Christoph Heusgen
75 Jahre NATO

116 Der lange Abschied von der Entspannungspolitik

Beate Neuss
Die Krim-Annexion vor zehn Jahren und
die deutschen Russlandbeziehungen

Kommentiert

99 Im Gewand der Moral

Marko Martin
Über die nicht zuletzt linken Wurzeln des
gegenwärtigen Judenhasses

Perspektive „Zukunft“

103 Generationengerechtigkeit

Ronja Kemmer
Die Krisen unserer Zeit meistern wir
gemeinsam oder gar nicht

Nachruf

108 „Eine Ausnahme- erscheinung der deutschen Politik“

Norbert Lammert
In memoriam Wolfgang Schäuble

124 Zum Gedenken an Wolfgang Bergsdorf

Bernd Löhmann

Gelesen

112 Der Sinnfrage die Sinnfrage stellen

Markus Albers
Hans Rusinek: Work-Survive-Balance.
Was haben „New Work“ und Klimakrise
miteinander zu tun?

126 Aus der Stiftung

Rüstung

Fragen zur Verteidigungs- fähigkeit

Waffenschmiede
Fotos aus der Serie
„Good old bad old goods“
von Nikita Teryoshin



© Nikita Teryoshin

Im Juni 2023 erhielt der in Berlin lebende Fotograf Nikita Teryoshin die seltene Gelegenheit, gemeinsam mit einigen Berufskollegen ein deutsches Rüstungsunternehmen zu besichtigen. Die Fotostrecke gibt seinen Einblick in die Fertigung und Reparatur von Waffen wieder. Scheinbar nüchtern dokumentiert Teryoshin die Arbeitsprozesse.

Wer genauer hinschaut, wird in seinen Bildern jedoch Anzeichen von Irritation kaum übersehen. Ist es möglicherweise die Alltäglichkeit, in der tödliche Waffen produziert und wieder hergerichtet werden, die das Befremden auslöst? Oder resultiert das Unbehagen daraus, dass die fast handwerkliche Produktion seltsam beschaulich wirkt – in einem Europa, in dem wieder Kriege unter totalem Materialeinsatz geführt werden?











Vorerst gescheitert ...

Johann Wadepuhl
Geboren 1963 in Husum,
promovierter Jurist,
Stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion für
Außen-, Verteidigungs-
und Sicherheitspolitik,
Europarat.

Die Zeitenwende bei der Bundeswehr

„Der radikale Umbau der Bundeswehr ist eine der wichtigsten politischen Gestaltungsaufgaben des Jahrzehnts.“

In ihrer heutigen Verfassung entsprechen die Streitkräfte längst nicht mehr dem, was Deutschland an militärischen Mitteln und Möglichkeiten zur Erfüllung seiner Verpflichtungen in der Außen- und Sicherheitspolitik braucht.“ Dies sind die Anfangssätze des Artikels „Bedingt einsatzfähig: Der lange Weg zur Neugestaltung der Bundeswehr“ von Bernhard Fleckenstein aus dem Jahr 2000 (*Aus Politik und Zeitgeschichte*, APuZ, B 43/2000, S. 13-23, hier: S. 13). Sie beschreiben die Herausforderung eines groß angelegten Umbaus der Bundeswehr – wenn auch zu einer sicherheitspolitisch gänzlich anderen Zeit, die mit der heutigen nicht verglichen werden kann. Denn heute sehen wir uns konfrontiert mit der direkten und völlig unverhohlenen ausgesprochenen Bedrohung durch eine ebenso konventionell wie nuklear hochgerüstete Großmacht: Russland.

Diese neue Lage erfordert eine Anpassung der Streitkräfte für die Abwehr eines potenziell großen konventionellen Angriffs auf

Deutschland oder seine NATO-Verbündeten. Die daraus abzuleitende Forderung ist die (Wieder-)Befähigung der Bundeswehr zur Bündnis- und Landesverteidigung binnen kürzester Zeit. Es geht um einen veritablen Wiederaufbau und eine tiefgehende Modernisierung der Streitkräfte. Die Ampelkoalition hat diese Herausforderung erkannt, immer wieder Absichtserklärungen abgegeben, Strategien wie die Nationale Sicherheitsstrategie und die Verteidigungspolitischen Richtlinien veröffentlicht, die dieses Ziel klar benennen – bisher aber ist sie mit einer Zeitenwende bei der Bundeswehr und in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (leider) gescheitert. Denn die bisherigen Maßnahmen sind unzureichend und wenig konkret. Als Ziel wird völlig zu Recht der Auf- oder Ausbau der Bundeswehr zum „Rückgrat der konventionellen Verteidigung der NATO in Europa“ benannt. Generalinspekteur Carsten Breuer und Verteidigungsminister Boris Pistorius ist zuzustimmen, wenn sie im vergangenen Jahr gefordert haben, dass Kriegstüchtigkeit und der Wille sowie die Fähigkeit, einen Krieg auch gewinnen zu können, im Mittelpunkt der Veränderungen bei der Bundeswehr stehen müssen. Doch der Weg dahin erscheint nach wie vor unklar und nicht strukturiert. Es fehlen Stringenz, Dringlichkeit und Gestaltungswille. Einige zentrale Beispiele sollen dies verdeutlichen.

Finanzierung

Grundlage für einen Wiederaufbau der Bundeswehr muss die finanzielle Ausstattung sein. Die Zeitenwende hat hier einen zumindest kurzfristigen Erfolg gebracht: das Sondervermögen für die Bundeswehr. Die Idee, die Finanzierung großer, langjähriger und komplexer Rüstungsprojekte aus der Jährlichkeit des Verteidigungshaushalts herauszunehmen, ist schon älter und wurde unter anderem von den ehemaligen Verteidigungsministern Volker Rühle und Annegret Kramp-Karrenbauer als Überlegung ins Spiel gebracht. Deswegen war der Vorschlag der Bundesregierung, einen solchen Sonderfonds in Form des Sondervermögens zusammen mit der oppositionellen CDU/CSU-Bundestagsfraktion durch die Änderung des Grundgesetzes zu realisieren, richtig und konnte in relativ kurzer Zeit intensiver Verhandlungen bereits vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause 2022 verabschiedet werden. Doch nach anderthalb Jahren stellen sich drei grundlegende Probleme, für die die Ampelregierung verantwortlich ist.

Erstens: Mit dem Sondervermögen allein steht die Finanzierung der Bundeswehr noch lange nicht auf gesicherten Füßen – vor allem langfristig gesehen. Denn das Sondervermögen wird irgendwann verausgabt sein – geplant bis spätestens 2027 –, und danach stellt sich die

existenzielle Frage, wie die deutschen Verteidigungsausgaben auf dem gleichen Niveau gehalten werden können. Es droht hier ein Defizit von zwanzig bis dreißig Milliarden Euro. Dieses dann, zu Beginn einer neuen Wahlperiode, durch eine Ad-hoc-Anhebung des Einzelplans allein kompensieren zu können, ist politisch völlig unrealistisch.

Zweitens laufen der Bundeswehr die Kosten für Personal, Infrastruktur und Betrieb davon. Der eigentliche Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14) wird zusehends von diesen Kosten förmlich aufgefressen. Schlimmer noch: Je mehr es gelingt, das Sondervermögen schnell umzusetzen und große Beschaffungen zu realisieren, desto mehr explodieren diese Kosten. Denn Inflation, steigende Energiekosten und hohe Tarifabschlüsse schlagen bei einer Organisation von der Größe der Bundeswehr ordentlich ins Kontor.

Drittens hat die Ampelregierung im Laufe des Jahres 2023 das Gesetz zur Umsetzung des Sondervermögens so verändert, dass mittlerweile nicht, wie ursprünglich festgelegt, große, langjährige komplexe Rüstungs- und Beschaffungsvorhaben, sondern auch Kostenfaktoren wie Infrastruktur, Betrieb und anderes aus dem Sondervermögen finanziert werden sollen (darunter die Wiederbeschaffung von an die Ukraine abgegebenem Material aus Bundeswehrbeständen). Das ist nicht nur für die Bundeswehr schädlich, sondern politisch ein Skandal. Denn es widerspricht massiv dem Geist, in dem die Ampelkoalition gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Sondervermögen geschaffen hat. Insgesamt ist das Sondervermögen also die richtige Idee gewesen, um schnell einen Investitionsschub für die Bundeswehr auszulösen. Doch die Umsetzung ist handwerklich unsauber, wenn nicht sogar missbräuchlich; vor allem aber fehlt die Perspektive.

Was notwendig wäre, ist neben dem Sondervermögen ein sukzessives Anheben des Einzelplans. Verteidigungsminister Boris Pistorius hat für den Haushalt 2024 zusätzlich zehn Milliarden mehr für seinen Einzelplan gefordert. Diese Summe halten Experten für realistisch; sie müsste Jahr für Jahr zusätzlich in Verteidigung investiert werden, um die Bundeswehr aktuell und nach dem Wegfall des Sondervermögens am Laufen zu halten sowie ausbauen und modernisieren zu können. Doch Boris Pistorius ist mit seiner Forderung leider gescheitert, und die Bundeswehr droht so, sprichwörtlich am langen Arm zu verhungern oder ab 2026 zu kollabieren.

Personal

Die wohl größte Herausforderung für die Bundeswehr ist jedoch die Personalfrage – präziser: die Personalgewinnung und der Personalaufwuchs. Seit Jahren stagniert die personelle Stärke des militärischen

Personals, die aktuell bei 182.000 Soldatinnen und Soldaten liegt. Das unterschreitet die seit Jahren gültige Sollplanung von 184.000 und ist weit von den bis 2031 geplanten 203.000 Soldatinnen und Soldaten entfernt – ein Ziel, das auf Bündniszusagen innerhalb des NATO beruht, von einigen hohen Militärs aber als immer noch zu niedrig erachtet wird. Will die Bundeswehr dieses Ziel erreichen, braucht sie von heute an bis 2031 einen jährlichen Zuwachs von rund 3.000 Personen neben der jährlichen Regenerationsquote von über 30.000 Menschen. Diese Zahlen scheinen mit Blick auf Ergebnisse der Nachwuchsgewinnung der vergangenen Jahre völlig illusorisch.

Die Personalstagnation und die Probleme bei der Nachwuchsgewinnung sind zwar nicht neu, doch verschärfen sie sich mit atemberaubender Geschwindigkeit aufgrund des demografischen Wandels, sinkender Geburtsjahrgänge und des mittlerweile weit über den Facharbeiterbereich hinausgehenden Arbeitskräftemangels. Dennoch ist auch hier seit der Verkündung der Zeitenwende im Grunde nichts geschehen. Zwar wurden neue Werbekampagnen initiiert und neue Rekrutierungsanreize gesetzt, doch vieles sind Maßnahmen, die schon x-mal mit selten durchschlagendem Erfolg versucht worden sind. Im Laufe der vergangenen Monate hat deswegen zu Recht eine Diskussion um die Wiedereinsetzung der Allgemeinen Wehrpflicht, die Einführung einer Allgemeinen Dienstpflicht beziehungsweise von Mischmodellen wie etwa des Wehrpflichtmodells nach schwedischem Vorbild an Fahrt aufgenommen. Diese Forderung erhält mittlerweile breite Unterstützung: von der Wehrbeauftragten über den Verteidigungsminister bis hin zum Bundespräsidenten. Die CDU hatte bereits 2022 einen Parteitagbeschluss zur Einführung einer Dienstpflicht gefasst, der ebenfalls von der CSU geteilt wird. Es scheint einen langsamen, aber konstanten Rutschbahneffekt in Richtung „eines“ Dienstes zu geben.

Auch hier agiert die Bundesregierung, allen voran der Verteidigungsminister, zu zögerlich. Schließlich sind die größten Gegner einer Wehr- oder Dienstpflicht in den Reihen der Ampelkoalition zu finden, allen voran in der FDP und Teilen der SPD, während sich die Grünen auffallend zurückhalten. Deswegen agiert Boris Pistorius zurückhaltend und tastend, statt konkrete Modelle eines Dienstes konzipieren und durchrechnen zu lassen. Dieses Vorgehen verdrängt die Tatsache, wie wichtig der Faktor Zeit gerade in dieser Frage ist. Notwendig sind ein Wehrerfassungswesen, größere Musterungskapazitäten, zusätzliche Infrastruktur – wahrscheinlich auch zusätzliche Standorte – und zusätzliche Ausrüstung. Dies alles zu planen, zu organisieren, zu beschaffen und aufzubauen, braucht Zeit. Das gilt insbesondere für andere Organisationen, die im Rahmen eines „Ersatzdienstes“ respektive einer Allgemeinen Dienstpflicht profitieren sollten und könnten. Entscheidungen

sind also auch in diesem für die Bundeswehr existenziellen Feld so schnell wie möglich zu treffen.

Strukturen

Für Streitkräfte sind auch immer Strukturfragen und damit Aspekte der Aufstellung zentral. In diesem Bereich lässt sich zeigen, dass die Zeitenwende noch nicht einmal gestartet ist, obwohl es an Ideen und Konzepten gerade hier nicht mangelt. Der damalige Generalinspekteur, Eberhard Zorn, legte nach monatelangen Abstimmungen innerhalb der militärischen Führung der Bundeswehr bereits im Mai 2021 ein Eckpunktepapier vor, das strukturelle und prozessorale Veränderungen für die gesamte Bundeswehr vorsieht, um der Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung besser gerecht werden zu können. Dieses grundlegende Dokument hätte es ermöglicht, sofort nach der Wahl im September 2021 mit den Veränderungen zu beginnen. Doch statt diese militärisch (nicht politisch!) abgeleiteten Pläne umzusetzen – und sei es unter einem anderen Namen – oder sie zumindest zu prüfen, legte die neue Verteidigungsministerin Christine Lambrecht sie in den Giftschrank, um dann ihrerseits eine „kritische Bestandsaufnahme“ anzuweisen. Die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme lagen erst Ende 2022 vor.

Als wäre diese Verzögerung von rund anderthalb Jahren nicht genug, ließ Verteidigungsminister Pistorius sowohl die Eckpunkte als auch die Ergebnisse der kritischen Bestandsaufnahme weiter liegen. Stattdessen verkündete er im September 2023, ein Umbau der Bundeswehr sei weder beabsichtigt noch notwendig – um dann im November 2023, bei der „Kommandeurstagung“ der Bundeswehr, den zuständigen Staatssekretär und den Generalinspekteur gewohnt kernig anzuweisen, ihm bis Ostern 2024 Ideen und Konzepte für Strukturveränderungen bei der Bundeswehr vorzulegen. Man darf gespannt sein, worin sich diese Ideen und Konzepte gravierend von den Inhalten des Eckpunktepapiers und der kritischen Bestandsaufnahme unterscheiden.

Was jetzt bereits feststeht, ist die Tatsache, dass bis Ostern 2024 volle drei Jahre seit dem Entwurf von Generalinspekteur Zorn ins Land gegangen sein werden, ohne dass sich, abgesehen von marginalen Veränderungen in der Struktur des Verteidigungsministeriums, bei der Bundeswehr maßgeblich etwas geändert haben wird. Das ist für unsere Verteidigungsfähigkeit fatal. Wie kein anderes Beispiel zeigt sich hier, dass die Zeitenwende der Bundesregierung leider im wahrsten Sinne nur eine „Sonntagsrede“ geblieben ist.

„Overkill“

Gerlinde Groitl
Habilitierte Politikwissenschaftlerin,
Akademische Oberrätin
und Professorin für
Internationale Politik
und transatlantische
Beziehungen, Universität
Regensburg.

Droht eine neue Welle nuklearer Aufrüstung?

Die Sorge vor einem Atomkrieg rückte mit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 und den Atomdrohungen gegen den Westen schlagartig ins Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Wladimir Putin wusste mit der deutschen Atomangst zu spielen. Als Grundgefühl dominieren in Deutschland bekanntlich die moralische Ablehnung von Atomwaffen und ein Unwillen, sich realistisch mit Nuklearfragen zu beschäftigen. Öffentlich diskutiert wurden in den letzten Jahren allenfalls die Forderungen nach einem Abzug amerikanischer Atomwaffen von deutschem Boden beziehungsweise die Kosten für den Ersatz der veralteten Tornado-Kampffjets zur Fortführung der nuklearen Teilhabe. Dabei geben nukleare Risiken und Rüstungsdynamiken schon lange Anlass zur Sorge – und zwar unabhängig vom Krieg in der Ukraine. *Erstens* lässt sich das Ziel, die Verbreitung von Atomwaffen zu unterbinden, immer schwerer umsetzen, während eine Ächtung von Nuklearwaffen oder deren vollständige Abrüstung entfernte Träume bleiben. *Zweitens* führen die aktuellen weltpolitischen Spannungen dazu, dass wieder nuklear aufgerüstet wird und es derzeit kaum Chancen für Rüstungskontrolle gibt. *Drittens* werden Atomwaffen zunehmend als politische Hebel zur Durchsetzung eigener Interessen verstanden.

Während in den 1940er- und 1950er-Jahren Nuklearwaffen im Grunde nicht anders betrachtet wurden als konventionelle Waffen, setzte sich in den 1960er-Jahren durch, dass sie wegen ihrer Vernichtungskraft und unter den Bedingungen der gesicherten Zweitschlags- und Vernichtungsfähigkeit zwischen den USA und der Sowjetunion als Instrumente der Abschreckung verstanden werden mussten. Nach der Kubakrise 1962 verstärkten Washington und Moskau ihr diplomatisches Konfliktmanagement, um das „Gleichgewicht des Schreckens“ zu stabilisieren. Von entscheidender Bedeutung waren die Verhandlungen und Verträge zur Rüstungskontrolle (zum Beispiel *Strategic Arms Limitation Talks/Treaty* [SALT] I und II; *Anti-Ballistic Missile Treaty*, ABM-Vertrag). Zugleich sollte der Atomwaffensperrvertrag (*Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons*, NPT) von 1968 die Weiterverbreitung von Atomwaffen unterbinden. Neben den USA, der Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und der Volksrepublik China, den fünf im Atomwaffensperrvertrag als Nuklearwaffenstaaten anerkannten Nationen, überschritten im 20. Jahrhundert nur Israel, Indien und Pakistan als Nichtmitglieder die atomare Schwelle.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation schwand die Angst vor Atomwaffen aus dem öffentlichen Bewusstsein. Dabei barg der Zerfall der Sowjetunion Proliferationsrisiken, die die USA und Russland gemeinsam bearbeiteten. Die im Budapester Memorandum von 1994 vereinbarte Rückführung sowjetischer Atombestände aus der Ukraine, aus Belarus und Kasachstan im Gegenzug für die Garantie ihrer Souveränität und territorialen Integrität durch Russland, das Vereinigte Königreich und die USA war ein großer Erfolg der Nichtverbreitung. Die USA und Russland schlossen in den 1990er- und 2000er-Jahren zudem Vereinbarungen zur Reduzierung ihrer Atomarsenale (*Strategic Arms Reduction Treaty* [START] I und II; *Strategic Offensive Reductions Treaty* [SORT]; *New START*). Doch bald zeigten sich drei Merkmale einer gefährlichen neuen nuklearen Ära.

Krise der Nichtverbreitung

Erstens: Die Weiterverbreitung von Atomwaffen lässt sich immer schwerer verhindern. Der Atomwaffensperrvertrag war zunächst so erfolgreich, weil mehrere Faktoren zusammentrafen. Unter den Bedingungen der Blockkonfrontation übten die USA und die Sowjetunion Druck auf Dritte aus, Atomwaffen abzuschwören. Zudem erforderte ein militärisches Atomprogramm Expertise und Ressourcen, über die nur wenige Staaten verfügten. Daneben bot das Versprechen, im Gegenzug für den Verzicht auf Nuklearwaffen Unterstützung bei der zivilen Nutzung der Kernkraft zu erhalten, einen attraktiven Deal. Heute ist die Ausgangslage

völlig anders. Staaten besitzen gestiegene Handlungsspielräume, Nuklearwissen und -technik sind leichter zugänglich, es existieren Proliferationsnetzwerke, Güter mit Mehrfachverwendung führen zu Kontroll- und Verifikationsproblemen, und die Übergänge zwischen ziviler und militärischer Forschung sind fließend.

Das Nichtverbreitungsregime geriet deshalb in eine tiefe Krise. So schürte das NPT-Mitglied Nordkorea mit einem Atomprogramm Zweifel an seiner Vertragstreue. Seit den 1990er-Jahren wurde mit Verhandlungen versucht, das Land zum Einlenken zu bewegen. Doch 2003 erklärte Pjöngjang seinen Vertragsausstieg, 2006 folgte ein erster Atomwaffentest. Auch das NPT-Mitglied Iran unterhält ein Atomprogramm, das 2002 öffentlich bekannt wurde und nach weithin geteilter Auffassung militärischen Zielen dient. Es folgten jahrelange Verhandlungen und Sanktionen. Mittlerweile gilt der Nukleardeal von 2015 als gescheitert, und Teheran ist näher am Bau einer Atomwaffe als je zuvor. Auch der russische Überfall auf die Ukraine sendet (insbesondere wegen des Budapester Memorandums von 1994) ein verheerendes Signal: Staaten ohne Nuklearwaffen sind verwundbar. Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen erscheinen Atomwaffen ohnehin wieder als ultimative Abschreckungs- und Überlebensgarantien.

Gerade *weil* der Zugang zu Wissen, Technik und nuklearem Material schwer zu kontrollieren ist, was auch die Angst vor Nuklearterrorismus schürte, formulierte US-Präsident Barack Obama 2009 die Vision einer atomwaffenfreien Welt. Er plädierte jedoch nicht für eine bedingungslose und sofortige Aufgabe des eigenen Arsenal, sondern setzte die vollständige und nachprüfbar nukleare Abrüstung weltweit voraus. Dieses Ziel liegt in weiter Ferne. Darüber konnte auch die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrags (*Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons*, TPNW) 2017 nicht hinwegtäuschen, der Atomwaffen ächtet, jedoch keine Verifikation ermöglicht. Insofern unterzeichneten ihn nur Staaten, die weder Atomwaffen noch nukleare Schutzgarantien besitzen. Eine nukleare Abrüstung ist derzeit nicht in Sicht.

Nukleare Aufrüstung und Erosion der Rüstungskontrolle

Zweitens: Machtverschiebungen und wachsende Spannungen bedingen eine nukleare Aufrüstung, während Rüstungskontrollvereinbarungen erodieren oder gänzlich fehlen. Anfang 2023 erhob das *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI) einen Bestand von 12.512 nuklearen Sprengköpfen, die sich im Besitz von neun Staaten befinden und von denen 9.576 als potenziell einsatzbereit gelten. Davon werden wiederum 3.844 einsatzbereit vorgehalten. Knapp neunzig Prozent sind im

Besitz von Russland (5.889) und den Vereinigten Staaten (5.244). Dahinter folgen die Volksrepublik China (410), Frankreich (290), das Vereinigte Königreich (225), Pakistan (170), Indien (164), Israel (90) und Nordkorea (30). Der Spitzenwert an nuklearen Sprengköpfen lag 1986 bei gut 70.000, womit der heutige Gesamtbestand weniger als zwanzig Prozent davon ausmacht. Die Gesamtzahl sank bis zuletzt sogar, weil Russland und die USA Altbestände ausmusterten.¹

Dennoch ist von einer nuklearen Aufrüstung zu sprechen. Zum einen modernisieren die Atomwaffenstaaten ihre Arsenale, zum anderen vergrößern manche ihre Bestände. China ist diesbezüglich Spitzenreiter. 2008 wurde das chinesische Arsenal auf 200 Nuklearsprengköpfe geschätzt, Anfang 2023 waren es 410, im Oktober sprach das US-Verteidigungsministerium bereits von 500 und prognostizierte einen Aufwuchs auf mindestens 1.000 Atomsprengköpfe bis 2030.²

Hinzu kommen intensive Rüstungsanstrengungen zum Ausbau land-, see- und luftgestützter Trägersysteme. China stellt auch hier alle in den Schatten. Satellitenbilder zeigten 2021 den Bau von 300 neuen Silos für Interkontinentalraketen – bis zu diesem Zeitpunkt besaß das Land zwanzig.³ Ein weiterer Aspekt ist, dass die politische und militärische Bedeutung von Atomwaffen steigt. Russland will Atomwaffen offiziell nur einsetzen, wenn das staatliche Überleben auf dem Spiel steht, allerdings dienen taktische Nuklearwaffen auch dazu, konventionelle Schwäche auszugleichen. Nordkoreas Nukleardoktrin sieht seit 2022 den präventiven Ersteinsatz von Atomwaffen vor. Chinas massive nukleare Aufrüstung eröffnet Offensivoptionen und unterstreicht, welchen Stellenwert Peking Atomwaffen beimisst. Die USA reagierten ihrerseits mit neuen Rüstungsinitiativen.

Die internationale Rüstungskontrolle ist dagegen in einem beklagenswerten Zustand. 2019 scheiterte der *Intermediate Range Nuclear Forces Treaty* (INF-Vertrag), 2020/21 stiegen die USA und Russland aus dem *Open Skies*-Vertrag aus. Das *New START*-Abkommen von 2009, das letzte russisch-amerikanische Abkommen zur Reduzierung strategischer Arsenale, läuft Anfang 2026 aus. Der Krieg in der Ukraine verringerte zwar die Bereitschaft zur Transparenz, doch die Krise der Rüstungskontrolle hat andere Ursachen: Russland hat sich als unzuverlässiger Vertragspartner erwiesen, China sieht sich in einer Aufholjagd zu den USA, die wiederum bilaterale Formate mit Russland angesichts der chinesischen Aufrüstung nicht als zielführend erachten. Der INF-Vertrag, der 1987 landgestützte nuklearfähige Mittelstreckensysteme mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 Kilometern verboten hatte, veranschaulicht die Dynamik: Russland entwickelte vertragsbrüchig einen solchen Marschflugkörper. Die USA kündigten nach sechsjährigem Ringen 2019 den INF-Vertrag. Sie fordern ohnehin eine Multilateralisierung

¹ Hans M. Kristensen / Matt Korda: „Chapter 7: World Nuclear Forces“, in: SIPRI Yearbook 2023: Armaments, Disarmament and International Security, Stockholm 2023, S. 247-336, bes. S. 247-248.

² US Department of Defense: Military and Security Developments Involving the People's Republic of China 2023. Annual Report to Congress, S. VIII, <https://media.defense.gov/2023/Oct/19/2003323409/-1/-1/1/2023-MILITARY-AND-SECURITY-DEVELOPMENTS-INVOLVING-THE-PEOPLES-REPUBLIC-OF-CHINA.PDF> [letzter Zugriff: 18.11.2023].

³ Jonas Schneider / Oliver Thränert: „Chinas nukleare Aufrüstung betrifft auch Europa“, SWP-Aktuell 2022/A20, 09.03.2022, www.swp-berlin.org/publikation/chinas-nukleare-aufruestung-betrifft-auch-europa [letzter Zugriff: 18.11.2023].

der Rüstungskontrolle, weil China unbeschränkt aufrüstet. Realistisch ist deren Umsetzung im Moment nicht.

Drittens: Nukleare Erpressung droht salonfähig zu werden. Atomwaffen galten seit den 1960er-Jahren als Defensivwaffen, die der Abschreckung existenzieller Bedrohungen und damit ihrem Nicht-einsatz dienen. Die Forschung diskutierte sogar die Entwicklung eines „nuklearen Tabus“, also einer besonderen Zurückhaltung im Umgang mit Atomwaffen. In der Realität ist insbesondere bei Russland das Gegenteil zu beobachten: Nukleardrohungen sind zu einem Mittel der politischen Interessendurchsetzung mutiert.

Moskau nutzte sein nukleares Potenzial bereits lange vor dem Überfall auf die Ukraine 2022 als Faustpfand, um sich als Großmacht seiner selbst zu vergewissern und seinen Mangel an Gestaltungskraft auszugleichen. Im März 2015 drohte der russische Botschafter in Dänemark, dänische Schiffe mit Atomwaffen ins Visier zu nehmen, sollte sich das Land am Raketenabwehrprogramm der NATO beteiligen. Seinen Krieg gegen die Ukraine flankierte Moskau von Beginn an mit Atomdrohungen, um den Westen von einer Intervention abzuschrecken, die Unterstützung für die Ukraine zu reduzieren, das westliche Bündnis zu spalten und Kyiv einzuschüchtern. Eine solche Bagatellisierung nuklearer Drohungen, wie sie sonst nur Nordkorea betreibt, trägt dazu bei, Atomwaffen zu normalisieren.

Nukleare Interessen und Optionen Deutschlands

Steht angesichts der skizzierten Entwicklungen eine neue Welle nuklearer Aufrüstung bevor? Sie hat längst begonnen. Deutschland muss sich realistisch mit der Frage auseinandersetzen, wie seine nuklearen Interessen und Optionen aussehen. Es ist klar, dass Deutschland und Europa die Renaissance der Nuklearwaffen nicht verhindern können. Ebenso schmerzhaft dürfte das Eingeständnis sein, dass es für Rüstungskontrolle, die hierzulande als das zentrale Element der Friedenssicherung gilt, derzeit kaum eine Geschäftsgrundlage gibt.

Statt den nuklearen Herausforderungen mit Floskeln zu begegnen, sind Antworten auf schwierige Fragen notwendig: Was wäre, wenn sich die Nuklearisierung des Iran abzeichnet und andere Staaten diese gewaltsam zu verhindern suchen? Was wäre, wenn die amerikanische nukleare Sicherheitsgarantie für Europa brüchig würde? Wie lässt sich Russlands nuklearer Erpressung entgegenwirken? Wer die „Zeitenwende“ ernst nimmt, muss sich mit diesen Fragen befassen.

Vital versus postkolonial?

Maximilian Terhalle
Geboren 1974 in Frankfurt am Main, Gastprofessor für Geopolitik, London School of Economics (LSE IDEAS), Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr, 2022 bis 2023 freier Kommentator bei „WELT TV“.

Der Autor gibt seine Privatmeinung wieder.

Multipolarität, Multilateralismus und Nationale Sicherheitsstrategie

Der Verteidigungskrieg Israels gegen die Terrororganisation Hamas hat die Bundesregierung Ende des Jahres 2023 unvermittelt dazu gezwungen, sich mit dem schwierigen Begriff der Staatsräson auseinanderzusetzen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete Israel als Teil deutscher Staatsräson, für Bundeskanzler Helmut Kohl bestand ihr Kern in der Zugehörigkeit zur NATO. Lange in Deutschland verschmäht, erfasst der Begriff den strategischen Zweck und damit das vitale Interesse des Überlebens eines Staates und die Strategien, die dieses gewährleisten. Auf das Engste damit verbunden ist der glaubwürdige Wille, für diese vitalen Interessen jederzeit militärisch kämpfen zu können und zu wollen. Staatsräson impliziert deshalb, den Staaten inhärenten Machtwillen argwöhnisch zu beobachten, während man mit seinen Verbündeten das internationale Umfeld strategisch durchmisst.

¹ Gordon Craig / Felix Gilbert: *Makers of Modern Strategy from Machiavelli to the Nuclear Age*, Princeton (New Jersey) 1986, S. 869 [Übersetzung durch die Redaktion].

² Abschluss Gipfeltreffen der Europäischen Union: Pressekonferenz mit Olaf Scholz, 30.06.2023, www.youtube.com/watch?v=fxWGAUyfwX8; Rede von Bundeskanzler Scholz zur 78. Generaldebatte der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 19.09.2023, <https://new-york-un.diplo.de/un-de/-/2619364> [letzter Zugriff: jeweils 07.12.2023].

Die im Juni 2023 verabschiedete Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) hat es unterlassen, die deutsche Staatsräson und damit die heute bedrohten vitalen Interessen Deutschlands strategisch zu begründen. Die NSS ist deshalb auch keine „Grand Strategy“, in der die Strategien zur Gewährleistung der vitalen Interessen einer Nation für die Zukunft festgehalten sind.

Gordon Craig und Felix Gilbert haben das hier zugrundeliegende Verständnis von Strategie hilfreicherweise so umrissen: „Strategie ist nicht nur die Kunst der Vorbereitung auf bewaffnete Konflikte, in die eine Nation verwickelt werden kann, und der Planung sowie des Einsatzes ihrer Ressourcen und der Dislozierung ihrer Streitkräfte in einer Weise, die einen erfolgreichen Ausgang ermöglicht. Sie ist auch, in einem weiter gefassten Sinne, die [...] rationale Bestimmung der vitalen Interessen einer Nation, der Dinge, die für ihre Sicherheit wesentlich sind, der grundlegenden Zwecke in ihren Beziehungen zu anderen Nationen und der Prioritäten in Bezug auf ihre Ziele.“¹

Das Vorwort des Bundeskanzlers zur Nationalen Sicherheitsstrategie spricht in dieser Hinsicht davon, dass es „ohne Sicherheit [...] keine Freiheit, keine Stabilität, keinen Wohlstand“ gebe. Damit kommt es dem Kern des Schutzgutes „deutscher Staatsräson“ deskriptiv nahe. Das Überleben des Staates, der begründende Kern der Staatsräson, kann jedoch nicht gemeint sein, wenn im weiteren Verlauf der Strategie an entscheidender Stelle gesagt wird, bei der „Verteidigung unserer Werte und Durchsetzung unserer Interessen“ müsse man sich „Zielkonflikten stellen, die politische Abwägungen und Entscheidungen erfordern“. In Sachen Staatsräson gibt es keine Zielkonflikte.

Parameter der werdenden Ordnung

Zum internationalen Umfeld, zum Machtwillen anderer Staaten und der eigenen Weltsicht, die sämtlich für die Staatsräson eines Staates konstituierend sind, hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz 2023 bei dem Gipfeltreffen der Europäischen Union und bei der letzten Generalversammlung der Vereinten Nationen prägnant geäußert.² Im Zentrum seiner Überlegungen zum Zustand der internationalen Politik steht seine Vorstellung von „Multipolarität“. Scholz versteht darunter „keine neue Ordnung“, sondern das Aufstreben „vieler unterschiedlicher Machtzentren“. Wer diese „Zustandsbeschreibung“ nicht akzeptiere, habe „keinen realistischen Blick auf die Welt, in der wir leben werden“. Das Ziel „vieler Länder“ in Asien, Südamerika und Afrika sei es längst, „ihr eigenes Gewicht zum Tragen [zu] bringen“. Dass diesen Staaten „mehr Gewicht gebührt“, sei zur „Prämisse“ geworden. Geschuldet sei diese „Neuausrichtung“ der deutschen Politik, wie der ehemalige Berater von Angela Merkel, Christoph Heusgen, kürzlich ausführte, nicht zuletzt dem

amerikanischen Verlust an Glaubwürdigkeit aufgrund der doppelten Standards der USA in der internationalen Politik. Der letzte Irakkrieg vor zwanzig Jahren firmiert hier weiterhin als Referenzpunkt.

Der Bundeskanzler stellt mit dieser Beschreibung die seiner Ansicht nach entscheidenden Parameter der werdenden Ordnung heraus. Dem weltpolitischen Umbruch stellte er sich in seiner Rede vor den Vereinten Nationen im September 2023 mit dem Rückgriff auf „drei Ideale“, denen sich „Deutschland [...] zutiefst verpflichtet“ fühle. Und zwar genauso „wie vor 50 Jahren“, als Willy Brandt diese angesichts der neuen Mitgliedschaft der Bundesrepublik (und der DDR) hervorhob. „Verzicht auf Gewalt als Mittel der Politik, [...] Ablehnung jeglicher Form des Revisionismus und Bekenntnis zur Zusammenarbeit über Trennendes hinweg“ bilden damit den traditionellen Kern seines multilateral geprägten Ansatzes für das Heute.

Verkürzt bedeutet Scholz' New Yorker Aussage: Der deutsche Grundansatz bleibt auch nach fünfzig Jahren und in Zeiten von Multipolarität unverändert. Prozeduraler Multilateralismus offeriert zweifellos eine grundlegende Herangehensweise an die internationale Politik in Zeiten geostrategischer Stabilität. Die größte Schwäche dieses Ansatzes besteht jedoch in der Fehlannahme, dass die Ausgestaltung der künftigen internationalen Ordnung ohne Machtkämpfe (verschiedener Intensität) auskommen werde. Denn dieser traditionelle prozedurale Multilateralismus lässt sich nicht unabhängig von Machtfragen und Machtentscheidungen denken – und operationalisieren.

Mantra vom Abstieg des Westens

Der Machtkampf um die Zukunftsordnung wird, entgegen den Annahmen des Bundeskanzlers, durch die Vereinten Nationen und internationales Recht weder geführt noch entschieden, geschweige denn moderiert. Machtpolitik bedeutet nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Notwendigkeit, die eigene Macht mit Verbündeten zur Sicherung jener Ordnung aufbieten zu wollen, die westliche Interessen und Werte langfristig gewährleistet. Die Annahme, dass die Prozeduren des Multilateralismus samt seiner drei deutschen Ideale das globale Verständnis der internationalen Politik von Staaten widerspiegeln und deren machtpolitische Kalküle verändern können, entbehrt strategischer Grundlagen. Solch multilateral geprägtes Denken kann angesichts des russischen Krieges, des chinesischen Machtanspruchs und des Hamas-Terrors in Israel einerseits sowie der mannigfachen Reden zur notwendigen Strategiefähigkeit und Kriegstüchtigkeit Deutschlands andererseits im Sinne der Zeitenwende nicht als Fortschritt überzeugen.

In dem von Scholz unterstrichenen traditionellen Bekenntnis zum Multilateralismus schwingt jedoch noch etwas anderes mit: Die von ihm als Realität dargestellte Multipolarität, wiewohl nicht machtpolitisch konfiguriert, insinuiert den Abstieg des Westens. Dass das Mantra dieses Abstiegs gleichzeitig integraler Bestandteil russischer, chinesischer sowie postkolonialer Propaganda ist, bleibt unerwähnt und möglicherweise sogar unverstanden. Unverstanden bleibt ebenfalls, dass dieses Mantra seit über 100 Jahren zum Rhetorikinstrumentarium revisionistischer Staaten gehört – und sich seit über 100 Jahren als ebenso falsch erwiesen hat.

Zwei weitere Faktoren scheinen überdies die ungute Leichtigkeit zu befördern, mit der Scholz' „realistische“ Sichtweise auf Multipolarität den Westen nicht offen zur Disposition stellt, zumindest aber sein Fortbestehen nicht vehement unterstützt. Zum einen rührt dies aus der bundesrepublikanischen Tradition, kleineren Staaten stets auf Augenhöhe und dialogsuchend zu begegnen. Scholz' Überzeugung, dass „Respekt“ den Umgang in einer Gesellschaft formen soll, findet hier unausgesprochen Anwendung auf strategische Einschätzungen. Zum anderen leitet sich aus der Tradition des deutschen Verständnisses von Multilateralismus ab, dass Berlin in internationalen Angelegenheiten a priori nicht die Führung beanspruchen will. Deshalb folgt Scholz den Ereignissen und erblickt entsprechend einen ‚Zustand‘ (Multipolarität) der Weltpolitik. Dieses allenthalben bekannte, passive Beobachten und Herangehen Berlins bewirkt, dass die angenommenen globalen Veränderungen nicht im Interesse des Westens aktiv geprägt, sondern reaktiv im Sinne des geglaubten westlichen Abstiegs akzeptiert werden. Bemerkenswert ist dabei die Linearität, die dieser postkolonial inspirierten Entwicklung vorschnell beigemessen wird. Die frühe Festlegung und besonders ihre Implikationen für Deutschlands Verbündete wären aber mindestens, wie die Nationale Sicherheitsstrategie fordert, „offen anzugehen und transparent zu erörtern“ gewesen. Das ist bisher aber nicht geschehen.

Machtwille aufstrebender Staaten

Im Verständnis des Bundeskanzlers der für ihn bereits existierenden multipolaren Welt kommt schließlich auch die eigentümliche Vorstellung des ‚Aufstrebens‘ der benannten Mächte zum Tragen. Während der Bundeskanzler annimmt, sein Modell des Multilateralismus böte in Zukunft die Basis für internationale Kooperation, übersieht er den immanten Machttrieb aufstrebender Staaten. Seine Annahme der multilateralen Kooperation als Modus Vivendi impliziert, dass diese Staaten, wenn sie ihr Wachstumspotenzial ausgeschöpft haben, weder einen Machtanspruch daraus ableiten noch eine bestimmte Werteorientierung

durch ihren Machtgewinn beanspruchen. Zumindest bei den größeren dieser Staaten wird sich der deutsche Ansatz in dieser Form nicht bewahrheiten, dagegen spricht die historische Erfahrung. Das Innehaben neu gewonnener Macht bei den einen und der geglaubte Machtverlust bei den anderen haben stets zu verschiedentlich gefärbten Verdrängungsversuchen gegenüber Machtinhabern geführt, Krieg inklusive. Diese Einsicht ist uralte.

Bereits Thukydides, ein Klassiker der antiken Geschichtsschreibung, dessen Lektüre weit über die Verengung der Debatte auf die *Thucydides Trap* hinaus erhellt, hat im Melierdialog seines Werks *Der Peloponnesische Krieg* wertvolle Anmerkungen hierzu geliefert: „Wir [die Athener] glauben, daß der Mensch ganz sicher allezeit nach dem Zwang der Natur überall dort herrscht, wo er die Macht hat. Wir haben dieses Gesetz weder aufgestellt noch als bestehendes zuerst befolgt; wir haben es als gegeben übernommen und werden es als ewig gültiges hinterlassen. Wir befolgen es in dem *Bewußtsein, daß auch ihr oder andere, die dieselbe Macht wie wir errungen haben, nach demselben Grundsatz verfahren würden.*“

Das Vorhandensein eines machtpolitischen Willens bei aufstrebenden Staaten nicht ernst zu nehmen, ist vielleicht der deutlichste Beleg dafür, dass die ‚Zeitenwende in den Köpfen‘ nicht nur ‚noch‘ nicht angekommen ist, sondern von spezifisch deutschen Denkmustern der Vergangenheit daran gehindert wird, *überhaupt* anzukommen. Die von vielen Seiten und durch den Bundeskanzler selbst im Schock des 24. Februars 2022 geforderte strategisch-konzeptionelle Unterlegung der Zeitenwende wird auf diese Weise nicht befördert.

Ohne strategisches Ziel im Ukraine-Krieg

Das zentrale Kuriosum der Nationalen Sicherheitsstrategie, des „Kompasses“ deutscher Sicherheitspolitik, besteht jedoch in einem großen weißen Fleck, der im Vorwort des Bundeskanzlers aufscheint. Dass die Furcht vor einem Kabinett Trump 2 und vor dem Ende des transatlantischen Verhältnisses bereits die Feder der NSS-Verfasser geführt hat und somit der fest angenommene Abstieg des Westens, der USA, die nervöse (und naive) Suche nach ‚Partnern‘ unter den aufstrebenden Mächten ausgelöst hat, mag hergeholt klingen. Zumindest verwunderlich ist es dennoch, dass der Kanzler keinen als strategische Priorität formulierten Impuls zur Reform des transatlantischen Bündnisses anbietet. Stattdessen erwähnt er gleichsam rituell die „Einbettung [Deutschlands] in das transatlantische Bündnis“ als „Beitrag zur Sicherheit Europas.“

Die Zeit, in der Amerika mal mehr, mal weniger freundlich mahnd die Europäer und besonders die Deutschen zu erheblich mehr

Engagement für das Bündnis aufgefordert hat, kann an Jahreszahlen festgemacht werden: Ob 2011 der *Pivot to Asia* von Präsident Barack Obama, 2014 der NATO-Gipfel von Wales oder 2017 bis 2021 die NATO-Austrittsdrohungen von Präsident Donald Trump, all diese Interventionen sind selbstverschuldet erst durch die – von außen erzwungene – Reaktion auf den Kriegsausbruch 2022 in mehr politischen Willen übersetzt worden.

Die Ampelregierung hat sich gleichwohl hinsichtlich der Option Trump 2 dadurch gegen Russland rückversichert, dass sie den Kurs eines aggressiven, mit allen Mitteln geführten Verteidigungskriegs Kiews gegen Moskau nicht in der Allianz propagiert hat. Vielmehr hat Berlin die phasenweise Zurückhaltung Joe Bidens in der Kriegsführung geschickt für seine Zwecke instrumentalisiert. Denn das Ziel aus Sicht des Kanzleramts war und ist, die Möglichkeit zu erhalten, 2024/25 Raum für eine realpolitische Absprache mit Putin besitzen zu können. Nicht zuletzt aus diesem Grund weicht die Bundesregierung bis heute konsequent der Beantwortung der Frage aus, was genau das strategische Ziel Deutschlands in diesem Krieg ist und wie es sich die Sicherheitsordnung Europas im Jahr 2030 vorstellt.

Der Westen in der künftigen Weltordnung

Die für eine transatlantische Reform verstrichene Zeit ist nicht wieder zurückzugewinnen. Ein Vorstoß soll hier dennoch gemacht werden. *Erstens* lautet die strategische Grundprämisse für eine solche Reform, dass der Westen nur dann den Machtkampf um die künftige Weltordnung bestehen und gewinnen kann, wenn er sich nicht selbst spaltet oder von außen spalten lässt. Nur als Einheit (in Vielfalt) kann er den Revisionismus Chinas und Russlands ausbalancieren. Der Westen besteht dabei aus NATO-, EU-, G7-Staaten sowie Australien und Staaten Südost- und Ostasiens sowie Israel. *Zweitens* muss die westliche Gemeinschaft den Kreis ihrer wichtigsten Mitglieder öffnen. Indien sollte unter Verweis auf und gegen die Bedrohung Chinas als volles Mitglied in die G7 mit Zugang zu modernster Technologie aufgenommen werden. Damit entstünde ein Zweifrontendilemma für China (im Osten die USA, im Westen Indien), das zu Containment-Zwecken wesentlich wäre. Organisationen wie die Vereinigung der Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS) und die *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) würden damit wesentlich geschwächt. *Drittens* müssen die Europäer, einschließlich der Briten, die konventionelle und nukleare Abschreckung Europas glaubwürdig übernehmen. Auf diese Weise wäre die bisher nicht befriedigend beantwortete doppelte Abschreckungsnotwendigkeit (Chinas, Russlands) seitens der USA aufgelöst und die

Spaltungsgefahren der innerwestlichen Debatten, ob „Asia first“ oder „Europe first“ die Priorität zu geben sei, gebannt. Damit sind sehr grob die Umriss einer neuen innerwestlichen Arbeitsteilung skizziert.

Ob der politisch-strategische Wille zu einer solchen Vision besteht, wird sich – in trügerischer Verneinung des Satzes von Vegetius „Si vis pacem, para bellum“ – nicht unmittelbar, sondern erst unter deutlich prekäreren geopolitischen Vorzeichen zeigen müssen. Mit der Aussage, dass es „kein Lehrbuch“ gebe³, in dem die Strategie für diesen Krieg mit seinen zentralen internationalen Implikationen bereits dargelegt ist, macht es sich der Kanzler jedoch zu leicht. Solch ein Buch kann es (noch) gar nicht geben. Vielmehr scheint er so die ausschließliche Gestaltungsmacht über seinen Kurs der ‚Besonnenheit‘ für das Kanzleramt reklamieren zu wollen.

Damit aber spielt er die erwiesenermaßen zentrale Relevanz historischer Analogien zum Begreifen der Zukunft herunter, anhand derer Staatschefs seit jeher ihre strategischen Planungen kalibriert haben. Die oben erwähnte Vision, die ihrer Natur nach analytisch wahrscheinlich vielen zunächst noch unerreichbar scheint, wird jedoch durch ein überzeugendes historisches Vorbild greifbar. Um es nutzbar zu machen, gilt es hier zunächst, die internationale Zeitenwende in Berlin von ihren stark deutsch geprägten, historischen Einengungen („Deutschland als Aggressor“) zu befreien, um damit die willensstarke Verteidigung der westlichen Weltordnung als internationale Verantwortung Deutschlands⁴ zu verinnerlichen.

Eine ähnliche Aufgabe wie die heutige zeitgleiche Herausforderung des Westens durch China und Russland stellte sich vor dem Zweiten Weltkrieg in den USA Visionären um Präsident Franklin D. Roosevelt sowie den Generälen George C. Marshall und Dwight D. Eisenhower. Diese hatten mit großem, strategischem Unbehagen Japans Überfall auf die Mandschurei, Italiens Überfall auf Abessinien und Deutschlands Annexionen im Rheinland, im Sudetenland und in Österreich beobachtet. Innenpolitisch jedoch bestand in diesen Jahren parteiübergreifender Konsens, dass die USA außenpolitisch strikt isolationistisch ausgerichtet waren. Roosevelt und Marshall, ganz ohne „Lehrbuch“, dafür aber mit viel Kreativität im Denken ausgestattet, waren es zunächst, die die aufkommenden Spannungen bei der geostrategischen Prioritätensetzung erkannten. Sollte die Herangehensweise wegen des Deutschen Reichs auf ein „Europe first“ oder wegen des kaiserlichen Japans auf ein „Asia first“ hinauslaufen? Oder konnte beides verbunden werden? Es sollte hier nochmals unterstrichen werden, dass Amerikas isolationistische Neutralität im Frühjahr 1939 noch sakrosankt war. Und dennoch entwarfen diese Spitzenakteure Pläne, wie mit den zumindest für sie erkennbaren Entwicklungen umgegangen werden sollte. So kam es, dass sie

3 Bundesregierung: „Werde mich nicht treiben lassen, etwas Unbesonnenes zu tun“. Interview des Bundeskanzlers Olaf Scholz mit Andreas Hoidn-Borchers, 05.05.2022, www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/interview-bundeskanzler-stern-2030338 [letzter Zugriff: 07.12.2023].

4 Maximilian Terhalle / Bastian Giegerich: *The Responsibility to Defend: Re-thinking Germany's Strategic Culture*. IISS Adelphi Paper, London, Routledge 2021.

5 Mark A. Stoler: *Allies and Adversaries: The Joint Chiefs of Staff, the Grand Alliance, and U.S. Strategy in World War II*, University of North Carolina Press, Chapel Hill 2000.

sich ab Frühjahr 1939 an die Ausarbeitung der sogenannten RAINBOW-Pläne⁵ setzten. Die Namensgebung sollte dabei bereits anzeigen, dass eine Verengung auf nur einen geostrategischen Raum der Komplexität der Herausforderung nicht gerecht werden würde. Mit dem von Deutschland im gleichen Jahr ausgehenden Krieg in Europa und Japans Aggression von 1941 (und dem dadurch ausgelösten Kriegseintritt der USA) verfestigte sich die Überzeugung, dass beide Räume nicht strategisch getrennt werden konnten. Der fünfte RAINBOW-Plan unterstrich dies.

Heute gibt es wieder zwei große revisionistische Mächte in Ostasien und Europa. Erneut ist die wechselseitige Bedingtheit beider Herausforderungen nicht voneinander trennbar, weil die Konzentration auf einen Raum konsequenterweise den Schutz des anderen schwächen würde. Und damit die Glaubwürdigkeit in einem Raum erschüttert würde und Nachwirkung auf die Glaubwürdigkeit im anderen hätte. Dass es damit heute – wie vor über achtzig Jahren – um nicht weniger als den Kampf um die Führung der Weltordnung geht, ist damit der Kern der Herausforderung, für den Deutschlands „Grand Strategy“ entworfen werden muss.

Dass es aufgrund Xi Jinpings historischer Mission nicht zu einem zweiten Krieg in Ostasien kommt, ist dabei nicht auszuschließen. Aber das militärische Erzwingen des russischen Rückzugs aus der Ukraine wäre ein Signal von Stärke, dessen Glaubwürdigkeit Xi in seiner Letztentscheidung nicht übersehen könnte. Verbunden mit konzertierter europäisch-amerikanischer Abschreckung gegenüber China, die das gesamte Instrumentarium westlicher Macht (wirtschaftlich, technologisch, militärisch) so nachdrücklich wie geschickt nutzt, kann dies die Kalküle Chinas überdies beeinflussen.

Es ist deshalb jetzt an der Zeit, dass mutige Staatslenker wie die Estin Kaja Kallas oder US-Präsident Joe Biden den Anstoß geben, dass das westliche Bündnis seinen sechsten RAINBOW-Plan in Angriff nimmt. Deutschlands Staatsräson wäre damit gedient. Trumpstarre hingegen ist keine Strategie.

So stark wie nie?

75 Jahre NATO

Christoph Heusgen
Geboren 1955 bei Neuss
am Rhein, 2017 bis
2021 Ständiger Vertreter
der Bundesrepublik
Deutschland bei den
Vereinten Nationen in
New York, seit 2022
Vorsitzender der
Münchener Sicherheits-
konferenz.

Westeuropa verdankt die längste friedliche Periode seiner Geschichte vor allem zwei internationalen Organisationen:

erstens der Europäischen Union, deren Mitgliedstaaten sich zuvor in zwei Weltkriegen mit Waffengewalt bis aufs Blut bekämpft hatten, dann aber beschlossen, es künftig miteinander zu versuchen und ihre Konflikte nicht mehr auf dem Schlachtfeld auszutragen, sondern in Verhandlungen einen Interessenausgleich zu suchen oder sich den Entscheidungen vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg zu unterwerfen, und *zweitens* der NATO, die ihren Mitgliedstaaten verlässliche Sicherheit bot.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion setzte sich in Westeuropa die Meinung durch, dass sich der wichtigste Zweck des Bündnisses, die Verteidigung der Mitgliedstaaten gegen eine direkte militärische Bedrohung, erübrigt habe. Der Überfall Russlands auf die Ukraine änderte diese Betrachtungsweise abrupt und rückte die Landesverteidigung wieder ganz oben auf die Agenda des Bündnisses. Aber ist die NATO heute so stark wie nie? So stark, wie sie es während des Kalten Krieges war?

Die Entwicklung der NATO von ihrer Gründung 1949 bis zum Fall des Eisernen Vorhangs ist eine Erfolgsgeschichte. Stalin und seine Nachfolger bissen sich an der Allianz die Zähne aus. Sie widerstand allen

Drohungen und Provokationen, aber auch allen sowjetischen Verlockungen. Mit der Stationierung Hunderttausender Soldaten in Westeuropa machten die amerikanischen Präsidenten klar, dass sie bedingungslos an der Seite der Westeuropäer standen. In der Bundesrepublik Deutschland hatte Konrad Adenauer mit seiner Politik der Westbindung und durch die feierliche Aufnahme in die NATO am 9. Mai 1955 in Paris die Grundlagen der westdeutschen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gelegt.

Demonstration militärischer Stärke im Kalten Krieg

„Containment“ hieß die Strategie. Es ging nicht um die Befreiung osteuropäischer Staaten vom sowjetischen Joch, was vorhersehbar zu einer militärischen Konfrontation mit der Sowjetunion geführt hätte. Allerdings gehörten zumindest massive Sanktionen gegen die Staaten des Warschauer Pakts zum Repertoire des „Westens“ – Stichwort COCOM (*Coordinating Committee on Multilateral Export Controls*, anfangs *Coordinating Committee for East West Trade Policy*, Koordinationsausschuss für multilaterale Ausfuhrkontrollen) –, die für den Zerfall des maroden Sowjetimperiums mitentscheidend waren.

Ebenfalls mitentscheidend für den Zerfall war die Ostpolitik, war die KSZE-Grundakte, die allmählich den Ostblock zersetzte und die Zivilgesellschaft insbesondere in Polen stärkte und ermutigte. Allerdings basierte die Ostpolitik auf einem felsenfesten militärischen Fundament: dem NATO-Bündnis. Die Ostpolitik wurde aus einer Position der Stärke gestaltet. Bundeskanzler Olaf Scholz verwies in seiner Rede anlässlich des 50. Jahrestages der Mitgliedschaft Deutschlands in den Vereinten Nationen auf die verdienstvolle Versöhnungsarbeit Willy Brandts, in deren Tradition sich die Bundesregierung sieht. Was Olaf Scholz nicht

erwähnte, war die Tatsache, dass Willy Brandt seine Avancen gegenüber den Staaten des Ostblocks auf einer starken militärischen Basis unterbreitete: Über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts gab die sozialliberale Regierung seinerzeit für Verteidigung aus – mehr als doppelt so viel wie heute. Bis zu 500.000 Soldaten dienten in der Bundeswehr und garantierten zusammen mit ihren Kameradinnen und Kameraden aus den anderen NATO-Staaten für europäische Sicherheit. Dass die Bundeswehr mit modernsten Waffensystemen ausgestattet wurde, war für die Regierung ebenso selbstverständlich wie die Nukleare Teilhabe.

Letztlich versetzte ein weiterer sozialdemokratischer Bundeskanzler, Helmut Schmidt, dem Warschauer Pakt den Todesstoß, als er mit dem NATO-Doppelbeschluss erst die Amerikaner zur Grundsatzentscheidung über die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa und damit die Russen zum Einlenken und zum Verzicht auf die SS-20-Raketen brachte. Nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen im November 1982 war es die christdemokratisch-liberal geführte Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl, die die Aufstellung atomar bestückter Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik gegen heftige innenpolitische Widerstände durchsetzte. Die Grundlage für Frieden in Europa und den Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Pakts war eine selbstbewusste NATO, war die Demonstration militärischer Stärke vonseiten der transatlantischen freiheitlichen Demokratien.

„Landesverteidigung“ nicht mehr ernst genommen

Am 9. November 1989 symbolisierte der Fall der Berliner Mauer das Ende der Sowjetunion und des Warschauer Pakts. Es war auch ein Sieg der NATO. Ronald Reagans konsequente

Politik der Verhandlungen mit Moskau auf Grundlage einer Position der militärischen Stärke und der kompromisslosen Wirtschaftssanktionen hatte sich durchgesetzt. Michail Gorbatschow hatte zwar nicht persönlich Hand angelegt, aber er ließ geschehen, dass die Ostberliner die Aufforderung Reagans umsetzen und die Mauer niederrissen.

Mit dem Ende der Sowjetunion und der direkten militärischen Bedrohung Deutschlands und Europas durch das neue Russland stand „Landesverteidigung“ zwar noch auf der Aufgabenliste der NATO, allerdings nahmen Mitgliedstaaten diese Aufgabe nicht mehr ernst. Die Verteidigungshaushalte wurden gekürzt, Wehrpflichtarmeen abgeschafft. Dass einige Nachbarn Russlands – beispielsweise Finnland – diesen Enthusiasmus nicht in gleichem Ausmaß teilten, wurde nicht ernsthaft zur Kenntnis genommen. Die NATO nahm Länder auf, die sich vom sowjetischen Joch befreit hatten, investierte in Partnerschaftsabkommen und konzentrierte sich auf Kriseninterventionen vom Balkan bis nach Afghanistan. Für solche Operationen benötigte man nur spezielle und begrenzte Fähigkeiten, wobei sich die Europäer wie im Kalten Krieg auf die Amerikaner verließen, die – wenn es um militärische Einsätze ging – die Führung übernahmen und die kritischen militärischen Fähigkeiten stellten.

Zwar hatte sich in der größer werdenden Europäischen Union grundsätzlich die Überzeugung durchgesetzt, dass auch eine eigene europäische Verteidigung mit eigenen Krisenreaktionsfähigkeiten aufgebaut werden müsse, die für den Fall einsetzbar sein würden, sollten die Amerikaner einmal nicht zur Verfügung stehen, doch dieser Erkenntnis folgten keine Taten. Von den vor zwanzig Jahren geplanten europäischen *Battle Groups* fehlt jede Spur. Als sich im Sommer 2021 die Amerikaner Hals über Kopf aus Afghanistan verabschiede-

ten, standen die Europäer dort schutzlos da. Sie waren nicht einmal in der Lage, den Flughafen von Kabul zu schützen, um ihre Soldaten, Landsleute und Schutzbefohlenen zu evakuieren. Die Amerikaner standen wieder einmal bereit, um zu helfen.

Konfrontation statt Kooperation

In der Mitte der 2000er-Jahre begann sich der Wind zu drehen. Die Hoffnungen auf ein partnerschaftliches Verhältnis zu Russland hatten sich zerschlagen. Der russische Präsident hatte den von seinen Vorgängern Gorbatschow und Boris Jelzin und den von ihm selbst zu Beginn noch verfolgten Weg der Kooperation verlassen und zum Machterhalt auf Basis von Nationalismus und Konfrontation gesetzt. Die Interventionen in Georgien, in Syrien an der Seite des brutalen Diktators Baschar al-Assad, in Libyen an der Seite des Milizenführers Chalifa Haftar, in der Zentralafrikanischen Republik und an weiteren Orten verdeutlichten den neuen Kurs Moskaus. Mit dem Überfall 2014/15 auf den Südosten der Ukraine und der Annexion der Krim machte Putin deutlich, dass ihm an einer neuen partnerschaftlichen Friedensordnung in Europa nichts lag: Konfrontation anstatt Kooperation.

Bei der NATO klingelten die Alarmglocken. Bei einem Sondergipfel in Wales im September 2014 verpflichteten sich die NATO-Partner feierlich, innerhalb von spätestens zehn Jahren zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Die klassische Landesverteidigung rückte vom Nebengleis wieder in den Mittelpunkt. Zurück in ihren Amtsstuben und unter dem Einfluss vieler anderer dringender Aufgaben versiegte der Enthusiasmus allerdings schnell; die Steigerungen der Haushalte und die damit bezweckte verbesserte Ausstattung der NATO-Streitkräfte blieb

weit hinter den eingegangenen Verpflichtungen zurück. Die Stabilisierung der Lage in der Ukraine durch die Minsk-Abkommen taten ihr Übriges, und mit dem Abschluss des *North Stream 2*-Abkommens setzten sich ein letztes Mal die Gutgläubigen durch, die immer noch an ein gedeihliches Auskommen mit Russland glaubten.

Der Schreck fuhr den NATO-Staats- und Regierungschefs im Mai 2017 erneut in die Glieder, als der neu gewählte amerikanische Präsident Donald Trump bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel nicht etwa das Bündnis hochleben ließ und das amerikanische Bekenntnis zur europäischen Sicherheit wiederholte, sondern einen massiven verbalen Angriff auf die säumigen NATO-Beitragszahler unternahm. Mit gesenkten Häuptionen verließen die Angesprochenen Brüssel in der Hoffnung, dass der Trump'sche Ärger schon verrauchen und das Washingtoner politische und militärische Establishment das Schlimmste verhindern würde. Mit der Wahl des Transatlantikers Joe Biden ging ein Aufatmen durch die NATO: Es war noch einmal gutgegangen! Die Überzeugung machte sich breit, dass die guten alten Zeiten zurück seien; die USA würden schon in die Breche springen, wenn Not am Mann wäre.

Den Ernst der Stunde erkannt?

Mit seinem Überfall auf die Ukraine am 22. Februar 2022 beging Wladimir Putin einen Zivilisationsbruch. Er verletzte zahlreiche völkerrechtliche Abkommen, er verstieß gegen die Charta der Vereinten Nationen, er beging schwerste Kriegsverbrechen. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg verneinte der Präsident eines europäischen Staates das Existenzrecht eines anderen und versuchte, diesen Staat und seine Identität auszulöschen. Als Nicht-Mitgliedstaat konnte sich die Ukraine nicht auf Artikel 5 des NATO-Vertrags berufen und da-

mit den Bündnisfall auslösen. Mit den von Putin und seinen Vasallen verkündeten weitergehenden Ansprüchen auf Gebiete, die in der Vergangenheit zur Sowjetunion oder zum russischen Zarenreich gehört hatten, war klar, dass die NATO auf ihre Gründungszeit und ihre existenzielle Bedrohung vonseiten Russlands zurückgeworfen war.

Die NATO-Staaten reagierten konsequent und stellten die kollektive Verteidigung wieder in den Mittelpunkt ihrer Allianzpolitik. Sie verpflichteten sich nicht nur erneut, das Zwei-Prozent-Ziel umzusetzen, sondern vereinbarten auf ihrem Gipfel in Vilnius im Juli 2023 sogar, dass diese zwei Prozent die Untergrenze ihrer Verteidigungsausgaben darstellen würden. Als bevölkerungsreichster und wirtschaftsstärkster europäischer NATO-Mitgliedstaat stand und steht Deutschland im Zentrum der Neuorientierung. Ja, die Glaubwürdigkeit der Allianz hängt an der Umsetzung der getroffenen Bündnisentscheidungen in Deutschland. Mit der Verkündigung eines 100-Milliarden-Euro-Sonderfonds und der Versicherung, der gegenüber den NATO-Verbündeten eingegangenen Zwei-Prozent-Verpflichtung tatsächlich nachzukommen, setzte Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner historisch zu nennenden Rede am 27. Februar 2022 vor dem Deutschen Bundestag ein eindrucksvolles Zeichen: Deutschland habe den Ernst der Stunde erkannt; die Politik der ausgestreckten Hand, des „Wandels durch Handel“ habe nicht den erwünschten Erfolg gehabt. Dabei wusste der Bundeskanzler die deutsche Bevölkerung hinter sich; seine Zustimmungswerten waren vor und nach seiner Zeitenwende-Rede vor dem Deutschen Bundestag nie wieder so hoch wie am 27. Februar.

In anderen NATO-Staaten fielen die Reaktionen ähnlich aus. Vor allem die osteuropäischen Staaten, die immer wieder vor dem aggressiver werdenden Russland gewarnt hatten, sahen sich in ihren Befürchtungen bestätigt

und setzten sich an die Spitze nicht nur der Unterstützung der Ukraine, sondern auch der Umsetzung der eingegangenen NATO-Verpflichtungen.

Und Deutschland lieferte: Mit der Bestellung der amerikanischen F-35-Kampflugzeuge im März 2022 untermauerte die Bundesregierung ihren Willen, an der nuklearen Teilhabe festzuhalten. Weitere lange aufgeschobene Beschaffungsentscheidungen wurden getroffen. Als Zeichen, dass der Ernst der Lage nun endlich erkannt worden ist, versprach Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius Ende Juni 2023 die Entsendung einer Bundeswehrbrigade nach Litauen: So wie die USA und die andere Alliierten während des Kalten Krieges ihre Soldaten zur glaubwürdigen Verteidigung im seinerzeitigen Frontstaat West-Deutschland stationiert hatten, so zeigte das wiedervereinigte Deutschland seine Bereitschaft, jetzt seinerseits als Garant von Sicherheit seine Truppen in einen der neuen Frontstaaten zu verlegen.

Neuerliche Zögerlichkeit

Diese positiven Signale wurden allerdings durch neuerliche Zögerlichkeiten relativiert. Die Bundesregierung weckte Zweifel an ihrer Ernsthaftigkeit und ihrem politischen Willen, die Zeitenwende tatsächlich auch nachhaltig umzusetzen. So lehnte die Bundesregierung bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2024 die Festlegung der Zwei-Prozent-Quote im Haushaltsgesetz ab. Viel verheerender war die Veröffentlichung der mittelfristigen Finanzplanung, die schwarz auf weiß die Zeitenwende als eine lediglich kurzfristige Kurskorrektur enttarnte:

Nach dem Verbrauch des Sondervermögens würde der Verteidigungshaushalt wieder auf das Niveau von rund 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückfallen. Und das erfolgte ohne einen größeren Aufschrei in der Regierung oder im Parlament.

Nach den Planungen der Bundesregierung wird Deutschland also nicht nur sein Versprechen gegenüber den Verbündeten brechen, sondern einem eventuell erneut gewählten US-Präsidenten Donald Trump einen Vorwand für den von ihm in seiner ersten Amtszeit angedrohten Rückzug aus der NATO auf dem Silbertablett servieren, da seine entsprechenden Warnungen an die Verbündeten, ihren Verpflichtungen nachzukommen, offensichtlich nicht ernst genommen werden. Auch der russische Diktator Putin wird sich ermutigt fühlen, seine Aggression fortzusetzen; Putin hat schon seit einiger Zeit öffentlich geäußert, dass er dem Westen keine Durchhaltefähigkeit zutraut.

Nein, die NATO ist – zumindest was Deutschland anbelangt – nicht auf dem Weg zurück zur alten Stärke. Angesichts großer wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen findet die Bundesregierung nicht den Mut, den Deutschen reinen Wein einzuschenken und ihnen zu sagen, dass unsere Sicherheit tatsächlich durch Putin in Gefahr ist. „Es kann nicht sein, was nicht sein darf!“ Diesem Motto zu folgen, ist viel zu gefährlich: Putin hat dies mit seinem verbrecherischen Angriff auf die Ukraine bewiesen. Die Bundesregierung muss die Sicherheit der Deutschen und ihrer Bündnispartner garantieren. Dazu ist Führung und Verantwortung gefragt. Dass die Deutschen konsequente Führung wünschen, zeigen alle Umfrageergebnisse, zeigte die hohe Zustimmung zur Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers.

Tabubruch

Marco Seliger

Geboren 1972 in Blankenburg (Harz), seit Januar 2023 sicherheits- und verteidigungspolitischer Redakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“ (NZZ) in Berlin.

Wie „kriegstüchtig“ ist die deutsche Gesellschaft?

Es ist der 10. Dezember 1971 in Oslo, 26 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als einem Deutschen eine große Ehre zuteilwird.

Bundeskanzler Willy Brandt nimmt an der Universität der norwegischen Hauptstadt den Friedensnobelpreis entgegen. Der SPD-Politiker empfängt die angesehene Auszeichnung für seine auf Versöhnung ausgerichtete Ostpolitik. Am Tag darauf hält er an gleicher Stelle einen Vortrag zum Thema „Friedenspolitik in unserer Zeit“. Der Krieg, sagt er, dürfe kein Mittel der Politik sein. Es gehe darum, Kriege abzuschaffen, nicht nur, sie zu begrenzen. „Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio.“

Von diesem Vorbild pazifistischer Grundhaltung sind Generationen vor allem sozialdemokratischer und grüner Politiker in Deutschland sozialisiert worden. Einer dieser „Enkel“ Willy Brandts ist der heutige Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD). Er sagte von sich, er entstamme der Friedensbewegung, und es sei schmerzlich für ihn, nun den Krieg vorbereiten zu müssen. Pistorius wählte im November 2023

ungewöhnlich direkte Worte. „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte. Und das heißt: Wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“

Ein Faktor in dieser Aussage ist besonders bemerkenswert, weil ihn sich ambitionierte Politiker bisher kaum auszusprechen traute: Pistorius redet von „Kriegstüchtigkeit“. Damit rührt er an ein Tabu in der politischen und gesellschaftlichen Debatte Deutschlands. Nie wieder Krieg – mit dieser pazifistischen Grundhaltung sind große Teile der Gesellschaft und der heutigen Regierung politisiert worden. Nun sollen Deutschland, seine Bürger und die Armee wieder wehrhaft werden.

In Deutschland hat man mit Begriffen wie „Krieg“ seit 1945 keine Wahlen gewonnen. Dieses Wort war gut sieben Jahrzehnte weitgehend aus dem politischen Vokabular gestrichen. Dabei war schon im Kalten Krieg klar, was der Verteidigungsfachmann der CDU, Roderich Kiesewetter, kürzlich formulierte: „Wir müssen Krieg können, um ihn zu verhindern.“ Doch zwischen dem Kalten Krieg und der heutigen Bedrohungslage in Europa seit dem russischen Überfall auf die Ukraine liegen drei Jahrzehnte, in denen sich das ambivalente Verhältnis der Deutschen zu ihrer Verteidigungsfähigkeit, ihren Streitkräften und Soldaten erheblich verstärkte. Sie waren zwar bereit, sich an Auslandseinsätzen zu beteiligen, allerdings nur, wenn es friedlich zugeht.

In Afghanistan funktionierte es lange Zeit, das Kämpfen den anderen zu überlassen. Dann eskalierte auch im Einsatzgebiet der Bundeswehr die Lage. Während die Soldaten töten mussten und von Krieg sprachen, wollten die Gesellschaft und die Politik davon nichts wissen. Diese Haltung verkörperte nicht zuletzt der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU). Nüchtern, distanziert, technokratisch sprach er von Stabilisierungs- oder Friedenseinsatz. Krieg, das seien für ihn die zerstörten Städte Deutschlands 1945.

Je ziviler, desto besser

Politiker, Journalisten und Wissenschaftler gaben sich in den drei Jahrzehnten seit dem Mauerfall große Mühe, ein Bild von der Bundeswehr zu zeichnen, das nichts mit den „bösen“ Seiten des Krieges zu tun hat. Soldaten sollten Streetworker, Sozialarbeiter und Schlichter in „Post-Konflikt-Ländern“ sein, neutrale Mittler zwischen den Fronten. Als Beschützer bestünden ihre Aufgaben aus Retten, Schützen und Helfen. Als überzeugter Demokrat und werteorientierter Staatsbürger in Uniform habe der Soldat vor allem eine zivile Identität – je ziviler, desto besser.

Wie sehr den Deutschen das Kämpfen ausgetrieben werden sollte, belegen etwa Äußerungen der Theologin Angelika Dörfler-Dierken.

In einem Aufsatz für das damalige Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (*Identität, Selbstverständnis, Berufsbild. Implikationen der neuen Einsatzrealität für die Bundeswehr*) plädierte sie im Jahr 2010 für eine neue Identität der Bundeswehr, die sich auf die Werte der Achtundsechziger und der Friedensbewegung stützen sollte. Der Soldat müsse sich als Arbeiter für den Frieden begreifen, dem er als Sicherheitsfachkraft diene.

Traditionelle militärische Tugenden, wie sie damals im Kampf gegen die Taliban gefordert waren, könnten, so schrieb die Theologin in Verkennung jeglicher Einsatzrealitäten, einer friedensorientierten, demokratischen Armee keinen Sinn mehr vermitteln. Militärische Normen und Praktiken wie Gehorsam, Kasernierung und Formaldienst seien von einer auf einem zivil-humanitären Ethos basierenden Diskussionsgemeinschaft abzulösen.

Die abstrusesten Ansichten konnten selbst im direkten Umfeld der Bundeswehr prächtig gedeihen. Elmar Wiesendahl, Politikwissenschaftler und bis 2010 Direktor an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, bezeichnete es während der Hochzeit des Afghanistankriegs als besorgniserregend, wie die Soldaten „auf ein überzeitliches Ideal des Kämpfertums“ reduziert würden. Auf diese Weise werde einem Tugendfundament das Wort geredet, das mit dem demokratischen und zivilgesellschaftlichen Wertekanon nicht vereinbar sei. Den Krieger trennten Welten vom Staatsbürger in Uniform. Politik und militärische Führung, so Wiesendahl, müssten daher verhindern, dass vorgestrigte Kriegskonzepte größere Bedeutung für die Konstruktion soldatischer Berufsidentitäten gewannen.

Auf eine solche, in der deutschen Gesellschaft bis heute tief verankerte pazifistische und den Kern des Militärischen negierende Grundhaltung trifft nun Pistorius' Aussage von der Kriegstüchtigkeit. Doch was heißt das überhaupt?

Wer würde kämpfen?

Man könnte mit einem Zitat des früheren litauischen Verteidigungsministers, Artis Pabriks, beginnen: Er sagt, Deutschlands militärische Schwäche habe mit dem Verteidigungsunwillen seiner Gesellschaft zu tun. Oder mit einer Aussage des früheren Oberkommandierenden der US-Landstreitkräfte in Europa, Ben Hodges. Er zweifele nicht an der Qualität der Bundeswehr, aber an ihrer Kampfbereitschaft, sagt der frühere US-General. Deutschland fehle der politische Wille zum Kampf.

Die beiden Aussagen berühren zwei Aspekte, die in der Debatte über die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands bisher kaum eine Rolle spielten. Der miserable materielle und strukturelle Zustand der

Streitkräfte ist inzwischen vielfach beschrieben und kritisiert worden. Es gibt kaum öffentliche Zweifel am dringenden Handlungsbedarf. Welche Rolle aber Politik und Gesellschaft spielen, um Deutschland wieder wehrbereit zu machen, was geschehen muss, um die politischen Entscheidungsträger und das Volk „kriegstüchtig“ zu machen, damit hat sich die Bundesrepublik bisher kaum beschäftigt.

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA („Institut für neue soziale Antworten“) im Auftrag der Evangelischen Nachrichtenagentur wenige Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 zeigte, dass gerade einmal 29 Prozent der Deutschen ihr Land mit der Waffe verteidigen würden. Jeder Vierte gab an, im Kriegsfall die Flucht ins Ausland vorzuziehen.

Ende November 2023, der Krieg tobte seit mehr als anderthalb Jahren, ergab die jährliche Umfrage der Körber-Stiftung zur Sicht der Deutschen auf die Außen- und Sicherheitspolitik, dass 54 Prozent der Befragten der Ansicht seien, ihr Land solle sich bei internationalen Krisen stärker zurückhalten. Wenn schon internationales Engagement, dann diplomatisch. Eine militärische Führungsrolle Deutschlands in Europa, die Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Zeitenwende-Rede am 27. Februar 2022 einzunehmen ankündigte, lehnen der Körber-Stiftung zufolge zwei Drittel der Deutschen ab.

Nation und Wehrbereitschaft

Der Militärhistoriker Sönke Neitzel bleibt trotz dieser Befunde gelassen. Keine Friedensgesellschaft habe es je geschafft, sich wirklich auf einen Krieg vorzubereiten, sagt er. Deutsche Soldaten marschieren heute in der Grundausbildung nicht mehr dreißig Kilometer mit Gepäck und Waffe, so wie es früher in der Bundeswehr der Fall war. Sie joggen auch nicht mehr jeden Morgen fünf Kilometer in Uniform und Stiefeln, ein Lied auf den Lippen und die Kompaniefahne in der Hand. Diese Zeiten sind vorbei. „Selbst die heutige russische Armee wäre von der Roten Armee des Zweiten Weltkriegs wahrscheinlich für ihre Verweichlichung verspottet worden“, sagt Sönke Neitzel, der an der Universität Potsdam lehrt. Die Rote Armee habe einst überwiegend aus Bauern bestanden. Sie hätten unter viel härteren Bedingungen gelebt als die Bürger Russlands heute.

In der Bundesrepublik, sagt Neitzel, sei die nationale Identität nach 1990 vor allem von linken Politikern bekämpft worden. Der Nationalstaat gelte ihnen als Vorläufer des Krieges und des Holocaust. Führende Repräsentanten des Staates wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagten nicht, dass es sich lohne, für Deutschland zu kämpfen. Sie äußerten stattdessen, es lohne sich, die Verfassung, Werte und

Demokratie zu verteidigen. Doch das, sagt Neitzel, sei zu abstrakt und funktioniere nicht. „Kein Mensch setzt sich für die Verfassung einen Stahlhelm auf und zieht in den Krieg.“ Auch das gehört zum Thema „Kriegstüchtigkeit“: Die führenden Politiker des Staates müssen zur Nation stehen, sie müssen im Land ein gesellschaftliches Nationalitätsbewusstsein befördern.

Verteidigungsminister Pistorius musste sich für seine Aussage zur Kriegstüchtigkeit vorwerfen lassen, er leiste einer Militarisierung des Landes Vorschub. In einem offenen Brief schrieben ihm etwa die „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs“, die von ihm geforderte Kriegstüchtigkeit sei mit dem Grundgesetz unvereinbar. Das Friedensgebot sei in dessen Präambel und in Artikel 1 fest verankert. Zudem, hieß es weiter, könnten moderne Industriestaaten wie Deutschland militärisch nicht verteidigt werden. Der Grund: Im Fall eines Krieges bestehe die Gefahr, dass in Deutschland all das vernichtet werde, was man zu verteidigen vorgebe.

„Schonungslose Offenheit“ erforderlich

Was die Autoren nicht schreiben, das sind ihre Gedanken, wie sich Deutschland denn sonst mit seinen NATO-Partnern am besten der militärischen Eroberungsgelüste Wladimir Putins erwehren könnte. Die Friedens- und Konfliktforscherin Nicole Deitelhoff sagt, die Politiker müssten endlich in „schonungsloser Offenheit“ darüber sprechen, was das Volk in der Zukunft erwarte. Bisher erwecke die Bundesregierung den Eindruck, als müsste sich das Land einmal noch anstrengen, um der Ukraine bei ihrem Kampf zu helfen. Dann werde sich der Krieg erledigt haben, und alles sei wieder normal. „Das ist eine Illusion“, so Deitelhoff, Direktorin des Friedensforschungsinstituts in Frankfurt am Main. Ein Blick nach Russland unterstreicht das. Putin bereitet sein Land auf einen langen Konflikt mit dem Westen vor. Wie zu Sowjetzeiten erhalten Kinder heute wieder eine vormilitärische Ausbildung. Lehrbücher propagieren, dass die Grenzen des alten russischen Reichs wiederhergestellt werden müssten. Die Armee stilisiert sich zur Schule der Nation. „Wir reden über Jahrzehnte der Konfrontation, die uns gewaltige finanzielle, möglicherweise aber auch menschliche Kosten abverlangen werden“, sagt Deitelhoff. Das müsse so gesagt werden. Damit öffne man den Blick der Bürger für die Bedrohungen und ihre Konsequenzen. Davor aber drücke sich die Politik.

Die Reaktionen auf die Äußerungen von Pistorius zeugten davon, dass die Deutschen „die Welt allmählich zur Kenntnis nehmen“, sagt Neitzel. Sie zeigten, dass die Gesellschaft viel besser wisse, was die Stunde geschlagen habe, als die Politiker dächten. Dennoch trauten sich

die Politiker nicht, den Bürgern nun die Konsequenzen zu verdeutlichen. „Die Bevölkerung ist bereit, zu kämpfen und persönliche Einschränkungen hinzunehmen, wenn man ihr erklärt, wozu das nötig ist“, äußert Neitzel. Eine strikte Ablehnung, mit der Waffe für das Land einzustehen, habe es in Deutschland nie gegeben. Das zeige etwa der NATO-Doppelbeschluss in den 1980er-Jahren. So wie es diejenigen gegeben habe, die dagegen protestierten, habe es auch diejenigen gegeben, die genau deshalb zur Bundeswehr gegangen seien.

In einem Interview mit dem *Spiegel* sagte der österreichisch-britische Philosoph Karl Popper im März 1992, es gebe eine Paradoxie im Wohlergehen der Menschheit: Sie beruhe auf einer wirklichen Wachsamkeit gegen eine Menge Gefahren. Aber das Wohlergehen vernichte auch die Wachsamkeit. Die Freiheit werde leicht zu etwas Selbstverständlichem. Das bedeute, dass man dann eben wieder einem Diktator zum Opfer falle. Auch deshalb, so der damals 89-jährige Popper, dürfe die freiheitliche Welt nicht davor zurückschrecken, „für den Frieden Krieg zu führen“.

Eine Frage von Bildung?

Sicherheitspolitik und Militär als Themen in den Schulen

Karin Prien

Geboren 1965 in Amsterdam, seit 2017 Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands.

Im Zuge multipler Bedrohungen haben wir in den Schulen in Deutschland unsere Anstrengungen in den vergangenen Jahren deutlich vergrößert, Medienkompetenz zu schulen und die Demokratiebildung zu stärken. In den Schulen muss aber

auch für eine stärkere Auseinandersetzung mit dem militärischen Teil internationaler Sicherheitsfragen gesorgt werden. Nur so können wir unsere liberale Demokratie langfristig schützen.

Dass die Ukraine seit fast zwei Jahren Russlands täglichen Angriffen standhalten kann, liegt nicht an unseren Waffenlieferungen oder den Solidaritätsadressen aus europäischen Hauptstädten. Ihre Durchhaltekraft verdankt die Ukraine ihrem Willen, die Freiheit des Landes zu verteidigen. Die Zeitenwende in der europäischen Sicherheit und ihre Auswirkungen auf die Anforderungen an Landes- und Bündnisverteidigung sind nicht nur ein Thema für Militärstrategen und Haushälter. Auch die Bildungspolitik muss sich die Frage stellen, wie sie das Bewusstsein für Themen schärfen kann, mit denen sich junge Menschen in den kommenden Jahrzehnten beschäftigen müssen.

Die Gefahren für das freie Europa durch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine, Huthi-Rebellen, die im Roten Meer Frachtschiffe angreifen, Satelliten, die unsere Windräder steuern und von Russland gestört werden, oder chinesische Übergriffe gegen Taiwan oder die Philippinen sind real. Sie gefährden nicht nur das Leben der Opfer von Krieg und Gewalt in den Krisenregionen vor Ort, sondern auch unsere Freiheit, unsere Sicherheit und unseren Wohlstand. Die Krisen der Welt stellen vieles von dem infrage, was unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten als natürlichen Lauf der Dinge erachtet hat: dass die Welt insgesamt friedlicher wird, weiter zusammenwächst und Konflikte der internationalen Kooperation weichen. Dabei wissen wir, dass unsere Gesellschaft resilienter werden muss. Wir müssen notgedrungen über Krieg und Frieden sprechen – in den Parlamenten, in den Kirchen, in den Parteien und Vereinen, im privaten Umfeld und insbesondere auch in den Schulen. Die Vorbereitung der Kinder und Jugendlichen auf die Zukunft Deutschlands und Europas kann leider nicht mehr ohne die Gefahr von Kriegen gedacht werden.

Kein Ausblenden militärischer Bedrohungen

Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit Ende des Kalten Krieges mit der Friedensdividende bequem eingerichtet. Militärisches und auch die Bundeswehr verschwanden mehr und mehr aus den Stadtbildern und mit dem Ende der Wehrpflicht aus dem Bewusstsein einer gesamten Generation. Der öffentliche Blick auf den Einsatz von Streitkräften wurde weitgehend auf die beiden Stichworte „Sandsäcke“ und „Brunnenbohren“ reduziert. Wo früher in der Schule die Frage unter Schülern „Gehst du zum Bund oder machst du Zivildienst?“ sicherstellen konnte, dass Landesverteidigung und die zumindest oberflächliche Frage, ob man bereit sei, im Krieg einen anderen Menschen zu töten, für Diskussionen und Gespräche sorgte, ist das Thema gänzlich aus dem Bewusstsein der Menschen verschwunden. Krieg schien für die Europäer seit der Jahrtausendwende ein Thema der Vergangenheit zu sein. Mit dem Ausblenden militärischer und existenzieller Bedrohungen ging auch ein Bewusstseins- und Verständnisverlust einher.

Das merken wir auch, wenn wir heute in die Schulen schauen. Die Friedensdividende macht sich auch in der Schule bemerkbar. Wenn heute in Schulen über Sicherheitspolitik als etwas Abstraktes, Fernes gesprochen wird, ist das das Ergebnis einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Wir müssen uns allerdings aktiv um Impulse bemühen, die Fragen von Krieg und Frieden sowie das Wissen über die Sicherheitspolitik und die internationale Ordnung mit all ihren Facetten in die Bildung der Schülerinnen und Schüler einfließen lassen. In einer Welt,

in der staatlich gelenkte Desinformation aus Russland täglich versucht, Kinder und Jugendliche zu manipulieren, in einer Welt der multiplen Krisen dürfen unsere Schulen Kinder und Jugendliche nicht vor den Gefahren für Frieden und Sicherheit abschirmen, sondern müssen konsequent und offensiv diese Themen in den Unterricht integrieren. Schule ist ein Schutzraum, darf aber kein von der Wirklichkeit abgeschirmter Raum sein. Ohnehin sind die Schülerinnen und Schüler in Deutschland seit Ausbruch des Krieges mit dem Leid ihrer Klassenkameraden konfrontiert worden, die als Geflüchtete aus der Ukraine kamen.

Impulse zu Fragen von Krieg und Frieden

Die Schulgesetze der Länder fordern von Schulen bereits heute deutlich mehr als nur die Kompetenzvermittlung, die auf ein späteres Berufsleben hinwirkt. In Paragraph 4 des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes heißt es: „Die Schule soll jungen Menschen kulturelle und gesellschaftliche Orientierung vermitteln. Sie soll dazu ermuntern, eigenständig zu denken und vermeintliche Gewissheiten und gesellschaftliche Strukturen auch kritisch zu überdenken. Die Schule soll die Bereitschaft zur Empathie und die Fähigkeit fördern, das eigene Weltbild in Frage zu stellen und Unsicherheiten selbstvertrauend auszuhalten.“ Und weiter: „Die Schule soll Kenntnisse gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und historischer Zusammenhänge vermitteln, Verständnis für Natur und Umwelt schaffen und die Bereitschaft wecken, an der Erhaltung der Lebensgrundlagen von Pflanzen, Tieren und Menschen mitzuwirken“ sowie „Zum Bildungsauftrag der Schule gehört die Erziehung des jungen Menschen zur freien Selbstbestimmung in Achtung Andersdenkender, zum politischen und sozialen Handeln und zur Beteiligung an der Gestaltung der Arbeitswelt und der Gesellschaft im Sinne der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.“

Das ist eine schwierige Aufgabe, wenn wir bedenken, dass auch Lesen, Schreiben und Mathematik dringend und mehr unterrichtet werden müssen. Forderungen nach neuen Schulfächern oder zusätzlichen Stunden für dieses und jenes – zweifelsohne wichtige – Thema scheitern regelmäßig an den Möglichkeiten und begrenzten Ressourcen in Schulen. Die Lösung kann daher nur lauten, Impulse zu geben, damit Kinder und Jugendliche im Schutzraum Schule verstärkt mit Fragen von Krieg und Frieden im Hier und Jetzt konfrontiert werden.

Diese Impulse, also die Befassung mit Konflikten, vergangenen und aktuellen, darf dabei nicht zu abstrakt erfolgen. Ein Zitat des Philosophen Walter Benjamin von 1926, „Wer aber den Frieden will, der spreche vom Krieg“, ist heute in großen Lettern im Deutschen Panzermuseum Munster zu sehen. Ralf Raths, Direktor des Panzer museums,

schrieb im November 2023 in der *Zeitung des deutschen Kulturrates*: Eine „Zentrierung auf die Opfer der Maschinen [Panzer, Anm. d. Red.] ist wichtig für eine empathisch unterfütterte Erinnerungskultur. Nur wer neben technischen Höchstleistungen und historischen Kontexten auch diese Dimension des Panzers wahrgenommen hat, kann beginnen, wirklich umfassend über den Panzer als Gewaltmaschine und seine Rolle in Geschichte, Gegenwart und Zukunft nachzudenken und den Frieden dabei in den Mittelpunkt zu rücken.“ Politische Bildung, die zum Ziel hat, den Frieden in Europa zu sichern, muss also zwangsläufig direkte Bezugspunkte für die Lernenden schaffen.

Kooperationsvereinbarung mit den Jugendoffizieren

In den Schulen gelingt uns eine empathisch geleitete Befassung mit dem militärischen Aspekt internationaler Sicherheit zum Beispiel durch den Einsatz der Jugendoffiziere der Bundeswehr. Schleswig-Holstein hat durch die Kooperationsvereinbarung mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr im Jahr 2021 einen wichtigen Baustein für mehr sicherheitspolitische Bildungsimpulse in den Schulen vorgelegt. Dabei fördern wir nicht nur, dass mehr Jugendoffiziere an die Schulen kommen. 2023 haben wir auch erstmals die Chance genutzt und Jugendoffiziere aus drei Bundesländern durch unser Lehrkräfteausbildungsinstitut, das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holsteins, im Sinne einer besseren Ansprache von Schülerinnen und Schülern trainieren lassen.

Kritiker aus dem politischen Spektrum links der Mitte haben uns vorgeworfen, wir würden eine Militarisierung der Gesellschaft betreiben. Das genaue Gegenteil ist der Fall: Durch Vermittlung von sicherheitspolitischer Kompetenz, durch Kontakt zu Soldatinnen und Soldaten, durch Verständnis verschiedener Bedrohungsszenarien können wir die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen darauf vorbereiten, am Frieden zu arbeiten. Unsere Gesellschaft benötigt die Auseinandersetzung mit diesen Themen, die öffentliche Debatte und das Bewusstsein für die sicherheitspolitischen Notwendigkeiten. Nur so werden wir das Erbe von Konrad Adenauer und Helmut Kohl, Freiheit und Frieden in Europa, bewahren können.

Zeitenwende in den Köpfen

Timo Graf

Geboren 1985 in Bremen, promovierter Politikwissenschaftler, wissenschaftlicher Oberrat im Forschungsbereich Militärsoziologie am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam, Leiter der jährlichen ZMSBw-Bevölkerungsbefragung im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung.

Russlands Angriffskrieg verändert das verteidigungspolitische Meinungsbild

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist die größte Bedrohung für die europäische Sicherheitsordnung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Seit Februar 2022 hat Russland in der Ukraine zehn Millionen Menschen vertrieben, Zehntausende Soldaten und Zivilisten getötet und zivile Infrastruktur in großem Umfang zerstört – und Russland eskaliert weiter. Als Reaktion darauf hat die Bundesregierung eine verteidigungspolitische „Zeitenwende“ ausgerufen, die sich inhaltlich auf drei Eckpfeiler stützt. *Erstens*: Russland gilt nicht mehr als Wirtschaftspartner, sondern als Sicherheitsbedrohung. *Zweitens*: Der Hauptauftrag der Bundeswehr ist nicht länger das internationale Krisenmanagement, sondern die Landes- und Bündnisverteidigung in Europa. *Drittens*: Zur Auftragsbefähigung soll die Bundeswehr finanziell und personell gestärkt werden.

Nach Auffassung von Bundeskanzler Olaf Scholz spiegelt der eingeleitete verteidigungspolitische Kurswechsel „ein neues Bewusstsein auch in der deutschen Gesellschaft wider. Heute ist eine große Mehrheit der Deutschen der Ansicht, dass unser Land eine Armee mit der Fähigkeit und der Bereitschaft braucht, Gegner abzuschrecken und sich sowie seine Verbündeten zu verteidigen“ (Scholz 2022). Gibt es eine solche „Zeitenwende in den Köpfen“ tatsächlich? Repräsentative Bevölkerungsbefragungen können hierauf eine Antwort geben. Die größte Umfragestudie und längste Zeitreihe zu verteidigungspolitischen Einstellungen in Deutschland ist die seit 1996 jährlich im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung durchgeführte Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw).¹ Die nachfolgende Analyse basiert auf diesen Daten.

Russland bedroht unsere Sicherheit

Freund, schwieriger Partner, Herausforderung oder Bedrohung? Bis zu Russlands Invasion der Ukraine im Februar 2022 existierte in der deutschen Bevölkerung ein eher diffuses Russlandbild, das heißt, nahezu alle Aspekte der deutsch-russischen Beziehungen wurden zu ähnlich großen Teilen positiv, negativ oder ambivalent bewertet (Graf 2023). Höchstens ein Drittel erkannte in Russland eine Bedrohung. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat diesbezüglich für Klarheit gesorgt: Russlands militärisches Vorgehen in der Ukraine (65 Prozent Zustimmung; +31 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021) und seine Außen- und Sicherheitspolitik (66 Prozent Zustimmung; +31 Prozentpunkte) werden inzwischen von einer klaren Mehrheit der Deutschen als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen (vgl. Abbildung 1). Parallel dazu ist die Bereitschaft, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland einzuschränken, massiv gestiegen (67 Prozent; +40 Prozentpunkte). Das ehemals ambivalente Russlandbild ist der Erkenntnis gewichen, dass Russland eine Bedrohung für unsere Sicherheit darstellt. Andere Umfragen kommen zu ähnlichen Ergebnissen, wie zum Beispiel der *ARD-Deutschlandtrend* vom Februar 2023, der *Sicherheitsreport 2023* des Instituts für Demoskopie Allensbach, das *Deutsch-polnische Barometer* des Deutschen Polen-Instituts, der *Berlin Pulse* der Körber-Stiftung, die *Transatlantic Trends* des *German Marshall Fund* und das *Global Attitudes Project* des *Pew Research Center* in den USA.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine beeinträchtigt auch das persönliche Sicherheitsgefühl der Menschen in Deutschland. Der Anteil derjenigen, die sich durch Krieg in Europa persönlich bedroht fühlen, hat sich im Vergleich zu 2021 verdreifacht – von 15 auf 45 Prozent

¹ Für die Datenerhebung wird im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ein professionelles und unabhängig zertifiziertes Meinungsforschungsinstitut beauftragt. Die Daten werden in persönlichen computergestützten Interviews erhoben. Die Befragung im Jahr 2022 fand vom 13. Juni bis 17. Juli statt. Der Fragebogen umfasst circa dreißig Seiten mit bis zu fünfzig Fragen (und Hunderten zu bewertenden Einzelaussagen). Die Interviewdauer beträgt im Durchschnitt etwas weniger als eine Stunde. Die Teilnahme ist freiwillig, anonym und erfolgt ohne Vergütung. Die Auswahl der Befragten erfolgt durch eine mehrfach geschichtete Zufallsstichprobe. Die Befragung beziehungsweise die Stichprobe ist repräsentativ für die deutschsprachige und in Privathaushalten lebende Bevölkerung ab sechzehn Jahren. In jedem Erhebungsjahr wurden mindestens 2.000 Personen befragt (2022: 2.741). Die Auswertung der Daten erfolgt ausschließlich durch das ZMSBw. Die Forschungsberichte stehen auf der Website des ZMSBw kostenlos zur Verfügung. Die Forschungsfreiheit gilt auch für die Ressort- und Grundlagenforschung am ZMSBw. 2022 erfolgte eine Evaluation des ZMSBw durch den Wissenschaftsrat, die mit einem äußerst positiven Ergebnis abgeschlossen wurde.

Ergebnisse der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung

Abbildung 1: Russland

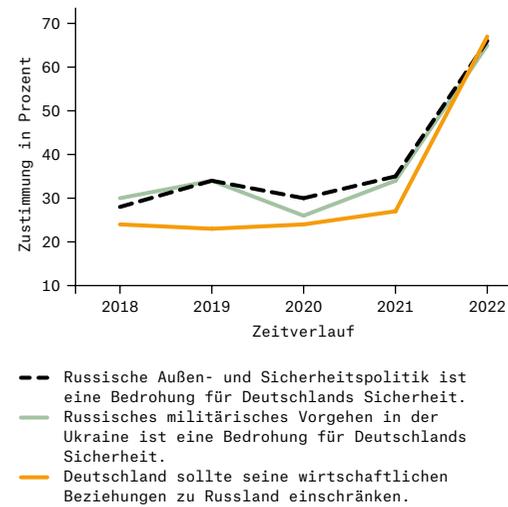


Abbildung 2: Bedrohungen

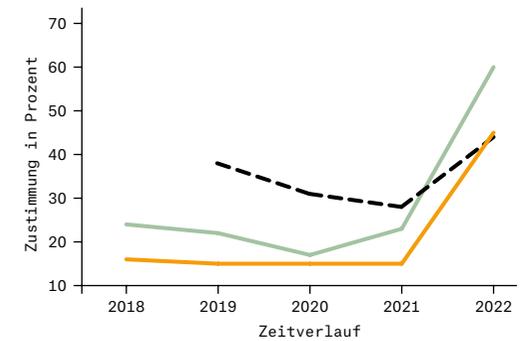


Abbildung 3: Bündnisverteidigung

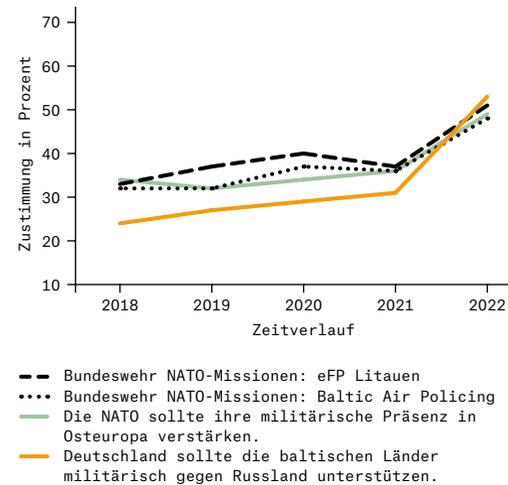
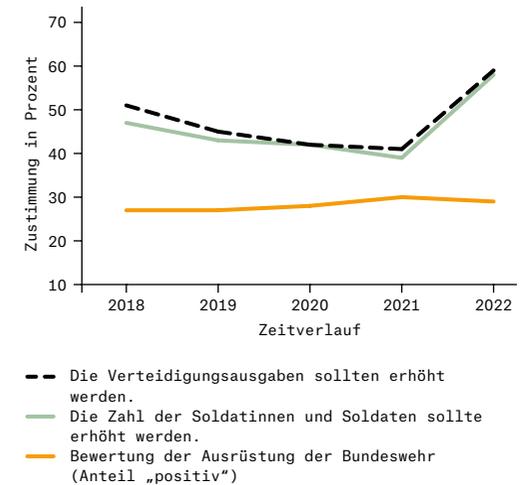


Abbildung 4: Bundeswehr



(vgl. Abbildung 2). Eine Mehrheit von 60 Prozent fühlt sich durch die Spannungen zwischen dem Westen und Russland bedroht (+37 Prozentpunkte). Und auch die Sorge vor einem weltweiten militärischen Wettrennen hat mit dem Krieg in der Ukraine deutlich zugenommen (44 Prozent; +16 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021). Es zeichnet sich hier eine Zeitenwende in der Bedrohungswahrnehmung ab, denn in den Vorjahren

spielten diese sicherheitspolitischen Risikofaktoren lediglich eine nachgeordnete Rolle für das persönliche Sicherheitsgefühl; jetzt beeinträchtigen sie es sehr stark.

Russland hat den Krieg zurück nach Europa gebracht. Die Mehrheit der Deutschen empfindet Russland deshalb als Bedrohung für die nationale und persönliche Sicherheit. Diese Wahrnehmung unterscheidet sich zwischen den soziodemografischen Gruppen in der deutschen Bevölkerung nicht signifikant – allerdings ist das Russlandbild in Ostdeutschland nicht ganz so negativ (aber immer noch mehrheitlich negativ) wie in den übrigen Regionen der Republik. Im Osten ist dafür die Kriegsangst etwas größer. Diese eher geringfügigen Unterschiede in der Ausprägung einzelner Wahrnehmungen sollten jedoch nicht überbewertet werden, das heißt, es gibt in Ost- und Westdeutschland beim Thema „Russland“ keine Meinungslager, die sich unversöhnlich gegenüberstehen. Anderslautende Behauptungen spielen einzig den Populisten an den politischen Rändern und russischen Desinformationskampagnen in die Hände.

Rückkehr zur Landes- und Bündnisverteidigung

Infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat sich auch die Haltung der Bürgerinnen und Bürger zur Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke verändert: Ein vormals ambivalentes Meinungsbild ist einer mehrheitlichen Zustimmung gewichen (vgl. Abbildung 3). So plädiert inzwischen eine absolute Mehrheit (53 Prozent; +22 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021) dafür, dass Deutschland die baltischen Staaten militärisch unterstützen sollte, damit sich diese gegen Russland wehren können, 16 Prozent lehnen dies ab, und 27 Prozent haben eine ambivalente Haltung. Zudem sprechen sich 49 Prozent (+13 Prozentpunkte) dafür aus, dass die NATO ihre Präsenz in Osteuropa verstärken sollte, 22 Prozent lehnen dies ab, und 24 Prozent sind unentschieden. Auch die Missionen der Bundeswehr an der NATO-Ostflanke werden mehrheitlich unterstützt (*Enhanced Forward Presence* Litauen: 51 Prozent; +14 Prozentpunkte; *Baltic Air Policing*: 48 Prozent; +12 Prozentpunkte).

Weiterführende Analysen verdeutlichen, wie stark die öffentliche Zustimmung zur Verteidigung der NATO-Ostflanke von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland abhängt: Befragte, die Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, stimmen allen oben genannten Aspekten der Verteidigung der NATO-Ostflanke im Durchschnitt sehr viel stärker zu (75 Prozent) als Befragte, deren Bedrohungswahrnehmung ambivalent (42 Prozent) oder nur schwach bis gar nicht ausgeprägt ist (34 Prozent).

Im Vergleich zu den Missionen an der NATO-Ostflanke erfahren die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen des internationalen Krisenmanagements im Durchschnitt sehr viel weniger Zustimmung und werden vereinzelt sogar überwiegend abgelehnt (zum Beispiel im Irak oder in Niger). Die letzten zwanzig Jahre galt: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“, wie es der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck im Kontext des Afghanistan-einsatzes der Bundeswehr formuliert hatte. Diese Epoche der deutschen Sicherheitspolitik ist Geschichte. Inzwischen sind alle großen Auslandseinsätze der Bundeswehr beendet. Die Sicherheit Deutschlands und ganz Europas wird jetzt an der NATO-Ostflanke verteidigt. Dafür braucht es eine „kriegstüchtige“ Verteidigungsarmee.

Verteidigungsfähige Streitkräfte

Die Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist erklärtes Ziel der Politik. Dieses Vorhaben wird viel Geld kosten, denn um die Ausrüstung der Bundeswehr ist es bekanntermaßen nicht zum Besten bestellt. Dessen sind sich auch die Bürgerinnen und Bürger bewusst. Seit 2016 bewertet nur ein Viertel bis ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger die Ausrüstung der Bundeswehr positiv (vgl. Abbildung 4). Im Jahr 2022 sind es 29 Prozent, während eine relative Mehrheit von 41 Prozent zu einem negativen Urteil kommt. Auch diese Befunde decken sich mit den Ergebnissen anderer Umfragen wie etwa des *ARD-Deutschlandtrends* vom Februar 2023.

Aus dem Gefühl der Bedrohung durch Russland, dem Wunsch nach Verteidigung und dem Bewusstsein für den kritischen Zustand der Bundeswehr erwächst eine stark gestiegene Bereitschaft, die Bundeswehr finanziell und personell zu stärken. Nahezu sechs von zehn Befragten befürworten im Jahr 2022 höhere Verteidigungsausgaben sowie eine Erhöhung der Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, was einem Zuwachs von jeweils annähernd 20 Prozentpunkten im Vergleich zu 2021 entspricht (vgl. Abbildung 4). Nur eine Minderheit von sieben beziehungsweise fünf Prozent plädiert für eine Reduzierung der Wehretats beziehungsweise des Personalumfangs der Bundeswehr, während sich 29 beziehungsweise 31 Prozent für ein gleichbleibendes Niveau aussprechen. Die Befragungsstudie *Sicherheitsreport 2023* des Instituts für Demoskopie Allensbach und das *ZDF-Politbarometer* vom Juli 2023 liefern ähnliche Ergebnisse.

Auf Nachfrage gibt die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in der ZMSBw-Befragung an, eine weitere Erhöhung der Verteidigungsausgaben zu befürworten, „damit die Bundeswehr ihre Aufträge erfüllen

kann“ (64 Prozent Zustimmung; 10 Prozent Ablehnung) und weil es „in Anbetracht der Bedrohungslage erforderlich ist“ (65 Prozent Zustimmung; 10 Prozent Ablehnung). Tatsächlich hängt der gesellschaftliche Rückhalt für die finanzielle und personelle Stärkung der Bundeswehr entscheidend von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland ab: Befragte, die Russland als Bedrohung für die nationale Sicherheit sehen, unterstützen eine weitere Erhöhung des Wehretats (71 Prozent) und einen personellen Aufwuchs der Bundeswehr (68 Prozent) sehr viel stärker als Befragte mit einem ambivalenten (39 beziehungsweise 41 Prozent) oder schwach bis gar nicht (37 beziehungsweise 36 Prozent) ausgeprägten Bedrohungsgefühl.

Die Eckpfeiler der von der Bundesregierung ausgerufenen verteidigungspolitischen „Zeitenwende“ werden von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger mitgetragen: Russland wird als Sicherheitsbedrohung eingeschätzt, die Landes- und Bündnisverteidigung wird als Hauptauftrag der Bundeswehr akzeptiert, und die Bundeswehr soll hierfür finanziell und personell besser aufgestellt werden. Getrieben wird der öffentliche Zuspruch zur Neuausrichtung der deutschen Verteidigungspolitik und zur Neuaufstellung der Bundeswehr von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland (vgl. Graf 2023; Graf et al. 2023). Dieser Zusammenhang ist Beleg für eine realistische Reaktion der Bevölkerung auf die veränderte Sicherheitslage, bedeutet aber auch: Mindestens ein Eckpfeiler der „Zeitenwende in den Köpfen“ ist wackelig.

Neue strategische Bewertung Russlands

Bedrohungswahrnehmungen sind tendenziell volatil, das heißt, ein Rückgang in der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg, angebliche „Verhandlungsangebote“ seitens des russischen Präsidenten oder eine ausbleibende Debatte und Verständigung über die Implikationen dieses Krieges für unsere eigene Sicherheit könnten dazu führen, dass die wahrgenommene Bedrohung durch Russland wieder sinkt. Unter solchen Umständen droht auch der gesellschaftliche Rückhalt für die anderen beiden Eckpfeiler der „Zeitenwende“ ins Wanken zu geraten. Deshalb ist es wichtig, die neue strategische Bewertung Russlands als größte Gefahr für Europas Sicherheit in den öffentlichen sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskurs mit aller Deutlichkeit einzuführen und als Konsens in Politik, Bevölkerung und Medien zu verankern – damit wir uns als Gesellschaft nicht mehr darüber verständigen müssen, ob und von wem wir bedroht werden, sondern uns mit aller Kraft darauf besinnen, wie wir der konkreten militärischen Bedrohung durch Russland effektiv entgegentreten können.

Aus diesem Grund ist auch der vom Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius in die öffentliche Debatte eingeführte Begriff der „Kriegstüchtigkeit“ richtig gewählt, denn er macht die reale Kriegsgefahr bewusst, mit der *wir* uns durch Russlands Aggression in der Ukraine und darüber hinaus konfrontiert sehen. Das aktuelle verteidigungspolitische Meinungsbild in der deutschen Bevölkerung öffnet für die Politik ein *window of opportunity*. Im Bewusstsein des großen Rückhalts in der Bevölkerung sollte die Politik die „Zeitenwende“ mit aller Entschlossenheit und der gebotenen Eile zur Umsetzung bringen. Dieses (Zeit-)Fenster gilt es zu nutzen, denn es wird vermutlich nicht allzu lange offenbleiben.

Literatur

Graf, Timo: „Der Ukraine-Krieg als exogener Schock für das Russlandbild und die Bündnissolidarität in der deutschen Bevölkerung“, in: Hansen, Stefan / Husieva, Olha / Frankenthal, Kira (Hrsg.): Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: Zeitenwende für die deutsche Sicherheitspolitik, Nomos Verlag, Baden-Baden 2023, S. 255-279, www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748933915/russlands-angriffskrieg-gegen-die-ukraine?page=1 [letzter Zugriff: 08.01.2024].

Graf, Timo / Steinbrecher, Markus / Biehl, Heiko: „From reluctance to reassurance: Explaining the shift in the Germans' NATO alliance solidarity following Russia's invasion of Ukraine“, in: Contemporary Security Policy, 06.12.2023, www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13523260.2023.2286771?src=exp-la [letzter Zugriff: 08.01.2024].

Scholz, Olaf: „Die globale Zeitenwende. Wie ein neuer Kalter Krieg in einer multipolaren Ära vermieden werden kann“, Namensbeitrag des Kanzlers, in: Foreign Affairs, 05.12.2022, www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kanzler-namensartikel-foreign-affairs-2149014 [letzter Zugriff: 08.01.2024].

Weiterhin blank?

Klaus-Heiner Röhl
Geboren 1968 in
Buchholz, promovierter
Volkswirt, Senior
Economist für Mittel-
standspolitik und
Regionalpolitik im
Hauptstadtbüro Berlin
des Instituts der
deutschen Wirtschaft
(IW) Köln.

Das deutsche Rüstungspotenzial nach der Zeitenwende

Mit der drastischen Verkleinerung der Bundeswehr nach dem Ende des Kalten Krieges 1991 wurde auch das Potenzial der deutschen Verteidigungsindustrie reduziert.

Exporte von deutschen Rüstungsgütern konnten keinen Ausgleich schaffen, da die europäischen Partnerländer ihre Streitkräfte ebenfalls erheblich verkleinerten. Eine restriktive Handhabung von Exporten in andere Regionen engte die Möglichkeiten zusätzlich ein.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden globale Einsätze kleiner Einheiten priorisiert, während die Landesverteidigung kein Primärziel mehr war (Bitter 2007). Der Wegfall der Fähigkeit zur Landesverteidigung blieb nicht ohne Auswirkung auf die weiteren Beschaffungen für die Bundeswehr; Panzer und Artillerie wurden zugunsten minenresistenter Fahrzeuge für mobile Einheiten depriorisiert. Die drastische Verringerung des Verteidigungsetats spiegelte die „Schmelze“ des industriellen Potenzials wider: Während 1990 noch

2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aufgewendet wurden, waren es 2013 bis 2016 lediglich 1,2 Prozent (Röhl et al. 2022).

Mit der Annexion der Krim 2014 und dem von Russland angeheizten Donbas-Krieg schien in Deutschland die Erkenntnis zu reifen, dass die Verteidigungsfähigkeit wieder gestärkt werden müsse. Auf dem NATO-Gipfel 2016 wurde das Zwei-Prozent-Ziel bekräftigt, jedoch fiel die tatsächliche Steigerung des Wehretats in Deutschland verhalten aus. 2021 wurden 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht (Röhl et al. 2022). Mit Blick auf die Bestellungen von Rüstungsgütern konnte nicht von einer Kehrtwende gesprochen werden, da auch die Personalausgaben der seit 2011 in eine Freiwilligenarmee umgewandelten Bundeswehr anstiegen.

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 war ein Fanal, die verteidigungspolitische Trägheit abzuschütteln. Mit Ausrufung der Zeitenwende durch Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 entstand der Eindruck, dass die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, die nach Aussage des damaligen Heeresinspektors Alfons Mais „blank dastand“ (*Spiegel* 2022), nun zügig erhöht werden solle. Mit einem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro und Verteidigungsausgaben von „mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts“ sollten die industriellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, das Rüstungspotenzial nachhaltig zu stärken. Doch schon bald setzte Ernüchterung ein. Aufträge zur Stärkung der Bundeswehr und der Industrie waren knapp ein Jahr nach Kriegsbeginn noch nicht in größerem Umfang erteilt; zudem ließ die hohe Inflation den regulären Verteidigungsetat real schrumpfen.

Weiterhin im Friedensmodus

Mit dem Amtsantritt von Boris Pistorius als Verteidigungsminister Ende Januar 2023 stieg die Hoffnung, dass eine grundlegende Neuorientierung mit einer Steigerung der Wehrausgaben, langfristigen Verträgen mit der Industrie über die Produktion neuer Waffensysteme und einen Kapazitätsausbau sowie Maßnahmen zur Sicherung des Zwei-Prozent-Ziels in der Finanzplanung des Bundes nach Auslaufen des Sondervermögens erfolgen würde. Doch ein Jahr nach Amtsantritt des neuen Verteidigungsministers hat sich die Situation kaum verändert: Das Zwei-Prozent-Ziel wird selbst mit den Mitteln des Sondervermögens verfehlt, die Finanzplanung deckelt den Verteidigungsetat trotz hoher Inflation nominal bei 51 Milliarden Euro, und die Industrie wartet auf Verträge, um ihre Kapazitäten ausbauen zu können. Nicht einmal die von der Europäischen Union beschlossene Beschaffung von einer Million Artilleriegranaten für die Ukraine kommt wie geplant voran (Krohn 2023),

sodass auch den Munitionsfabriken in Deutschland und Europa keine Anreize zur Kapazitätsausweitung geboten werden. Im Rahmen der bestehenden Kapazitäten haben die begonnenen Beschaffungen, auch für die Ukraine, 2023 immerhin zu einer größeren Auslastung geführt.

Die Stärke der deutschen Verteidigungsindustrie zeigt sich in einem Produktspektrum, das von Flugzeugen über Panzer bis hin zu Kriegsschiffen, Waffen und Munition reicht. In den letzten dreißig Jahren sind die Auslieferungen und damit einhergehend die Produktionskapazitäten allerdings drastisch zurückgefahren worden. Der Großteil des Verteidigungssektors entfällt wertmäßig auf den Bereich der Luftfahrzeuge, während Marineschiffe und Landfahrzeuge weniger Umsatz generieren. Waffen und Munition machen den kleinsten Anteil aus. Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass Munition und die Fähigkeit zu ihrer Massenproduktion von erheblicher militärischer Bedeutung sind. Trotz Einlagerung großer Munitionsmengen aus Sowjetzeiten war die Ukraine schnell auf westliche Lieferungen angewiesen. Der Nachschub aus Europa und den USA läuft aber nach wie vor schleppend, da Deutschland und die anderen NATO-Länder selbst über nur unzureichende Munitionsbestände verfügen.

Vorsichtige Trendwende

Beschäftigtenzahlen und Umsätze in den Sparten der Rüstungsindustrie lassen sich oft nur auf Basis von Unternehmensangaben schätzen, da sie vom Statistischen Bundesamt aus Datenschutzgründen nicht ausgewiesen werden (Röhl et al. 2022). Der Umsatz in den Bereichen militärische Luft- und Raumfahrt, Marineschiffbau, Waffen und Munition sowie Kampffahrzeuge lag 2022 ohne Zulieferer bei etwa 10,8 Milliarden Euro. Er fiel damit trotz Zeitenwende etwas geringer als 2020 aus. Gegenüber 2015 – direkt nach der Krim-Invasion – sank er sogar um circa acht Prozent. Auch die Beschäftigung in den Zweigen der Rüstungsindustrie war bis 2022 Schätzungen zufolge leicht rückläufig.

Erst seit dem zweiten Halbjahr 2023 suchen Firmen wie Rheinmetall und das Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei Wegmann (KMW) neue Mitarbeiter, und es scheint sich eine Trendwende anzubahnen. Dies betrifft bislang jedoch nur Fahrzeug- und Munitionshersteller, die auch von Aufträgen für die Ukraine profitieren, während im Luftfahrzeug- und Marineschiffbau größere Bestellungen ausstehen. Eine Ausnahme bildet der Einstieg von Rheinmetall in den Luftfahrtbereich mit der Beteiligung am F-35-Programm, für das Rumpfmittelteile in einer neuen Fabrik in Weeze gebaut werden sollen (*Spiegel* 2023). Deutschland hat im vergangenen Jahr 35 dieser Maschinen geordert, um einen Teil der veralteten Tornado-Flotte zu ersetzen. Die übrigen Tornados sollen durch

Eurofighter ersetzt werden; ohne zusätzliche Exporte ist dennoch nicht absehbar, wie das Potenzial der Luftfahrtindustrie bis zum Fertigungsbeginn des deutsch-französischen Systems *Future Combat Air System* (FCAS) – circa 2040 – gesichert werden kann. Die deutschen Exportrestriktionen wirken sich für die militärische Luftfahrtindustrie besonders negativ aus, denn die Partner des Eurofighter-Typhoon-Programms drängen auf eine Lieferung an Saudi-Arabien, um Industriefähigkeiten in diesem Bereich zu erhalten (Hein/Záboji 2023).

Verteidigungskooperation stärkt europäisches Rüstungspotenzial

Kooperationen können ein Mittel sein, die Verteidigungsfähigkeit Europas durch gemeinsame Beschaffung zu stärken und die Potenziale der europäischen Industrie besser auszunutzen, indem die Vielfalt der Modelle reduziert wird und die jeweiligen Kompetenzen gestärkt werden (Röhl 2022). Angesichts der kleinteiligen Struktur der europäischen und speziell der deutschen Rüstungsindustrie wächst durch Kooperationen die Chance, mit den größeren US-Konzernen konkurrieren zu können. Neben wirtschaftlichen Vorteilen spielt mit Blick auf die Einigung Europas die politische Dimension eine Rolle. Der Teufel steckt allerdings im Detail. Die angestrebten Kooperationsvorteile werden nur selten erreicht. Selbst erfolgreiche Projekte wie die Produktion der Kampfflugzeuge Tornado und Eurofighter waren durch erhebliche Budget- und Zeitüberschreitungen gekennzeichnet. Zudem hat sich Frankreich seit dem deutsch-französischen Alpha Jet, einem Projekt aus dem Jahr 1970, nicht an europäischen Kampfflugzeugkooperationen beteiligt, sondern eigenständige Projekte verfolgt.

Derzeit planen Deutschland, Frankreich und Spanien das gemeinsame *Future Combat Air System* (FCAS), ein Luftkampfsystem der sechsten Generation, bestehend aus einem radarunsichtbaren Flugzeug und Drohnen, das im Zentrum der europäischen Verteidigungskooperation stehen soll. Die Abstimmung der Konzerne Dassault und Airbus gestaltet sich bereits in der Frühphase schwierig. Zudem ist ein einsatzfähiges Produkt erst nach 2040 zu erwarten, was den Vorsprung der US-Industrie verfestigt: Der Bomber B21, der auch unbemannt einsetzbar ist, hat als erstes Kampfflugzeug der sechsten Generation kürzlich seinen Erstflug absolviert. Die Entwicklung eines neuen Kampfpanzers (*Main Ground Combat System*, MGCS), des Gegenstücks für die Landstreitkräfte, leidet ebenfalls unter Differenzen zwischen der deutschen und der französischen Seite.

Die europäische Verteidigungskooperation bleibt also konfliktbehaftet. Dazu tragen auch die unterschiedlichen Exportregeln der

Partnerländer bei: Hersteller anderer europäischer Länder werben in- zwischen mit *German free*, da für Länder außerhalb der Europäischen Union und der NATO (plus Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland) nur schwer Exportgenehmigungen der Bundesregierung zu erwirken sind. Die restriktive Ausfuhrpolitik für Rüstungsgüter stellt ein großes Hindernis für Kooperationsprojekte dar, denn nur mit ausreichenden Stückzahlen können die Entwicklungskosten gedeckt werden.

Zwei-Prozent-Ziel bleibt unerreich

Die angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufenen Zeitenwende hat bislang keinen Niederschlag in der langfristigen Mittelausstattung der Bundeswehr gefunden. Das Zwei-Prozent-Ziel bleibt unerreich, und der Verteidigungsetat ohne Sondervermögen wird real sogar sinken, da in der Haushaltsplanung ein Inflationsausgleich fehlt. Mit dem Auslaufen des Sondervermögens von 100 Milliarden Euro in etwa vier Jahren deutet sich eine finanzielle Misere an, die in der nächsten Legislaturperiode bei gleichzeitig ansteigenden Zuschüssen des Bundes an die Rentenkasse und für Gesundheitsausgaben nur schwer zu lösen sein wird (Bardt 2023): Der bei etwas über 51 Milliarden Euro gedeckelte Verteidigungsetat wird dann weniger als ein Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachen. Auch mit den hinzuzurechnenden circa sieben Milliarden Euro aus anderen Haushaltsposten werden es nicht mehr als 1,1 Prozent sein, da das Bruttoinlandsprodukt bereits im laufenden Jahr auf 4.100 Milliarden und bis 2024 voraussichtlich auf 4.250 Milliarden Euro ansteigt. Immerhin wurde der Verteidigungsetat im Sparhaushalt für 2024 von Kürzungen ausgenommen, ebenso die Ukrainehilfe in Höhe von acht Milliarden Euro, die zu einem Großteil der heimischen Rüstungsindustrie zugutekommt.

Das Planziel für die Verteidigungsausgaben von zwei Prozent wird ab 2028 ohne einen Kurswechsel der Politik nur noch zur Hälfte erfüllt. Dies schlägt sich angesichts wachsender Personal- und Betriebsausgaben der Bundeswehr in fehlenden Investitionen in neue Waffensysteme nieder. Eine nachhaltige Investition in das Potenzial der deutschen Rüstungsindustrie durch langfristige Aufträge, wie sie in den USA üblich sind, findet aufgrund der aktuellen Abdeckung nahezu aller Beschaffungen über das einmalige Sondervermögen nicht statt. Die Aussage des Bundesverteidigungsministers von Anfang November 2023, dass Deutschland wieder „kriegstüchtig“ werden müsse, wird finanziell und industriell nicht unterfüttert. Die deutsche Politik ignoriert die wachsenden Sicherheitsrisiken aus den veränderten globalen und europäischen Rahmenbedingungen (Masala 2023) weiterhin.

Literatur

- Bardt, Hubertus: „Haushaltspolitik im Zeichen der Zeitenwende - auf was müssen wir zugunsten der Verteidigung verzichten?“, in: ifo Schnelldienst, Nr. 7, München 2023, S. 3-6.
- Bitter, Alexander: „Lessons Learned‘ auf dem Weg zur Armee im Einsatz“, in: Mair, Stefan (Hrsg.): Auslandseinsätze der Bundeswehr. Leitfragen, Entscheidungsspielräume und Lehren, SWP-Studie, S 27, September 2007, S. 61-67.
- Greive, Martin / Holzki, Larissa / Koch, Moritz et al.: „Verteidigung: Kampf gegen die Knappheit“, in: Handelsblatt, Nr. 25, 03.02.2023.
- Hein, Christoph / Záboji, Niklas: „Hersteller bangen um den Eurofighter“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.10.2023.
- Krohn, Knut: „Weniger Munition für die Ukraine - Europa verfehlt selbst gesetztes Lieferziel“, in: Tagesspiegel, 15.11.2023, S. 1.
- Masala, Carlo: Bedingt abwehrbereit. Deutschlands Schwäche in der Zeitenwende, München 2023.
- Röhl, Klaus-Heiner: „Kooperationen in der europäischen Verteidigungswirtschaft. Stand, Chancen und Probleme“, IW-Report, Nr. 64/2022.
- Röhl, Klaus-Heiner / Bardt, Hubertus / Engels, Barbara: „Zeitenwende für die Verteidigungswirtschaft? Sicherheitspolitik und Verteidigungsfähigkeit nach der russischen Invasion der Ukraine“, IW-Policy Paper, Nr. 4/2022.
- Spiegel: „Bundeswehr steht aus Sicht von Heeresinspekteur ‚mehr oder weniger blank da‘“, 24.02.2022, www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-invasion-bundeswehr-steht-laut-heeresinspekteur-mehr-oder-weniger-blank-da-a-e5b-dc1f4-e9d3-472f-9ed7-beed5aa02eb0 [letzter Zugriff: 15.11.2023].
- Spiegel: „Rheinmetall will Teile für F-35-Kampffjet in Weeze fertigen“, 05.07.2023, www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/rheinmetall-ruestungskonzern-will-teile-fuer-f-35-kampffjet-in-weeze-fertigen-a-9ee64bad-44f8-4778-a6e9-ef584fbef580 [letzter Zugriff: 15.11.2023].
- Zwergner, Patrick: „Airbus drängt auf nächste Eurofighter-Generation“, in: FlugRevue, 08.03.2023, www.flugrevue.de/militaer/druck-auf-die-politik-airbus-will-die-neue-eurofighter-generation-bauen/ [letzter Zugriff: 15.11.2023].

Masse statt Klasse?

Frank Fischer

Geboren 1974 in Jena,
Referent Arbeitsgruppe
Europa, CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion.

Lektionen aus dem russischen Krieg gegen die Ukraine

Die gewaltsame Annexion der Krim durch Russland vor zehn Jahren wird im öffentlichen Bewusstsein mit den „little green men“ verknüpft.

Dieses Narrativ überdeckte, dass in der Ostukraine gleichzeitig eine klassische, konventionelle Auseinandersetzung mechanisierter Kampfverbände stattfand. Am Ende dieses Konflikts konnten die von regulären russischen Truppen massiv unterstützten Separatisten ihre territorialen Gewinne konsolidieren. Russland bestärkte dies in der Annahme, dass die eigenen Streitkräfte in einem konventionellen Konflikt den ukrainischen weit überlegen sein würden.

Die unter Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow 2007 begonnene Modernisierung zielte auf die Bewaffnung und den Personalkörper. Dabei wurden Brigadestrukturen nach westlichem Vorbild aufgebaut und die Ausbildung vor allem der Unteroffiziere verbessert. Gleichzeitig wurden circa fünfzig Prozent der Offiziere entlassen und die Gesamtstärke der russischen Armee reduziert. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Russische Föderation – im Gegensatz zu

den westlichen Armeen – trotz der Verschlangung der aktiven Verbände weiterhin umfangreichste Materialreserven vorgehalten hat. So schätzt das *International Institute for Strategic Studies*, dass Russland 2020 über ungefähr 2.500 in Nutzung befindliche T-72- und T-80- sowie 10.000 eingelagerte Kampfpanzer derselben Typen verfügte. Ähnliche Zahlen gelten für fast alle gepanzerten Waffensysteme. Pro Besatzung standen damit potenziell für jedes im Gefecht verlorene Großgerät mindestens zwei weitere als Ersatz zur Verfügung. Insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Verluste modernster Waffensysteme nehmen zunehmend ältere Modelle die Hauptrolle in der russischen Panzertruppe ein.

Neben der schnellen Verfügbarkeit von Materialreserven ist der Bestand und Ersatz gut ausgebildeten Personals unerlässlich; er ist aber kein kurzfristig zu erreichendes Ziel. Obwohl die russischen Streitkräfte Erfahrungen aus den vorangegangenen Konflikten adaptierten (etwa *Sensor to Shooter*-Technologie beim Einsatz von Artillerie und Drohnen), ist festzustellen, dass in allen Phasen des Krieges in der Ukraine, insbesondere seit dem Scheitern der ersten Offensive, ein Rückfall in alte Verfahren und Doktrinen aus der Sowjetzeit zu beobachten ist. Das ist sowohl bei offensiv (wie in Bachmut und Awdijiwka) als auch bei defensiv ausgerichteten Operationen wie im Süden der Ukraine zu erkennen.

Streitkräftereform in der Ukraine

2014 zeigte sich, dass die ukrainischen Streitkräfte in ihrer Struktur, Einsatzdoktrin und Ausbildung/Ausrüstung gegen die (in Teilen) modernisierten russischen Streitkräfte kaum bestehen konnten. Dies bewog die Ukraine ihrerseits zu umfassenden Reformen ihrer Streitkräfte. In Abkehr von der sowjetischen Prägung wurden Ausbildung, Führungsverständnis, Einsatzdoktrinen und Entscheidungsebenen an westlichen Armeen ausgerichtet. Ausbildungsmissionen der britischen, amerikanischen und kanadischen Streitkräfte unterstützten diese Bestrebungen seit 2015. Als äußeres Zeichen wurden die aus der Sowjetära stammenden Uniformen abgeschafft. Eine leistungsfähige Rüstungsindustrie und ein Reservoir an jungen, gut ausgebildeten Fachkräften kamen hinzu. Die bemerkenswerte Innovationskraft der ukrainischen Streitkräfte erklärte sich nicht zuletzt daraus, dass Entscheidungen wesentlich dezentraler als bei den russischen Streitkräften getroffen werden. Zudem kamen die ukrainischen Streitkräfte seit 2014 rotierend an der Kontaktlinie im Osten des Landes zum Einsatz und verfügten damit auf allen Führungsebenen über Erfahrungen im Kampfeinsatz.

Ein weiterer wichtiger Faktor der ukrainischen Militärreform war der (Neu-)Aufbau der Nationalgarde. Sie untersteht dem Innenministerium für Antiterror- und Sicherungsaufgaben im Frieden und

unterstützt und verstärkt die regulären Streitkräfte im Verteidigungsfall. Angehörige der Nationalgarde sind an wichtigen Brennpunkten des Krieges gegen Russland eingesetzt worden. Das herausragende Beispiel dürfte die zähe Verteidigung Mariupols durch die „Asow“-Brigade sein. Der schließlich verlorene Kampf um die Stadt band lange Zeit umfangreiche russische Kräfte und trug letztlich wesentlich zu den Abwehrerfolgen der Ukraine bei.

Insgesamt wuchsen die militärischen Kräfte der Ukraine angesichts der Bedrohung an der Ostflanke signifikant auf. Mit Blick auf die erfolgreiche Abwehr des versuchten russischen „Blitzkriegs“ im Frühjahr 2022 und einer findigen Gegenoffensive im Herbst 2023 lässt sich festhalten, dass die Reform von Armeen zu konventionell abschreckungs- und durchsetzungsfähigen Streitkräften auch unter schwierigen finanziellen, militärischen und politischen Rahmenbedingungen möglich ist. Dies setzt allerdings ein gesamtgesellschaftliches Interesse sowie die Bereitschaft voraus, in diesen Streitkräften aktiv zu sein beziehungsweise diese zu unterstützen. Gesellschaft und Armee benötigen eine innere Verbindung und gemeinsame „erkämpfte“ Traditionen. Angesichts des hohen Operationstempos, der individuellen Einsatzdauer und hoher Verlustzahlen zeigt sich, dass, zumindest auf der ukrainischen Seite, Moral und die Überzeugung, für etwas zu kämpfen, das über die individuelle Lebensgestaltung hinausgeht, unmittelbare Faktoren des Krieges sind. Darin liegt keine neue Erkenntnis; da aber die westlichen Streitkräfte in den letzten drei Dekaden oftmals weitab der eigenen Landesgrenzen operiert haben, muss dieser Aspekt zu den Lehren aus dem Krieg in der Ukraine gerechnet werden.

Resilienzfähigkeit von Streitkräften und Gesellschaft

Durch die Rückkehr des Krieges werden westliche Gesellschaften zur Durchsetzung politischer Ziele auf globaler Ebene wieder gezwungen, ihre Bedrohungslagen in Konzepte zur gesamtgesellschaftlichen Abwehr münden zu lassen. Aufgrund der geografischen Nähe wird es für die finnische und schwedische Gesellschaft, aber auch für die baltischen Gesellschaften leichter sein, Einsicht in die Notwendigkeit erheblicher Verteidigungsanstrengungen, die auch persönliche Einschränkungen und Opfer erfordern, zu wecken, als es in anderen Ländern – etwa in Deutschland – der Fall ist. Unabhängig davon dürfte klar sein, dass aufgrund einer Vielzahl von Faktoren die Bereitschaft, Verluste auszuhalten, in westlichen Demokratien geringer ausgeprägt ist.

Bei der Analyse des russischen Vorgehens zeigt sich, dass auf zynische Weise zwischen Hochwertleben und „Wegwerfsoldaten“

unterschieden wird. Eine Armee, die diese Differenzierung vornimmt, kann nur in einem undemokratischen System bestehen. Umso mehr müssen sich westliche Staaten auf militärische Gegner einstellen, die ihre technologische und taktisch-operative Unterlegenheit mit dem Masseneinsatz von Menschen und „Lowtech“ kompensieren. Insofern ist rüstungstechnologische Überlegenheit kein Garant für Überlegenheit auf dem Gefechtsfeld. Waffensysteme und Kämpfer können durch den „verschwenderischen“ (weil als entbehrlich betrachteten) Masseneinsatz von Personal und Material saturiert werden. Darauf müssen im Westen Antworten gefunden werden, die den demokratischen Wertvorstellungen Rechnung tragen. Demokratien verfügen aufgrund ihrer offenen Gesellschaften zwar über mehr „Schmerzpunkte“, allerdings sind sie – wie die historische Erfahrung zeigt – dafür wesentlich ausdauernder und leistungsstärker als Diktaturen. Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass trotz Schaffung einer leistungsfähigen ukrainischen Rüstungsindustrie nur massive westliche Rüstungslieferungen die Ukraine zur Aufrechterhaltung der Gegenwehr befähigt haben. Der Vorteil der Ukraine bestand darin, dass sie auf der inneren Linie (also mit kurzen Versorgungs- und Anmarschwegen) operieren konnte und es Russland nie gelang, die Lieferverbindungen zwischen dem Westen und der Ukraine so einzuschränken oder zu bedrohen, dass die überlebenswichtige Versorgung mit Gütern eingestellt werden musste.

Handlungssicherheit im Umgang mit Waffensystemen

Die materiellen Verluste beider Seiten zeigen, mit welchen potenziellen Verlustzahlen in konventionellen Kriegen auch im 21. Jahrhundert generell zu rechnen ist. Auch die Tatsache, dass der Abwehrkampf auf Rüstungslieferungen aus nahezu allen westlichen Staaten basiert, legt die Erkenntnis nahe, dass zumindest kein westliches europäisches Land über eine nationale Rüstungsindustrie verfügt, die seine Streitkräfte über einen nennenswerten Zeitraum versorgen und ausstatten könnte. „Masse“ muss daher vor allem für die europäische Rüstungsindustrie gelten. Nur wenn sie ausreichend leistungs- und widerstandsfähig ist, haben die Europäer eine Chance, wirkungsvoll abzuschrecken und im zu vermeidenden Ernstfall „den längeren Atem“ zu behalten. Vollaustattung bedeutet in Konsequenz weit mehr als das, was in europäischen Kasernen und Depots „jetzt“ verfügbar ist.

National gilt es jetzt, ohne Scheuklappen die Beschaffungsprozesse genau zu untersuchen und anzupassen. In Deutschland wird vom Grundsatz her ein neuer Kampfpanzer genauso gerüstet wie eine Kleinstdrohne. Aufgrund der langen und zu komplexen Rüstungsprozesse

gelingt es daher kaum, aktuelle Erfahrungswerte und Trends in das Beschaffungswesen zu integrieren.

Es ist zudem wichtig, dass die jeweiligen Plattformen auf die aktuellen Bedrohungen eingestellt sind, und vor allem, dass die Besatzungen ihr Handwerk aus dem Effeff beherrschen. Was nutzen technologische Hochwertressourcen, wenn durch Mangel an Übungstätigkeit und Disziplin sowie fehlenden Willen in der Ausbildung, an und über Belastungsgrenzen zu gehen, diese zum Teil nur in geringen Stückzahlen verfügbaren Geräte verloren gehen?

Veränderte Operationsführung durch Drohneneinsatz

Der Krieg in der Ukraine hat auch gezeigt, dass nur ein ausgewogener Mix der Teilstreitkräfte die im Krieg notwendige operative Flexibilität ermöglicht. Die hohen Verluste der russischen Luftstreitkräfte (und auch der ukrainischen) haben sie für den unmittelbaren Fronteinsatz fast neutralisiert. Daraus erklärt sich, dass die unmittelbare Feuerunterstützung in so massiver Weise durch die russische Artillerie geleistet wird. Immer geht es darum, die Stärken des Gegners zu neutralisieren. So sind die ukrainischen Landstreitkräfte zwar mittlerweile mit modernerem Material ausgerüstet und den russischen Streitkräften taktisch und operativ überlegen; dennoch gelingt es ihnen nicht, die Überlegenheit der russischen Streitkräfte in Bezug auf den elektronischen Kampf und die Luftverteidigung zu brechen. Das schränkt die ukrainische Operationsführung massiv ein.

So fahrzeugstark die russischen Streitkräfte auch sind, so schwach erweisen sich ihre Infanteriekräfte. Mechanisierte Angriffe entfalten deshalb kaum Angriffsschwung, auf den ersten Blick furchteinflößende mechanisierte Verbände werden immer wieder durch schwächere ukrainische Kräfte vernichtet. Unbestritten spielen dabei die enorm verbesserten Panzerabwehrraketentechnologien, eine bisher nicht feststellbare Transparenz des Gefechtsfeldes und eklatante Einsatzmängel auf russischer Seite eine Rolle. Militärische Systeme nutzen wenig, wenn ihr Hauptzweck (das Aufreißen und Durchstoßen der gegnerischen Verteidigung unter Panzerschutz) von vornherein dadurch kaum zu realisieren ist, dass ein entscheidendes Mittel – in diesem Fall entsprechend zahlreiche und ausgebildete Infanteriekräfte – nicht oder nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung steht.

Der massive Einsatz von Drohnen hat die Operationsführung nachhaltig verändert. Ihr Einsatz in verschiedensten Klassen – vom *Bayraktar* bis zur „Wegwerfdrohne“, teilweise zu Drohnenschwärmen zusammengefasst – verbessert nicht nur die Aufklärung, sondern erhöht

auch die Bedrohung für jeden einzelnen Soldaten. Raumgreifende Verlegungen von Großverbänden sind unter diesen neuen Rahmenbedingungen kaum noch möglich. Auch hier zeigt sich die Anpassungsfähigkeit der ukrainischen Streitkräfte: Nicht nur, dass Drohnenkampffzüge auf Verbandsebene eingeführt wurden, auch bei der Beschaffung von Drohnen wurde auf marktverfügbares Potenzial als Mengenverbrauchsgut zurückgegriffen.

Zentrale Lehren

Für die Bundeswehr sollte eine „Taskforce Drohne“ ministeriell angewiesen werden, um diese Erfahrungen aus dem Ukraine-Krieg für die Bundeswehr nutzbar zu machen. In Deutschland blockieren sich Führungskommandos gegenseitig, und eine aus der Zeit gefallene Beschaffungsorganisation verhindert jegliche Flexibilität. Dadurch kann die Bundeswehr auf diese neuen Formen der der Bedrohung und Gefechtsführung bisher nicht angemessen reagieren. Weder die Befähigung zum „Drohnenkampf“ noch wirksame Gegenmaßnahmen, beispielsweise im elektronischen Kampf, sind in der Bundeswehr ausreichend vorhanden.

Die Analyse offenbart, dass die russische Armee lernfähig ist. Die operativen Fehler des initialen Vorstoßes im Angriffskrieg gegen die Ukraine sind mittlerweile kaum mehr sichtbar. Die durch den Frontverlauf einfachere Führung von Verbänden, die Überlegenheit in der Feuerunterstützung durch Steilfeuer und fliegende Verbände sowie durch den Einsatz von Drohnen zeigen, dass die russischen Streitkräfte ein gefährlicher Gegner bleiben. Gerade das Unterschätzen gegnerischer Potenziale und Handlungsoptionen führt fast immer in eine Niederlage. Eine Fokussierung auf die vermeintliche technologische Überlegenheit westlicher Waffensysteme unterstützt ein gefährliches Narrativ, nämlich dass eine geringe Stückzahl überlegener Waffensysteme ausreicht, um russische Verbände zu bezwingen. Dieser Fokus auf einen schnellen und medial wirksamen militärischen Erfolg der Ukraine gegen die Russische Föderation offenbart eine wesentliche strategische Schwierigkeit: Während die Russische Föderation auf den Faktor Zeit setzt, ist die Ukraine dazu gedrängt, eine schnelle Entscheidung auf dem Schlachtfeld zu suchen.

Die Bildung nationaler Reserven auch älterer militärischer Hardware ist ein zentrales Element einer effektiven Verteidigungs- und Abschreckungsplanung. Insbesondere die Fokussierung auf teure, aber wenige Kampfflugzeuge und Panzer verhindert eine Umsetzung dieser wesentlichen Lektionen des Ukraine-Kriegs. Goldrandlösungen in den Beschaffungen sind eine direkte Gefahr für einen Verteidigungskrieg, der mehrere Jahre dauern kann. Das Ziel sollte eine Planung mit ausreichenden Mitteln sein und nicht nur der aktuelle minimalistische Ansatz.

Die Antwort auf die Frage „Klasse statt Masse?“ lautet: weder noch. Natürlich ist es wichtig, die technologischen Möglichkeiten im Blick zu haben und den Streitkräften modernes, einsatztaugliches Gerät zur Verfügung zu stellen. Aber genauso gilt nach wie vor, dass das modernste Waffensystem wenig wert ist ohne gut ausgebildete und motivierte Soldaten. Sie werden auch mit dem System, das nur das zweitbeste ist, einen Gegner besiegen, solange sie nur von der Notwendigkeit ihres Auftrags überzeugt sind und die Gewissheit haben, dass Kameraden, Vorgesetzte und Landsleute alles tun, um mit ihnen gemeinsam den Sieg zu erringen.

Cyberstreiter?

Ferdinand Alexander Gehringer

Geboren 1991 in Mannheim, Referent Innere- und Cybersicherheit, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Was Soldatinnen und Soldaten künftig können müssen

Im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine lässt sich noch nicht vollständig erkennen, wie sich die Kriegsführung verändert.

Zwar gleicht dieser Krieg mittlerweile einem herkömmlichen Abnutzungskrieg mit schwerem Gerät, dennoch werden vereinzelt Elemente sichtbar, die zeigen, mit welchen Anforderungen die Streitkräfte der Zukunft rechnen müssen.

Die Nutzung von Drohnen in militärischen Konflikten stellt keine Neuerung dar; neu sind die große Anzahl an Drohnen und die Vielzahl der verschiedenen Drohnenmodelle, die in der Ukraine zum Einsatz kommen – von kleinen Drohnen wie die *Black Hornet* bis zur russischen *Orion* mit einer Spannweite von etwa sechzehn Metern, von unbewaffneten DJI-Drohnen¹ für die Aufklärung und bewaffneten Drohnen wie die türkische *Bayraktar TB2* bis hin zu Einwegdrohnen („Kamikazedrohnen“), mit denen Bodentruppen angegriffen werden.

¹ Dà-Jiāng Innovations Science and Technology Co. (DJI) ist ein Drohnenhersteller aus China.

Absehbar ist, dass künftig verschiedene Drohrentypen – je nach ihren Fähigkeiten – in Drohenschwärmen miteinander vernetzt in die taktische und operative Kriegsführung auf dem Schlachtfeld integriert werden. So entwickeln die USA zurzeit im Programm *Replicator* kleine, kostengünstige, autonome Drohnensysteme, die durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) im Schwarm zusammenwirken.² Der Einsatz von KI in den Bereichen Steuerung, Datenverarbeitung und -auswertung wird es den amerikanischen Streitkräften ermöglichen, personelle Ressourcen in der Drohnenkriegsführung einzusparen.

Interoperabilität der Systeme

Das Gefechtsfeld der Zukunft wird von *Multi Domain Operations* (MDO)³ geprägt sein. Bei diesen Operationen werden militärische Aktivitäten in allen Bereichen und Domänen mit nicht unmittelbar militärischen Aktivitäten synchronisiert, um beim Konfliktgegner auf möglichst vielen Ebenen Effekte herbeizuführen und ihn dadurch zu überfordern.⁴

So werden beispielsweise das Informationsumfeld und Lieferketten genutzt, um den Gegner zu schwächen oder zu destabilisieren. Es werden unter anderem über soziale Medien Narrative und Propaganda verbreitet, durch die das Verhalten und die Einstellung der gegnerischen Streitkräfte und der Zivilbevölkerung im Vorfeld militärischer Operationen gezielt beeinflusst werden soll.⁵

Durch die Störung und Blockade von Lieferketten versorgungs- und kriegswichtiger Güter und Rohstoffe soll die Produktionsfähigkeit und Versorgung des Konfliktgegners zumindest kurzfristig beeinträchtigt werden.

Vor allem die Domänen *Cyber* und *Weltraum* werden immer bedeutender – ganz gleich, ob es sich um gezielte Cyberangriffe und Desinformationskampagnen als (militär)takti-

² „Replicator: US-Armee will China mit Drohnen überschwemmen“, in: Futurezone.at, 29.08.2023, <https://futurezone.at/digital-life/replicator-us-armee-china-drohnen-usa-krieg-schwarm/402573377> [letzter Zugriff: 18.11.2023].

³ Das U.S. Army Training and Doctrine Command hat mit dem „Field Manual 3-0“ (FM 3-0) die Einsatzdoktrin des US-Heeres zu MDOs überarbeitet; vgl. „Multi Domain Operations - U.S. Army veröffentlicht neue Einsatzdoktrin“, in: soldat-und-technik.de, 11.10.2023, <https://soldat-und-technik.de/2022/10/streitkraefte/33022/multi-domain-operations-einsatzdoktrin/> [letzter Zugriff: 18.11.2023].

⁴ NATO: „Multi-Domain Operations in NATO - Explained“, in: act.nato.int, 05.10.2023, www.act.nato.int/article/mdo-in-nato-explained/ [letzter Zugriff: 18.11.2023].

⁵ Die kognitive Kriegsführung wird von immer mehr Staaten als wesentliches Element künftiger Kriege gesehen, um auf die Moral und Einstellung von Streitkräften und Zivilbevölkerung einzuwirken und die Durchhaltefähigkeit zu beeinträchtigen.

ches Element, das Abhören oder die Sabotage von Kommunikation oder die aktive Aufklärung über das Ausspionieren von Satelliten- oder Kabelverbindungen handelt. Beide Domänen bilden ein verbindendes Element, führen die weiteren Domänen Land, See und Luft zusammen und erweitern damit die Kombinationsmöglichkeiten. Die Interoperabilität von Systemen wird durch die zunehmende Vernetzung von essenzieller Bedeutung sein.

Eine weitere Entwicklung, die durch die Verknüpfung der Systeme über Cloudlösungen und den Einsatz von KI entsteht, ist die vergrößerte Datenerfassung. Das Schlachtfeld der Zukunft wird datenbasierter. Streitkräfte führen Kameras mit sich, Satelliten oder Drohnen zeichnen etwa Truppenbewegungen auf und generieren so große Datenmengen, die mithilfe von KI und Datenanalysetools sortiert und ausgewertet werden. Dank dieser neuen Dimension der Datenerfassung werden Lagebilder weit präziser, womit sich die Zielgenauigkeit der Waffensysteme erhöhen lässt. Auf dieser Basis steigen die Erfolgchancen militärischer Missionen erheblich, Kollateralschäden lassen sich leichter vermeiden.

Durch die Vielzahl von erfassten Daten lassen sich Informationen gewinnen und über

öffentliche Kommunikationskanäle und Social-Media-Plattformen verbreiten. Kriege werden künftig „öffentlicher“ ausgetragen. Videos oder Fotos, die in Echtzeit auf TikTok, Instagram, „X“ oder anderen Kanälen übertragen werden, geben Einblick in die Geschehnisse auf dem Schlachtfeld. So machen die Internetnutzung und -auswertung, Satellitenaufklärung oder multispektrale Aufklärung das Gefechtsfeld „gläserner“, aufgrund der Vielzahl von Parametern und Beeinflussungen jedoch auch komplexer.

Zugleich sind die Informationen fester Bestandteil von kognitiver Kriegsführung. Beispielsweise werden über Visualisierungen Narrative erzeugt, aufgebaut und verbreitet. Ziel ist es vor allem, die Kampfmoral der gegnerischen Truppen durch das Verbreiten von Falschinformationen zu schwächen. Der Informationskrieg wird nicht allein an der Front geführt – die Zivilgesellschaften geraten ebenso ins Visier. Durch die Streuung von Gegenarrativen sollen Verunsicherung und Angst in der Bevölkerung erzeugt werden, um den Rückhalt für Militäreinsätze zu verringern. Diese Informatisierung des Krieges ist unabwendbar.

Verschwimmende Grenzen zwischen Zivil und Militär

Am Beispiel des Cyber- und Informationsraums wird deutlich, dass die Grenzen zwischen Zivil und Militär immer mehr verschwimmen. Private und nichtstaatliche Akteure können etwa durch die Verbreitung von Informationen, wie es in der Ukraine durch Videos von der Front auf TikTok geschehen ist, oder durch Cyberangriffe nichtstaatlicher Hackergruppen unmittelbaren Einfluss auf den Krieg nehmen. Zudem haben einige Geräte, Systeme oder Software Dual-Use-Charakter: Sie können sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden. Das Satellitennetzwerk *Starlink* des privatwirt-

schaftlichen Unternehmens *SpaceX* stellt originär Internetzugänge für die nichtmilitärische Nutzung zur Verfügung. Infolge des russischen Cyberangriffs auf das Satellitennetzwerk *KA-SAT* des US-Anbieters *Viasat* wurde unter anderem die Satellitenkommunikation der ukrainischen Streitkräfte gestört. Elon Musk stellte kurzfristig das Satellitennetzwerk *Starlink* zur Verfügung, um die Satellitenkommunikation der ukrainischen Soldatinnen und Soldaten wiederherzustellen. Somit hatte ein privatwirtschaftliches Unternehmen erheblichen Einfluss auf einen militärischen Konflikt zweier Staaten. Zivile und militärische Sphäre fusionieren zusehends und machen damit eine eindeutige Unterscheidung der beiden Bereiche nur schwer möglich.

Die Automatisierung von Systemen schreitet voran. Anhand der technologischen Entwicklung von Drohnen als unbemannte Flugobjekte, die teilweise bereits KI-gestützt selbstständig navigieren und Ziele erfassen, wird deutlich, wie künftig auch größere Systeme automatisiert zum Einsatz kommen. Die beiden Rüstungsprojekte *Future Combat Air System* (FCAS) und *Main Ground Combat System* (MGCS) geben einen Ausblick auf den möglicherweise zu erreichenden Grad der Vernetzung und Automatisierung. Bei FCAS wird derzeit ein System entwickelt, das (unbemannte) Drohnen, Flugzeuge und Satelliten verknüpft. Es soll das Gefecht der miteinander verbundenen Waffen auf eine neue Ebene heben und unter anderem die Zeit der Abstimmung und Kommunikation zwischen den Systemen erheblich verringern.

Ähnliches gilt für MGCS, bei dem verschiedene bemannte und unbemannte Panzerfahrzeuge miteinander über ein Cloudsystem verbunden sind und in diesem Verbund gemeinschaftlich agieren können. Auch hier wird die Kommunikationszeit zwischen den einzelnen Fahrzeugen erheblich beschleunigt, und

Entscheidungen, die im Hinblick auf ein System getroffen wurden, werden unmittelbar für andere Systeme abgebildet. Aber nicht nur die Kommunikation der verbundenen Systeme wird schneller, sondern auch die Waffen selbst, wie die Entwicklung der neuen Hyperschallwaffentypen zeigt. Die Kriege der Zukunft werden künftig mit weit größerer Dynamik geführt werden. Geschwindigkeit wird zum entscheidenden Faktor, über Sieg oder Niederlage entscheidet die Fähigkeit zur schnellsten Datenerfassung und -verarbeitung.

Neue Fähigkeiten sind gefragt

Der Anteil von Software bei der Kriegsführung wird steigen und das Gefechtsfeld der Zukunft dominieren. Unter dem Stichwort *Software Defined Defense* verbirgt sich ein zentrales Leitprinzip für das Denken und Handeln künftiger Streitkräfte. Durch KI-unterstützte, software-dominierte, dimensionsübergreifende Systeme werden Fähigkeitszuwächse primär über die Änderung der Software und nicht mehr, wie bisher üblich, durch eine Weiterentwicklung der Hardware erzeugt. Die zunehmende Bedeutung von Software betrifft einzelne Waffensysteme. Analyse-, Planungs- und Entscheidungsprozesse werden durch eine datenzentrierte Architektur optimiert.

Zudem ist ein nutzerzentriertes Design eine nicht zu unterschätzende Frage. So haben die US-Streitkräfte das Steuerungsinterface für Kleindrohnen der Infanterie an den Controller einer X-Box angelehnt. Fast alle jungen Soldatinnen und Soldaten kennen diese Controller aus dem Zivilleben und haben somit kein Problem beim Erlernen der Steuerung. Ein baugleiches Interface soll künftig auch zur Steuerung neuer Großwaffen eingesetzt werden.⁶ Nicht die neuesten und stärksten Waffensysteme sind entscheidend für den Vorteil im Gefechtsfeld der Zukunft, sondern das neueste Update.

6 Jared Keller: „The US military will fight the next big war with Xbox-style video game controllers“, in: taskandpurpose.com, 22.03.2023, <https://taskandpurpose.com/tech-tactics/us-military-video-game-controllers-war/> [letzter Zugriff: 18.11.2023].

7 „Neues Drohnenabwehrsystem für den Feldlagerschutz erfolgreich eingeführt“, in: Bundeswehr.de, 15.08.2022, www.bundeswehr.de/de/organisation/ausruestung-baaainbw/aktuelles/neues-drohnenabwehrsystem-fuer-den-feldlagerschutz-5475116 [letzter Zugriff: 18.11.2023].

8 Beim Jammen werden Störsignale in einem ausgewählten Frequenzbereich ausgesendet, die die Funkverbindung zur Drohne stören beziehungsweise unterbrechen. Die Drohne stürzt je nach Bauart ab, stoppt die Fortbewegung und verweilt in der Luft oder kehrt zur ihrem Ausgangspunkt zurück.

Diese Entwicklungen verlangen den Streitkräften und ihren Soldatinnen und Soldaten neue Fähigkeiten ab. So wird der Umgang mit Software ein entscheidender Faktor sein. Neben den grundlegenden, erhöhten Anforderungen an das technische Verständnis der Streitkräfte sind auch spezielle IT-Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich. Zur Drohnenabwehr werden etwa Abwehrsysteme gegen unbemannte Luftfahrzeuge (ASUL) eingesetzt.⁷ Um das *Jammen* von feindlichen Drohnen⁸ zu ermöglichen, senden Radiofrequenz-Peiler und Radarsysteme Daten eines detektierten Luftfahrzeuges an das System, das die Daten mit einer Datenbank zur Identifikation abgleicht. Hierbei kann es zu Störungen kommen, für deren Behebung IT-Spezialisten erforderlich sind.

Die Digitalisierung führt grundsätzlich zu einer Zusammenführung verschiedener Waffengattungen. Demzufolge ist ein größeres Verständnis der Soldatinnen und Soldaten für die Aufgaben, Voraussetzungen und Fähigkeiten ihrer Kameraden der anderen Teilstreitkräfte vonnöten, um im Gefecht der verbundenen Waffen durch die Verknüpfung der verschiedenen Teilstreitkräfte einen Vorteil auf dem Gefechtsfeld zu erzielen.

Die zunehmende Interoperabilität resultiert unter anderem aus einer engeren multinationalen Zusammenarbeit. Dabei wird zwischen der mentalen, der strukturellen und der

materiellen Interoperabilität unterschieden.⁹ Auf der mentalen Ebene sind neben einer gemeinsamen Sprache, Terminologie und Doktrin auch gemeinsame Arbeitsverfahren erforderlich. Die Streitkräfte müssen ein gemeinsames Verständnis für die militärischen Aufgaben entwickeln und einheitlich vorgehen. Strukturell bedeutet die Interoperabilität die Anpassung der Kommandostrukturen und die einheitliche Organisation der Stäbe und Verbände sowie die Verfügbarkeit von Kommunikations- und Informationssystemen. In materieller Hinsicht gilt das für die Kompatibilität der Ausrüstung und die logistische Zusammenarbeit. Für die Streitkräfte bedeutet dies konkret, die sprachlichen Fertigkeiten auszubauen und eine Offenheit gegenüber anderen Prozessen, Abläufen und Verfahren zu entwickeln, sodass multinationale Kooperationen einfacher und schneller möglich sind.

Für Soldatinnen und Soldaten wird infolge der Informatisierung die digitale Ausbildung (*digital literacy*) bedeutsamer. Neben der eigenen Rolle im Informationsumfeld als Akteur (etwa durch die Übermittlung von Informationen und Narrativen) und als wesentlicher Bestandteil von strategischer Kommunikation

9 „Interoperabilität: Gemeinsames Handeln für eine sichere Zukunft“, in: Bundeswehr.de, 22.06.2023, www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/aktuelles/-interoperabilitaet-gemeinsames-handeln-5639252 [letzter Zugriff: 18.11.2023].

ist auch die Auseinandersetzung mit den Potenzialen und Risiken von Desinformation, Deep Fakes und kognitiver Kriegsführung anderer Staaten unerlässlich. Immer mehr bemannte sowie unbemannte Systeme werden durch Künstliche Intelligenz unterstützt und Soldatinnen und Soldaten einzelne Aufgaben abgenommen. Ihnen wird ein größerer zeitlicher Spielraum für wesentliche Entscheidungsprozesse gewährt.

An die neue Schnelligkeit auf dem Gefechtsfeld müssen sich die Soldaten ebenso gewöhnen wie an die künftige Multinationalität. Zwar werden die Kriege der Zukunft immer mehr von Software und neuer Technologie dominiert, doch werden auch im Rahmen der Entwicklung die Anwendungen auf die Soldatinnen und Soldaten zentriert werden müssen. Es wird künftig nicht nur IT-Spezialisten und Informatiker erfordern, um auf dem Gefechtsfeld der Zukunft zu bestehen. Notwendig sind jedoch mehr Cyberstreiter, die die neuen Technologien beherrschen und sie einzusetzen wissen.

Rüstungsexport

Hans Christoph Atzpodien

Geboren 1955 in Düren, promovierter Rechtswissenschaftler, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Ein Überblick über deutsche und europarechtliche Regelungen von Rüstungsgeschäften

Fälschlicherweise wird Rüstungsexport bisweilen mit „Waffenhandel“ verwechselt, was aber in die falsche Richtung führt.

Der Begriff „Waffenhandel“ ist in unserem Sprachgebrauch überwiegend negativ konnotiert. Falls dieser Begriff auch nach der Zeitenwende vom 24. Februar 2022 von manchen Menschen noch mit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie assoziiert wird, soll hier ein Beitrag zur Versachlichung geleistet werden, beginnend mit einer Begriffsklärung. Was versteht man unter Waffenhandel, und welche Regelungen legt der Gesetzgeber diesem auf? Nach einer allgemeinen Definition bezeichnet der Waffenhandel alle Vorgänge im Zusammenhang mit der Übereignung einer Waffe. Beim Thema „Waffenhandel“ wird auch die Assoziation mit Rüstungsexporten und illegalem Drogen- und Menschenhandel thematisiert. Der Waffenhandel von deutschem Boden aus unterliegt daher seit Langem einer strengen Kontrolle und Reglementierung. Auf der Homepage des Bundesinnenministeriums ist zu lesen: „Das Waffengesetz (WaffG) dient dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Es regelt unter anderem alle Fragen des Umgangs mit Waffen oder Munition, wie zum Beispiel den Erwerb und Besitz, das Führen und Schießen, die Aufbewahrung sowie die Herstellung und den

Handel. Zudem regelt es, unter welchen Voraussetzungen jemand eine Waffe besitzen darf. Darüber hinaus reglementiert es die Erlaubnisse und Ausnahmen für bestimmte Fälle und Personengruppen wie Jäger und Sportschützen, aber auch die Verbote bestimmter Waffen oder Munition. Die Vorschriften des WaffG werden zudem durch eine Rechtsverordnung (Allgemeine Waffengesetz-Verordnung – AWaffV) spezifiziert und ergänzt.“

Eine davon nochmals zu unterscheidende Sonderkategorie bildet der Umgang mit Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, also Rüstungsgütern, die keine Kriegswaffenqualität besitzen und oftmals beispielsweise dem Selbstschutz der sie nutzenden Soldatinnen und Soldaten bei der Erfüllung ihres Auftrags dienen. Der Grundgedanke der geltenden Reglementierung steht hierzu im Grundgesetz (GG). In Artikel 26 GG heißt es: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Dieses Bundesgesetz ist das Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG), dessen Annex auch die als Kriegswaffen definierten Rüstungsgüter auflistet. Durch das Kriegswaffenkontrollgesetz wird das Herstellen, Erwerben, Überlassen und Befördern sowie Ein- und Ausführen von Kriegswaffen unter den Vorbehalt jeweils einzuholender Genehmigungen gestellt. Einer solchen Genehmigung bedarf im Übrigen auch derjenige, der mit Kriegswaffen handelt, die sich gar nicht auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland befinden. Die angesprochene Genehmigung ist laut Paragraph 6 Kriegswaffenkontrollgesetz zu versagen, sofern *erstens* die Gefahr besteht, dass die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden,

zweitens Grund zu der Annahme besteht, dass die Erteilung der Genehmigung völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik verletzen oder deren Erfüllung gefährden würde und

drittens Grund zu der Annahme besteht, dass eine der in Paragraph 6 Absatz 2 Nr. 2 genannten Personen die für die beabsichtigte Handlung erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt.

Durchgehende Kontrolle von Kriegswaffenexporten

Schließlich regelt Paragraph 12 Kriegswaffenkontrollgesetz umfassende Sorgfaltspflichten, um zu verhindern, dass Kriegswaffen abhandeln kommen oder unbefugt verwendet werden, und um zu gewährleisten, dass die gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Anordnungen zum Schutze von geheimhaltungsbedürftigen Gegenständen, Tatsachen, Erkenntnissen oder Mitteilungen beachtet werden. Genehmigungen nach

dem Kriegswaffenkontrollgesetz werden von einem geheim tagenden Kabinettsausschuss der sicherheitsrelevanten Ressorts der Bundesregierung beraten und erteilt. Eine Genehmigung für den Export von Kriegswaffen kann jederzeit widerrufen werden. Die Bundesregierung gewährleistet so die durchgehende Kontrolle von Kriegswaffenexporten auch angesichts sich verändernder Umstände. Das Kriegswaffenkontrollgesetz schreibt den Exporteuren von Kriegswaffen ferner vor, dass diese ein sogenanntes Kriegswaffenbuch führen müssen, „um den Verbleib der Kriegswaffen nachzuweisen“. Zusätzlich wird eine Erklärung über den Endverbleib gefordert.

Rechtlicher Umgang mit Dual-Use-Gütern

Für sonstige Rüstungsgüter sehen das Außenwirtschaftsgesetz und die Außenwirtschaftsverordnung strenge Regeln für die Genehmigung von Ausfuhren in andere Länder vor. Die Außenwirtschaftsverordnung enthält eine Ausfuhrliste, in der alle Rüstungsgüter aufgeführt sind, für die eine Genehmigung erforderlich ist. Genehmigungsbehörde hierfür ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Grundsätzlich gilt nach Paragraph 1 Außenwirtschaftsgesetz, dass der Außenwirtschaftsverkehr frei ist. Allerdings kann der Export beschränkt werden, insbesondere dann, wenn es sich um „Waffen, Munition und sonstige Rüstungsgüter“ handelt (Paragraph 5). Nach Paragraph 4 darf der Rüstungsexport aus folgenden Gründen eingeschränkt werden: um „die wesentlichen Sicherheitsinteressen“ Deutschlands zu gewährleisten, um „eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten“, um eine „erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen“ zu vermeiden und um Sanktionen der Europäischen Union (EU) oder der Vereinten Nationen, zum Beispiel Embargos, umzusetzen. Darüber hinaus beziehen die staatlichen Stellen bei der Genehmigungsentscheidung weitere Punkte ein, insbesondere die Beachtung der Menschenrechte durch den Empfängerstaat. Grundsätzlich müssen Genehmigungen erteilt werden, wenn der Export der Rüstungsgüter die genannten Kriterien „nicht oder nur unwesentlich gefährdet“ (Paragraph 8).

Zudem werden auch sogenannte Dual-Use-Güter exportkontrollrechtlich behandelt. Grundlage hierfür ist die Verordnung über eine Regelung für die Europäische Union für die Kontrolle der Ausfuhr, der Vermittlung, der technischen Unterstützung der Durchfuhr und der Verbringung betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Verordnung EU 2021/821 des Europäischen Parlaments und des Rates, 20. Mai 2021). Damit besteht eine unionseinheitliche Regelung, die sicherstellt, dass Güter mit doppeltem Verwendungszweck bei einer Ausfuhr aus der Europäischen Union wirksam und effektiv kontrolliert werden können.

Einen besonderen Stellenwert besitzen auf der nationalen Ebene die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“. Sie enthalten begleitend zu den gesetzlichen Regelungen nochmals deutlich konkretere und restriktivere Ausführungsregelungen zum Export von Kriegswaffen, Rüstungs- und Dual-Use-Gütern. Obwohl die Politischen Grundsätze keine Gesetze sind, gelten sie verbindlich für alle staatlichen Stellen, die über Rüstungsexportgenehmigungen entscheiden. Als Rahmen legen die Politischen Grundsätze fest, dass Deutschland seine Rüstungsexportpolitik restriktiv gestalten, den Export am außenpolitischen Interesse Deutschlands orientieren und durch die Kontrolle der Exporte einen Beitrag zur Sicherung des Friedens leisten will.

Menschenrechtslage im Empfängerland

Dabei gilt für alle Rüstungsexporte, dass „der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungsland [...] besonderes Gewicht beigemessen“ wird und eine Exportgenehmigung „grundsätzlich nicht erteilt [wird], wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression [...] oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden“ (Absatz I [2] und [3]).

Die verschiedenen Kriterien der Politischen Grundsätze führen zu einer Abwägung der Menschenrechtslage im Empfängerland und finden so Eingang in jedes Exportgenehmigungsverfahren. Dabei legen die Politischen Grundsätze unterschiedliche Exportregeln fest, je nachdem, um welches Empfängerland es konkret geht: Zum einen gilt für NATO-Länder, Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die mit der NATO als gleichgestellt geltenden Länder (Australien, Neuseeland, Japan und die Schweiz), dass der Rüstungsexport „grundsätzlich nicht zu beschränken [ist], es sei denn, dass aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen eine Beschränkung geboten ist“ (Absatz II [1]).

Im Gegensatz dazu gilt für alle anderen Staaten („Drittländer“), dass Rüstungsexporte in diese Länder restriktiv gehandhabt werden. Dies bedeutet konkret, dass der Export von Kriegswaffen grundsätzlich nicht genehmigt wird, „es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen [Deutschlands] [...] ausnahmsweise [für die] Genehmigung sprechen“ (Absatz III [3]). Es müssen also aus Sicht der Bundesregierung besondere Gründe vorliegen, die den Export von Kriegswaffen rechtfertigen. Industriepolitische Motive spielen hierbei erklärtermaßen keine Rolle.

Immer wieder wird in der politischen Debatte, insbesondere bei uns in Deutschland, gefordert, die Genehmigung von Rüstungsexporten

müsse auf die europäische Ebene gehoben werden. Als maßgebliche, zwischen den EU-Mitgliedsländern abgestimmte Übereinkunft gilt dort der Gemeinsame Standpunkt des Rates der Europäischen Union (zuletzt überarbeitet im Jahr 2019). Der Gemeinsame Standpunkt (Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP) soll einen gemeinsamen Mindeststandard aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union beim Rüstungsexport gewährleisten. Zu diesem Zweck schreibt er acht Kriterien vor, anhand derer über die Genehmigung von Rüstungsexporten in Drittstaaten entschieden werden soll. Die Anwendung der Regeln des Gemeinsamen Standpunkts wird in Deutschland bereits durch die Politischen Grundsätze garantiert, im Fall strengerer Regeln haben diese jeweils Vorrang (Absatz I [1]). Die Entscheidung über einzelne Exportvorhaben wird jedoch weiterhin den nationalen Ebenen vorbehalten bleiben.

Es kann dennoch nicht darüber hinweggesehen werden, dass Rüstungsexporte in der Europäischen Union in praxi ganz unterschiedlich gehandhabt werden und dies zu massiven Verzerrungseffekten im Wettbewerb der nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrien führen kann. Auch sind die massiven Unterschiede zwischen einer aktuell sehr restriktiven Handhabung insbesondere von Drittlandexporten bei und in Deutschland und vergleichsweise lockeren Handhabungen in Frankreich, Spanien, Italien sowie – außerhalb der Europäischen Union – in Großbritannien der Grund dafür, dass andere europäische Länder Rüstungsk Kooperationen mit deutscher Beteiligung eher scheuen. Dies muss jeder Bundesregierung bewusst sein, wenn sie aus guten Gründen zu mehr gemeinsamer Rüstung in Europa aufruft.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Unternehmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in erster Linie die Bereitstellung notwendiger Verteidigungsgüter und Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung unserer nationalen Sicherheit gewährleisten. In Sachen Rüstungsexport agieren sie aus eigener Überzeugung in Übereinstimmung mit allen gesetzlichen Vorschriften und Exportkontrollen, um den Missbrauch ihrer Produkte zu verhindern. Rüstungsunternehmen sind darauf angewiesen, langfristige Stabilität und Sicherheit aufrechtzuerhalten, um ihre Geschäfte erfolgreich zu betreiben. Im Übrigen bemühen sie sich seit Langem um die Einhaltung ethischer Standards (Stichwort: Compliance) und neuerdings auch um eine besonders konsequente Umsetzung der ESG-Standards (*Environmental, Social and Corporate Governance*), wie sie durch das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vorgegeben sind.

Waffenbrüder?

Alexander Schuster
Geboren 1986 in Landshut,
Referent für Europäische
Sicherheit und Leiter
Projektteam Europa 24,
Hauptabteilung Analyse
und Beratung, Konrad-
Adenauer-Stiftung.

Wege zum europäischen Schulterschluss in der Rüstung

Das geopolitische Umfeld der Europäischen Union hat sich in den letzten Jahren stetig gewandelt.

Die sicherheitspolitische Bedrohung, die von staatlichen Akteuren wie Russland und dem Iran, aber auch von nicht staatlichen Akteuren ausgeht, nimmt zu. Russland hat die europäische Friedensordnung spätestens mit dem Angriff auf die Ukraine aufgelöst. Der Iran schürt das Feindbild eines liberalen und manipulierenden Westens und stützt terroristische Organisationen im dschihadistischen Kampf gegen die westliche Welt. Die Staaten der Europäischen Union (EU) müssen auf das Sicherheitsumfeld reagieren und die eigene Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit massiv erhöhen. Die europäische Rüstungsindustrie muss in der Lage sein, schnell und in großem Umfang moderne Fähigkeiten bereitzustellen und die Produktion im

Krisenfall schnell hochzufahren. Dies ist angesichts der aktuellen Gegebenheiten kein leichtes Unterfangen: Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union entscheiden selbstständig über ihre Verteidigungsplanung, ihre Beschaffungsvorhaben und über ihre hierfür eingesetzten Mittel. Von gemeinschaftlich koordinierter Rüstungsplanung und einem europäischen Kapazitätenaufbau kann bisher nicht die Rede sein.

Für eine glaubwürdige Abschreckung müssen die Armeen Europas ihre Lücken bei Ausrüstung und Munition schnell schließen. Europäische Rüstungskoooperation und Koordination sind unausweichlich, um das Ziel der glaubwürdigen Abschreckungsfähigkeit zu erreichen. Die Budgets für Verteidigung, Forschung und Entwicklung werden nicht mehr ausreichen, um nationale Alleingänge bei der Rüstungsbeschaffung zu ermöglichen. Nicht nur die Kosten für neue Waffensysteme steigen, sondern auch die Entwicklungszyklen, die Neuinvestitionen in Forschung im Bereich der Wehrtechnik notwendig machen, werden immer kürzer. Die europäisch koordinierte Neuentwicklung und Beschaffung von Waffensystemen garantieren zudem Interoperabilität. Sie ist der Schlüssel einer schlagkräftigen Abschreckungsfähigkeit im transatlantischen Bündnis.

Verhandlungen im Ad-hoc-Modus

Die Europäische Union hat seit Februar 2022 eine Reihe von Initiativen beschlossen, die den bereits vorhandenen Instrumentenkasten im Bereich der Sicherheit und Verteidigung ergänzen.

Zwei Initiativen sind besonders zu nennen: ASAP (*Act in Support for Ammunition Production*) und EDIRPA (*European Defence Industry Reinforcement through Common Procurement Act*). Bei ASAP handelt es sich um einen EU-Fonds zur Förderung der Munitionsproduktion. Die europäische Rüstungsindustrie soll mit insgesamt 500 Millionen Euro bei der Produktion dringend benötigter Artilleriemunition unterstützt werden. Der Ausbau industrieller Kapazitäten zur Produktion von Artilleriemunition sowie von Boden-Boden-Flugkörpern soll mithilfe der finanziellen, aber auch anderer Mittel gefördert werden. Ziel der Verordnung ist es, die Ukraine bis Juni 2024 mit einer Million Artilleriegranaten zu unterstützen.¹ Dieses Ziel droht aufgrund mangelnder industrieller Kapazitäten und fehlender Aufträge weit verfehlt zu werden.²

Mit EDIRPA stellt Brüssel Mittel zur Verfügung, um gemeinsame Rüstungsbeschaffungen der Mitgliedstaaten zu fördern und bei der kurzfristigen Beschaffung zu unterstützen. Die Beschaffungen müssen von mindestens drei EU-Mitgliedern gemeinsam bei ausschließlich in Europa ansässigen Unternehmen getätigt werden. Durch EDIRPA

1 Aurélie Pugnet: „EU richtet Fonds zur Förderung der lokalen Munitionsproduktion ein“, in: Euractiv, 07.07.2023, www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-richtet-fonds-zur-foerderung-der-lokalen-munitionsproduktion-ein/ [letzter Zugriff: 08.12.2023].

2 Zeit Online: „EU verfehlt Lieferzusage von Munition für die Ukraine“, 14.11.2023, www.zeit.de/politik/ausland/2023-11/ukraine-krieg-eu-munition-lieferung-boris-pistorius [letzter Zugriff: 08.12.2023].

3 ES&T Redaktion: „EU-Rüstungsinstrument EDIRPA - Weniger Geld und mehr Verspätung“, in: Europäische Sicherheit & Technik, 07.07.2023, <https://esut.de/2023/07/meldungen/43272/eu-ruestungsinstrument-edirpa-weniger-geld-und-mehr-verspaetung/> [letzter Zugriff: 08.12.2023].

4 ASAP wurde innerhalb von zwei Monaten ausverhandelt, EDIRPA innerhalb eines Jahres.

5 ES&T Redaktion: „EU fördert Munitionsproduktion mit 500 Millionen Euro“, in: Europäische Sicherheit & Technik, 13.07.2023, <https://esut.de/2023/07/meldungen/43337/eu-foerdert-munitionsproduktion-mit-500-millionen-euro/> [letzter Zugriff: 08.12.2023].

6 Aurélie Pugnet: „Industriestrategie: EU-Kommission befragt Rüstungsbranche“, in: Euractiv, 29.11.2023, www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/industriestrategie-eu-kommission-befragt-ruestungsbranche/?_ga=2.88103835.1859313903.1701602957-473995222.1701602957 [letzter Zugriff: 08.12.2023].

7 Eine Folge des unkoordinierten Vorgehens ist auch, dass alle EU-Staaten gleichzeitig ihre Bestände an Kampfpanzern reduziert haben: 2000 gab es noch circa 15.000 Kampfpanzer in den Arsenalen der EU-Mitgliedstaaten, heute sind es unter 5.000. Im Vergleich dazu verfügte Russland (vor Kriegsbeginn) über 12.400 Kampfpanzer. Vgl. Christoph Eisenring / Dominik Feldges: „Plötzlich wollen alle wieder Panzer. Aber ist es mehr als ein Strohfeuer?“, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.01.2023, www.nzz.ch/wirtschaft/leopard-und-abrams-ploetzlich-wollen-alle-wieder-panzer-ld.1723165 [letzter Zugriff: 08.12.2023].

können Vorhaben, die alle administrativen Bedingungen erfüllen, mit bis zu zwanzig Prozent des Auftragsvolumens gefördert werden. Da das Budget für EDIRPA lediglich 300 Millionen Euro umfasst, wird die erhoffte Signalwirkung für eine vertiefte europäische Koordination bei Rüstungsbeschaffungen jedoch ausbleiben.³

Die Verhandlungen zu beiden Initiativen mussten teilweise sehr schnell und verkürzt zwischen Kommission, Rat und Parlament erfolgen.⁴ Um nicht zu viel Zeit bei der Kompromissfindung zu verlieren, wurden zahlreiche sinnvolle Elemente der Initiativen gestrichen: So war im Zuge von ASAP ursprünglich vorgesehen, eine EU-weite Aufstellung der Fertigungskapazitäten für Munition zu erstellen. Ebenfalls sollten die Munitionsbestände sowie die Verfügbarkeit der zur Munitionsproduktion benötigten Ressourcen in einem Monitoring zusammengetragen werden. Die EU-Kommission sollte ursprünglich zudem über ein Eingriffsrecht verfügen, um an die Industrie erteilte Aufträge nachträglich zu priorisieren. Die unzureichende Finanzierung sowohl von ASAP wie EDIRPA ist ebenfalls dem Ad-hoc-Modus der Verhandlungen geschuldet.⁵

Diese Versäumnisse sollen durch die Verabschiedung einer neuen *European Defence Industrial Strategy* (EDIS) kompensiert werden. Die Strategie wird derzeit unter Beteiligung der Mitgliedstaaten, der Rüstungsindustrie sowie von Thinktanks erarbeitet. Eine erste Beschlussfassung soll im ersten Quartal 2024 zur Abstimmung vorliegen.⁶

Zu viel Egoismus, zu wenig Weitsicht

Die Erkenntnis, handeln zu müssen, ist durchaus vorhanden. Der Versuch, die europäische Rüstungskoooperation durch neue (und auch bereits vorhandene) Instrumente zu fördern und die Mitgliedsländer der Europäischen Union bei der gemeinsamen Beschaffung zu unterstützen, zielt auf mehr sicherheitspolitische Verantwortungsübernahme ab. Dennoch ist es derzeit um die europäische Rüstungskoooperation schlecht bestellt.

Im Verteidigungsbereich wird immer noch zu national gedacht. Die EU-Mitgliedstaaten koordinieren ihre Verteidigungsausgaben nicht untereinander. Die jeweiligen nationalen Beschaffungspläne sind trotz zahlreicher Instrumente auf EU- und NATO-Ebene nicht aufeinander abgestimmt.⁷ Die Beschaffung von Waffensystemen und Munition erfolgt oft national. Jeder Mitgliedstaat strebt stets an, die eigene Wehrindustrie bei Beschaffungen zu beauftragen. Das führt unter anderem dazu, dass zahlreiche Staaten unterschiedliche Rüstungshersteller mit der Produktion des gleichen Munitionstyps beauftragen. Die Munitionsproduzenten konkurrieren daraufhin am Weltmarkt um die gleichen Zulieferungsprodukte (meist Rohstoffe). Durch die konkurrierende

Beauftragung werden die Preise für die Fertigungsrohstoffe nach oben getrieben, was die Kosten insgesamt in die Höhe treibt. Synergien innerhalb Europas werden auf diese Weise vermieden.

Ein weiteres Problem liegt darin, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei zahlreichen Beschaffungsvorhaben nicht auf europäische Produzenten zurückgreifen. Obwohl konkurrenzfähige Produkte europäischer Hersteller vorhanden sind, geben zahlreiche Staaten seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine Herstellern außerhalb der Europäischen Union den Vorzug.⁸ Grund hierfür ist die vermeintlich schnellere Verfügbarkeit der Produkte („Off-the-Shelf-Verfügbarkeit“) von Produzenten in Drittstaaten. Zudem machen beispielsweise die USA durch günstige Finanzierungsmöglichkeiten (*Foreign Military Sales*) US-amerikanische Rüstungsgüter attraktiv. Die Aufträge an Drittstaaten kommen jedoch nicht nur der US-Rüstungsindustrie zugute. Aufstrebende Rüstungshersteller in Südkorea und der Türkei profitieren ebenfalls von der fehlenden Koordination innerhalb Europas.

Bereits bestehende europäische Rüstungskooperationsprojekte sind nach ihrer Initiierung mit Problemen behaftet. Die Kooperationen sind nicht nur zeitintensiv und oftmals ineffizient, sondern verursachen auch hohe politische und finanzielle Kosten. Außerdem erweisen sie sich nur dann als ökonomisch erfolgreich, wenn auch der Export an Drittstaaten gelingt. Die Kooperationen innerhalb Europas leiden darunter, dass die Projekte auf politischer Ebene beschlossen werden, die Industrie aber oftmals nicht oder nur ungenügend einbezogen wird. Es mangelt stets an einer klaren Vereinbarung, wer für die industrielle Führerschaft verantwortlich ist. Das führt zu zeitaufwendigen Zwischenverhandlungen und Konflikten über Zuständigkeiten innerhalb des gemeinsamen Projekts. Die geltenden deutschen Regelungen zum Rüstungsexport machen die Ausfuhr von Waffensystemen an Drittstaaten sehr unwahrscheinlich.⁹ Dadurch sind Kooperationsprojekte mit deutscher Beteiligung ökonomisch selten lukrativ.

Kraftakt aller Mitgliedstaaten

Eine erfolgreiche Rüstungskooperation innerhalb der Europäischen Union ist wichtiger denn je. Die einzelnen Mitgliedstaaten müssen auf Basis einer strategischen Planung den Bedarf an militärischem Gerät ermitteln und dann gemeinsam koordiniert die erforderlichen Rüstungsgüter beschaffen. Die *European Defence Agency* (EDA) ist eine geeignete Institution, diese Prozesse zu koordinieren und auch gemeinsame Beschaffungen, etwa von Munition, zu beauftragen. Dafür muss die EDA jedoch mit dem erforderlichen Budget ausgestattet werden.

Es wäre sinnvoll, den Modus europäischer Rüstungskooperation neu zu denken. Die Zusammenarbeit muss nicht zwingend auf der Kooperation von Firmen verschiedener europäischer Staaten aus demselben Sektor basieren. Diese Form der Rüstungskooperation ist meist politisch gewollt und dient eher einzelstaatlichen Partikularinteressen, heimische Rüstungsbetriebe an europäischen Projekten zu beteiligen. Eine europäische Ausschreibung auf Basis eines klar definierten Bedarfs wäre ein anderer Ansatz für Kooperation. Mit dem Zuschlag an ein einzelnes Unternehmen könnten die großen ökonomischen und politischen Reibungsverluste bisheriger Kooperationen vermieden werden. Die Produktion der Waffensysteme könnte dennoch jeweils im Land des Bestellers erfolgen.

Die Änderung des Modus europäischer Rüstungskooperationen erfordert einen politischen Kraftakt aller Mitgliedstaaten. Ein solcher ist derzeit weder spür- noch absehbar. Doch werden die Bedrohungen künftig nicht kleiner, die Bedarfe nicht weniger und die Anforderungen nicht geringer, sodass der politische Kraftakt vollzogen werden muss – die Frage ist nur, wie lange wir noch darauf warten können, bevor es zu spät ist für die europäischen Waffenbrüder.

⁸ Die Rüstungsimporte der EU-Staaten haben sich 2022 um 35 Prozent erhöht. Vgl. Stockholm International Peace Research Institute: SIPRI Arms Transfers Database, www.sipri.org/databases/armstransfers [letzter Zugriff: 08.12.2023].

⁹ Beispielsweise der fehlgeschlagene Export des Eurofighter Typhoons an Saudi-Arabien. Vgl. Niklas Záboji: „Das ist schädlich für Deutschlands Ruf“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.11.2023, www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/saudi-arabien-airbus-kritisiert-eurofighter-exportstopp-19302533.html [letzter Zugriff: 08.12.2023].

Auf dem Weg zu einer „Querfront“?

Tim B. Peters

Geboren 1976 in Iserlohn, 2017 bis 2020 und 2023 Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Charkiw, 2019 bis 2023 in Kiew, Referent für Medien und Demokratie, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Linker und rechter Pazifismus in Anbetracht des russischen Angriffskriegs

Anders als es Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 glaubhaft machen wollte, markiert der 24. Februar 2022 keine „Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents“.¹ Künftige Historiker-

generationen werden den Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine nicht ins Jahr 2022 legen. Schon acht Jahre zuvor hatte Russland völkerrechtswidrig die Krim annektiert und eine militärische Auseinandersetzung im Osten der Ukraine ausgelöst. Während in Deutschland beständig vom Ostukrainekonflikt die Rede war, wurde in der Ukraine seit 2014 vom russisch-ukrainischen Krieg gesprochen, der bis Februar 2022 bereits mehr als 13.000 Todesopfer gefordert hatte. Die Zeitenwende war ein Erweckungserlebnis, dem aber nur zögerlich eine Bekehrung folgt. Die Kehrtwende manifestiert sich insbesondere in der Haltung der politischen Parteien und Akteure zu Waffenlieferungen an die Ukraine.

¹ Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022.

² Tetyana Klug: „Faktencheck: Deutsche Waffen in Kriegsgebieten“, Deutsche Welle, 07.02.2022.

³ Andreas Ernst: „Die Ukraine-Krise und die Krise des Pazifismus“, in: Neue Zürcher Zeitung, 22.02.2023.

⁴ Jürgen P. Lang: „Querfront: Wachsen die politischen Ränder zusammen?“, in: BR24, 25.02.2023. Julius Geiler: „Altbekannte oder neue Bewegung? Wen der ‚Aufstand für den Frieden‘ tatsächlich anzog“, in: Tagesspiegel, 26.02.2023.

Bei der SPD, die großen Wert auf ihr entspannungspolitisches Erbe von Willy Brandt und Egon Bahr legt, gab Bundeskanzler Olaf Scholz den Sinneswandel durch seine Zeitenwende-Rede vor. Noch kurz vor dem russischen Angriff, am 6. Februar 2022, hatte er das Prinzip, keine Waffen in Kriegsgebiete zu exportieren, nachdrücklich unterstrichen: „Die Bundesregierung hat seit vielen Jahren einen klaren Kurs, dass wir nicht in Krisengebiete liefern und dass wir auch keine letalen Waffen in die Ukraine liefern.“² In den folgenden Monaten erfolgte eine zwar zögerliche, aber kontinuierliche Abkehr von den selbst auferlegten Restriktionen. Inzwischen hat die Bundesrepublik Panzerhaubitzen, Raketenwerfer, Schützen-, Kampf- und Flakpanzer sowie zahlreiche weitere letale Waffensysteme geliefert.

Zweiteilung im Parteienspektrum

Innerhalb der Ampelkoalition drängten insbesondere die beiden kleineren Partner immer wieder zu weiteren Waffenlieferungen. Dass inzwischen gerade die Grünen als Befürworter der militärischen Materialhilfe für die Ukraine gelten, ist bemerkenswert, da die Wurzeln der Partei tief in die Friedensbewegung der späten 1970er- und 1980er-Jahre reichen und die weltanschauliche Strömung des Pazifismus lange Zeit ihre natürliche Heimat bei den Grünen hatte. Wie Andreas Ernst in der *Neuen Zürcher Zeitung* hervorgehoben hat, ist eine „Facette der ‚Zeitenwende‘ [...] auch die Verwirrung, die sie im Links-rechts-Schema der Politik anrichtet. Es gibt jetzt in Deutschland links-grüne Bellizisten und eine nationalpazifistische Rechte.“³

Im Parteienspektrum ergibt sich eine deutliche Zweiteilung: Während die Positionsunterschiede zwischen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnisgrünen vornehmlich darum kreisen, welche Waffen wann und in welcher Menge geliefert werden, stehen sich am rechten und linken Rand mit AfD und Linkspartei zwei Parteien gegenüber, die eine militärische Unterstützung Deutschlands für die Ukraine grundsätzlich ablehnen. Beide – und zudem neuerdings das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) – erachten sich als „Friedensparteien“. Folgt man dem Hufeisenmodell, berühren sich in der Ablehnung deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine die Ränder des politischen Spektrums. Teilweise wird in diesen Überschneidungen bereits eine „Querfront“ oder „neue Friedensbewegung“ gesehen.⁴

Die von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer im Februar 2023 initiierte Onlinepetition *Manifest für den Frieden* wurde bis Ende des Jahres von mehr als 900.000 Menschen unterstützt, darunter auch zahlreiche Prominente. Die Veranstaltung am 25. Februar 2023 vor dem

Brandenburger Tor vereinte Teilnehmer von ganz links bis ganz rechts.⁵ Dennoch fällt es schwer, hier bereits von einer „Querfront“ im Sinne einer tatsächlichen oder beabsichtigten Allianz aus gegensätzlichen politischen Lagern zu sprechen, die ein gleiches Ziel – oftmals im Sinne eines gemeinsamen Feindbildes – eint. „Allenfalls dürfte es zu einer fortgesetzten Adaption von Diskursmustern, Organisationsformen und Strategien kommen, sieht man darin doch gelegentlich nachahmenswerte Erfolgsmodelle für das eigene Wirken.“⁶

Frieden oder Freiheit?

Ähnlich ist insbesondere die verwendete Rhetorik. Die nicht nur bei der vorgenannten Demonstration an die Ukraine gerichtete Forderung nach Verhandlungsbereitschaft und einem Waffenstillstand mit dem Aggressor wird von den Protagonisten immer wieder damit begründet, das Sterben beenden zu wollen. Abstrakt geben sie dem Wert des (Über-)Lebens Vorrang. Für die unmittelbar betroffenen Ukrainerinnen und Ukrainer hat hingegen der Wert der Freiheit eine zentrale Bedeutung, die sich im Verlauf des Krieges noch verstärkt hat: Laut dem *Razumkov Centre*, dem führenden ukrainischen Thinktank, fühlten sich im Mai 2023 – nach über einem Jahr intensiver Kampfhandlungen – 84 Prozent in der Ukraine als freie Person (gegenüber nur rund 62 Prozent im Juni 2021).⁷ Beachtenswert ist, dass mit Beginn des russischen Angriffs das Kriegsrecht ausgerufen und viele Freiheitsrechte temporär eingeschränkt wurden. Auch in der Selbstbeschreibung der Ukrainer steht „Freiheitsliebe“ an erster Stelle.⁸ In Deutschland hingegen wurde in der Vergangenheit der Wert Frieden als deutlich wichtiger als persönliche Freiheit gewertet.⁹ Die Kalkulation der deutschen Verhandlungsbefürworter, dass dort, wo Waffen schweigen, auch das Sterben endet, kollidiert allerdings unweigerlich mit der ukrainischen Erfahrung der massiven Menschenrechtsverstöße unter russischer Besatzung, wie die Gräueltaten in Butscha und Irpin im Frühjahr 2022 gezeigt haben.

„Alternative für Russland“

Hinter der Einigkeit an den politischen Rändern in der ablehnenden Haltung zu Waffenlieferungen verbirgt sich oftmals eine andere, schon länger existierende „Querfront“, die sich durch Antiamerikanismus und Russlandnähe auszeichnet. Deutlich wurde dies bereits 2014 an den Reaktionen auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim. Damals erhielt das russische Vorgehen viel Verständnis von der politischen Rechten. Der damalige stellvertretende Vorsitzende der AfD, Alexander Gauland, plädierte „leidenschaftlich dafür, Russland als Großmacht ernst zu

5 „Umstrittene Demo in Berlin. Wer kommt zu Wagenknecht und Schwarzer?“, in: Tagesschau, 25.02.2023.

6 Armin Pfahl-Traugber: „Gibt es eine aus Links- und Rechtsextremisten bestehende ‚Querfront‘? Definitionen, Erscheinungsformen, Geschichte und Relevanz“, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 23.07.2023.

7 Razumkov Centre: The Russia-Ukraine Conflict: From Full-Scale War To Conflict Resolution And Post-War Recovery, Nr. 1-2 (191-192) 2023, S. 126.

8 Razumkov Centre: Identity of Ukrainian citizens: trends of change (May, 2023), 24.08.2023.

9 Im Eurobarometer 2018 wurde unter den deutschen Befragten der Wert „Frieden“ mit 55 Prozent als wichtigster genannt (EU-Durchschnitt: 45 Prozent). Der Wert „Freiheit des Einzelnen“ stand mit 24 Prozent lediglich an sechster Stelle. Europäische Kommission: Standard-Eurobarometer 89. Frühjahr 2018. Bericht. Die Europäische Bürgerschaft, 2018, S. 59.

10 Jens Schneider: „Europa-Parteitag. AfD lehnt Sanktionen gegen Russland ab“, in: Süddeutsche Zeitung, 23.03.2014.

11 Uwe Backes / Patrick Moreau: Europas moderner Rechtsextremismus. Ideologien, Akteure, Erfolgsbedingungen und Gefährdungspotentiale, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2021, S. 47, unter Hinweis auf Antonis Klapsis: An Unholy Alliance. The European Far Right and Putin's Russia, Wilfried Martens Centre, Brüssel 2015, S. 17.

12 Marcus Benschmann: „Alternative für Russland: Wie sich die AfD systematisch nach Russland orientiert“, in: Correctiv, 22.09.2023.

13 Pressemitteilung der AfD: Alexander Gauland: Der Krieg in der Ukraine ist nicht unser Krieg, 27.06.2022, „AfD-Fraktionschef: ‚Es ist nicht unser Krieg‘“, in: boerse.de, 02.03.2023.

14 Roman Schmidt-Radefeldt / Antonia Sommerfeld: Zum Recht auf freie Bündniswahl - Rechtliche Positionen und Handlungsoptionen im Ukraine-Konflikt zwischen der NATO, Russland und der Ukraine, Infobrief, Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, WD 2-3010-006/2, 21.02.2022.

15 Die Linke: Sozial. Gerecht. Frieden für alle. Langfassung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017.

nehmen“.¹⁰ Im Europawahlprogramm 2019 wurden die gegen Russland verhängten Sanktionen als nicht zielführend angesehen: „Die AfD setzt sich für deren Abschaffung und eine Normalisierung der Beziehungen mit Russland ein.“ Dahinter steht eine unterschiedliche Wertehierarchie. „Für die radikale populistische Rechte beruht der Konflikt zwischen Putins Russland und dem Westen weniger auf widerstreitenden Interessen als auf einem Fundamentaldissens der Wertorientierung“,¹¹ so Uwe Backes und Patrick Moreau in ihrer Studie zum europäischen Rechtsextremismus. Das Putin'sche Gesellschaftsbild, das auf spezifische Traditionen, ethnokulturelles Territorium und Nation(alismus) setzt, wird als positives Gegenmodell zum westlich-liberalen Modell gesehen, das statt der natürlichen Gemeinschaft die Freiheit des Einzelnen betont und für das die USA sinnbildlich stehen.

Der russische Angriffskrieg hat diesem Weltbild allenfalls eine Delle hinzugefügt. Wie sehr sich die AfD in den letzten Jahren systematisch nach Russland orientiert hat, stellte das Recherchemagazin *Correctiv* in einer Analyse vom September 2023 ausführlich dar: „Die Partei ist zur Alternative für Russland geworden.“¹² Ihren deutlichsten Ausdruck findet diese mitunter als Neutralität kaschierte Haltung in dem entlarvenden Hinweis, dass dies „nicht unser Krieg“ sei.¹³ Eine regelbasierte internationale Ordnung, die Wert und außenpolitisches Interesse Deutschlands zugleich ist und für die es sich nicht nur deklaratorisch, sondern effektiv einzusetzen gilt, spielt damit für die AfD keine wesentliche Rolle.

Pazifismus als Deckmantel

Auch aufseiten der politischen Linken waren und sind vielfach Positionen zu hören, die Russlands Aggression durch eine unterstellte Mitverantwortung der USA zu relativieren suchen. Über eine bestimmte „Kontextualisierung“ werden den westlichen Staaten, den USA und der NATO provozierende Schritte – etwa im Falle der Osterweiterung – vorgeworfen, die Russlands Handeln in die Nähe einer Notwehrhandlung zu bringen versuchen. Dass Russland das Prinzip der freien Bündniswahl in zahlreichen Dokumenten anerkannt hat, wird dabei ausgeblendet.¹⁴ So forderte die Linkspartei im Wahlprogramm 2017 die Auflösung der NATO und den Ersatz durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands: „Truppenbewegungen von EU und NATO an den Grenzen zu Russland gefährden den Frieden. [...] Wir wollen die US- und NATO-Infrastruktur in Deutschland beseitigen, die für den Aufmarsch gegen Russland [...] genutzt wird.“¹⁵ Der langjährige Berliner Landesvorsitzende der Linken, Klaus Lederer, bekannte bereits 2015: „Manche Positionierung aus dem traditionell friedensbewegten Milieu –

„gegen NATO, EU und Imperialismus“ – konnte nur als Parteinahme aufseiten Russlands verstanden werden.“¹⁶

Allerdings finden sich beim Thema Waffenlieferungen auch differenziertere Stimmen innerhalb der Partei. Der Augsburger Europaparteitag der Linkspartei im November 2023 hat nach dem Austritt von Sahra Wagenknecht eine Öffnung gegenüber Bewegungen und Aktivistengruppen gezeigt. Gleichzeitig wurde eine streng pazifistische Politik auch hinsichtlich der Ukraine festgelegt. Die um die sozial-nationalen Kräfte um Sahra Wagenknecht reduzierte Linke schickt sich damit an, in die pazifistische Lücke zu stoßen, die die Grünen lange Zeit gefüllt haben. Einiges deutet darauf hin, dass russlandfreundliche Positionen künftig stärker im Bündnis Sahra Wagenknecht zu finden sein werden. In jedem Fall sind die Vorteile einer „Querfront“ in Deutschland, selbst wenn sie nicht auf Absprachen, sondern auf Schnittmengen beruht, dem Kreml als zu förderndes Ziel aufgefallen, wie vertrauliche Dokumente aus Putins Machtzirkel belegen.¹⁷ Insofern bedarf das Thema weiterhin der Aufmerksamkeit, um zwischen respektablen pazifistischen Überzeugungen, möglicher politischer und gesellschaftlicher Einflussnahme von außen und als Scheinpazifismus verkleideten Parteiinteressen unterscheiden zu können.

16 Klaus Lederer: „Resentiment statt Aufklärung: Die ‚neue Friedensbewegung‘ und die Linke“, in: Markus Liske / Manja Präkels (Hrsg.): Vorsicht Volk! Oder: Bewegungen im Wahn?, Berlin 2015, S. 118-127, hier S. 119.

17 Catherine Belton / Souad Mekhennet / Shane Harris: „Kremlin tries to build antiwar coalition in Germany, documents show“, in: The Washington Post, 21.04.2023.

„Es herrschen Unsicherheit und Unverständnis“

Anna Staroselski

Geboren 1996 in Stuttgart, 2020 bis 2023 Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD), Vizepräsidentin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. (DIG), Sprecherin der Werte-Initiative jüdisch-deutsche Positionen e.V., Berlin.

Jüdisches Leben in Deutschland nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel

Wie haben Sie von dem bestialischen Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 erfahren? Wie haben Sie das erlebt?

Anna Staroselski: Als ich am dem Morgen die Nachrichten gecheckt habe. Zunächst konnte ich es noch gar nicht richtig fassen, habe aber sofort an meine Freunde in Israel gedacht und mich sofort bei ihnen gemeldet.

Am Vorabend des 7. Oktober, an dem der jüdische Feiertag „Simchat Tora“ hätte gefeiert werden sollen, hatte ich noch freudig mit meiner Familie zusammengesessen. Es war unfassbar, dass am nächsten Morgen der Schrecken über Israel und das jüdische Volk hereinbrach. Für mich war klar, dass wir etwas tun müssen. Ich habe mich in meiner Netzwerkgruppe kurzgeschlossen, und wir haben am nächsten Tag eine Kundgebung organisiert.

Wie waren die Reaktionen in Ihrem persönlichen Umfeld?

Schock, Trauer, Schmerz, auch Wut und Unverständnis, wie das überhaupt passieren konnte, waren die ersten Reaktionen. Diese Gefühle halten seitdem an. Es sind zum jetzigen Zeitpunkt immer noch mehr als



Foto: © Jonas Mayer

130 Menschen in Gaza in Geiselhaft. Dort findet ein schrecklicher Krieg statt, und sehr viele unschuldige Menschen sterben und leiden unter dem Terror der Hamas.

Wenn Sie heute, nach über zwei Monaten, zurückblicken: Was hat bei Ihnen der unfassbar brutale Terrorangriff ausgelöst?

Es war für mich klar, dass jetzt der Antisemitismus in Deutschland zunehmen wird. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus hat 39 antijüdische Vorfälle pro Tag erfasst, das ist der Stand, den wir aktuell in Deutschland haben. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland in Sicherheit leben können und dass unsere Demokratie wehrhaft ist und bleibt. Was wir sehen, ist, dass Antisemiten nicht nur Juden hassen, sondern auch unser freiheitlich-demokratisches Zusammenleben.

Inwieweit hat der 7. Oktober das Leben von Juden in Deutschland verändert?

Viele meiner jüdischen Freunde fragen sich ernsthaft, ob sie eine Zukunft in Deutschland sehen. Ich habe einige Freunde, die nach Israel ausreisen wollen und die auch schon konkrete Maßnahmen treffen. In der jüdischen Gemeinschaft herrschen Unsicherheit und Unverständnis darüber, wie in Deutschland der Diskurs geführt wird und wie man in den letzten Jahren einfach nicht hinsehen wollte. Viele Jüdinnen und Juden fragen sich, ob sie im Alltag sicher sind. In der Öffentlichkeit trifft man auf antisemitische Kommentare, denen man sich nicht entziehen kann. Juden müssen im Alltag immer damit rechnen, mit Antisemitismus konfrontiert zu werden.

In der Staatsbibliothek Berlin gab es eine Protestaktion von Aktivisten, die im gesamten Gebäude Lautsprecher versteckt hatten und darüber antisemitische Erzählungen abspielen ließen. Das war beängstigend und gruselig. Ein anderes Beispiel ist, dass an vielen Universitäten antiisraelische Aktionen stattfinden, ob am Universitätseingang, in der Aula oder im Speisesaal. Diese Aktionen werden in vielen Fällen nicht unterbunden. Die Universitäten sind inkonsequent, greifen nicht durch und geben Jüdinnen und Juden keinen sicheren Raum. Sie geben ihnen auch nicht das Gefühl, dass sie sich gestärkt fühlen können – an Universitäten, die für Aufklärung, Wissenschaft und Faktenwissen stehen sollten und dafür, frei zu studieren. Wir erleben, dass sehr viel Unwahrheit verbreitet wird, es zu Terrorverharmlosungen kommt und Jüdinnen und Juden angegriffen oder wie etwa an der Freien Universität ausgeschlossen werden und ihnen der Zutritt zum Hörsaal von pro-palästinensischen Aktivisten verweigert wird.

Inwieweit hat sich Ihr Leben persönlich verändert?

Die Veränderung besteht darin, dass ich im Alltag viel aufmerksamer sein muss: Wo gehe ich hin, wo halte ich mich auf, wer weiß, wo ich mich aufhalte, wie komme ich sicher nach Hause – Fragen, die man sich im Alltag aus Sicherheitsgründen nun stellen muss. Und gleichzeitig ist es jetzt besonders wichtig, über Lebensrealitäten von Jüdinnen und Juden zu sprechen und auf den aggressiven Antisemitismus aufmerksam zu machen.

Sie haben in einem Zeitungsartikel von Pogromstimmung hierzulande gesprochen ...

Ich komme darauf, weil die Hamas am 13. Oktober 2023 zur globalen Gewalt gegen Jüdinnen und Juden aufgerufen hat. An diesem Tag wurden auch in Deutschland Häuser, in denen Jüdinnen und Juden leben, mit Davidsternen markiert. Jüdische Eltern wollten aus Angst ihre Kinder nicht in die Kita oder in die Schule schicken. Wir erleben seit dem 7. Oktober in Deutschland Proteste, bei denen sich ein grenzenlos aggressiver Antisemitismus verbreitet, wo zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden aufgerufen, wo Terror verherrlicht und verharmlost wird. Es stellt sich die Frage, ob der Rechtsstaat es schafft, mit diesen antidemokratischen Protesten umzugehen, und es scheint gerade so zu sein, als wäre das nicht der Fall.

Aus der Politik wurde immer wieder versichert, jüdisches Leben in Deutschland werde geschützt.

Die Sicherheitsbehörden nehmen die Probleme erfreulicherweise sehr ernst und tun alles Notwendige, um jüdisches Leben zu schützen.

Dennoch glauben Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht, dass sie sicher sind, sonst würden sich nicht viele die Frage stellen, ob sie eine Zukunft in Deutschland sehen. Aus der Politik hört man sehr klare Solidaritätsbekundungen, das ist wichtig, das ist auch richtig. Aber auf diese wichtigen Worte müssen auch Taten folgen.

Wie bewerten Sie die Unterstützung aus der Gesellschaft?

Wir sehen, dass zu Solidaritätsveranstaltungen immer weniger Bürger kommen, die bereit sind, ihre Solidarität mit Jüdinnen und Juden zu bekunden. Wir sehen auch, dass Debatten verzerrt werden, dass mit Begriffen um sich geworfen wird, die weder Hand noch Fuß haben. Israel wird vorgeworfen, einen Genozid zu begehen. Das ist ein Völkerrechtsbegriff, dem eine Absichtserklärung zugrunde liegt, dass man ein Volk auslöschen will. Das ist in Bezug auf Israels Verteidigungskrieg in Gaza absolut nicht der Fall – Israel kämpft gegen die Hamas, nicht gegen das palästinensische Volk. Die Hamas hingegen hat in ihren Statuten festgeschrieben, dass ihr Ziel die Auslöschung Israels ist. Warum man davor die Augen verschließt, aber Israel dämonisiert, ist mir unerklärlich. Die Mehrheit der Gesellschaft positioniert sich in dieser Frage nicht. Ich frage mich, ob das mangelnde Interesse ist oder ob tatsächlich ein internalisierter Antisemitismus vorhanden ist und man sich deshalb nicht mit Jüdinnen und Juden in Deutschland und in Israel solidarisiert.

Sie studieren Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Wie nehmen Sie die Stimmung an Ihrer Universität wahr?

An der Geschichtsfakultät der Humboldt-Universität gibt es einen Initiativkreis für Menschen, die sich mit Jüdinnen und Juden solidarisieren und die sich fragen, wie sie mit Antisemitismus umgehen sollen. Anfangs hat sich auch die Leitung der Universität deutlich positioniert und die Hamas-Verbrechen verurteilt. Leider ist es dennoch so, dass es Menschen gibt, die an der Universität arbeiten und sich öffentlich terrorverharmlosend äußern. Aufgrund der zum Teil aufgeheizten Stimmung gegen Israel gibt es viele jüdische Studenten, die sich nicht trauen, im Unterricht zuzugeben, dass sie jüdisch sind. Sie haben auch Angst, sich in die Debatte einzubringen, weil sie Sorge davor haben, auf Protest zu treffen oder angegriffen zu werden. Die Stimmung ist mittlerweile nicht mehr sachlich, sondern emotionalisiert und teilweise aggressiv.

Die Stimmung ist aber nicht nur pro-palästinensisch, sondern auch pro-israelisch ...

Es gibt Menschen, die israelsolidarisch sind und Antisemitismus verurteilen, aber die sind sehr, sehr leise. Ein Beispiel ist die Initiative „Fridays for Israel“, die sich gegründet hat, nachdem „Fridays for Future“ durch

antisemitische Äußerungen aufgefallen war. Die Initiative organisiert freitags an Universitäten israelsolidarische Kundgebungen. Dorthin kommen aber nur sehr wenige Leute. Die Studierenden, die dort hingehen, erzählen oft: „Ich habe Freunde, die inhaltlich bei uns sind, aber sich nicht zu kommen trauen.“ Ich frage mich, wie man von Wissenschafts- und Meinungsfreiheit an Universitäten sprechen kann, wenn sich Menschen nicht trauen, sich gegen Antisemitismus auszusprechen.

Sie haben einmal geschrieben: „Antizionismus ist Antisemitismus.“

Was meinen Sie damit?

Antizionismus ist die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts von Jüdinnen und Juden, in ihrer Heimstätte zu leben. Israelis sehen im Antizionismus eine Existenzbedrohung. Wenn Antizionisten Israel das Existenzrecht absprechen und die Auslöschung Israels fordern, dann betrifft das ganz konkret das Leben der Menschen in Israel.

Antisemitismus ist in rechts- und linksextremistischen sowie muslimischen Kreisen verbreitet, aber auch in anderen Bevölkerungsgruppen. Wie ordnen Sie das ein, und wo sehen Sie die größte Gefahr?

Es ist nicht die Frage, welche Form des Antisemitismus schlimmer ist, sondern wie man alle Formen des Antisemitismus bekämpfen kann. Dafür ist ein ganzheitlicher Ansatz notwendig. Die Sicherheit von Jüdinnen und Juden ist ein Gradmesser dafür, wie es um unsere Demokratie steht. Natürlich ist seit dem 7. Oktober vermehrt Antisemitismus aus der muslimischen Community wahrzunehmen. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus hat in ihrem letzten Bericht erfasst, dass fast neunzig Prozent der antisemitischen Vorfälle dem antiisraelischen Lager zuzuordnen sind. Auch hier zeigt sich, warum Antizionismus auch antisemitisch ist.

Im öffentlichen Diskurs wird oft beklagt, dass unschuldige Menschen in Gaza bombardiert werden. Was sagen Sie dazu?

Es muss sehr klar sein, dass auch dieses Leid ein absolut schreckliches Leid ist. Die Menschen, die im Gazastreifen leben, leben seit vielen Jahren unter dem Terrorregime der Hamas. Es gibt auch Palästinenser, die sich dagegen aussprechen, die kritisieren, wie die Hamas dort herrscht, dass beispielsweise Hilfslieferungen, die bei der Bevölkerung ankommen sollen, von der Hamas gekapert werden. Die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als Schutzschilde. Wenn Israel versucht, Routen zu etablieren, über die die Menschen in Sicherheit gebracht werden können, versucht die Hamas, das zu verhindern. Das ist leider ein sehr trauriger Krieg, aber leider auch einer, den Israel gegen die Hamas führen muss.

Deutschland hat eine besondere historische Verantwortung. Wie ordnet die junge jüdische Generation diese besondere Verantwortung ein?

Es geht um die Erinnerungskultur in Deutschland und darum, wie man über die Shoah spricht. Es reicht nicht, am internationalen Holocaust-Gedenktag oder am Tag der Reichspogromnacht „Nie wieder!“ zu sagen. Man muss sich informieren über die bedrückende Lage durch den Antisemitismus im Land. Erinnern heißt auch handeln. Und es heißt, aktiv zu verstehen, was Verantwortung bedeutet, und zwar für die freiheitlich-demokratische Gesellschaft, für eine wehrhafte Demokratie, die nie wieder Diskriminierung und menschenverachtendes Gedankengut zulässt, einzustehen.

Werden die Pluralität und der Reichtum jüdischen Lebens in Deutschland richtig wahrgenommen?

Jüdisches Leben ist sehr bunt, etwa neunzig Prozent der Juden in Deutschland haben einen Migrationshintergrund und kommen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. 2021 fand das Fest anlässlich „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ statt. Das war ein Festjahr, in dem sehr viele Veranstaltungen und Projekte geplant waren, um jüdisches Leben in seiner Vielfalt und Pluralität kennenzulernen. Eigentlich bräuchte es diese Art von Sichtbarkeit jüdischen Lebens nicht allein in Gedenkjahren. Das Problem ist, dass die Sichtbarkeit jüdischen Lebens immer mit der Frage nach der Sicherheit von Jüdinnen und Juden zusammenhängt. Keine jüdische Veranstaltung kann ohne Sicherheit stattfinden. Das verhindert leider auch, dass man noch offener und lebendiger als jüdische Gemeinden und Organisationen in der Gesellschaft präsent sein kann.

Die jüdische Solidaritätshymne „Am Israel Chai“ wurde während der Shoah nach der Befreiung der ersten Konzentrationslager wieder verwendet. Was bedeutet „Am Israel Chai“ für Sie?

Übersetzt bedeutet „Am Israel Chai“ „Das Volk Israel lebt“. „Am Israel Chai“ ist für Jüdinnen und Juden schon immer ein Ausdruck der Selbstverteidigung und der Widerstandsfähigkeit gewesen. Und besonders in diesen Tagen ist das wieder ein Ausspruch, der zeigt, dass selbst, wenn es Menschen gibt, die unsere Auslöschung fordern und grässliche Morde an unserem Volk begehen, das Volk Israel lebt. Wir werden uns davon nicht unterkriegen lassen, sondern wir werden wehrhaft sein, denn über die Jahrhunderte ist immer wieder versucht worden, Jüdinnen und Juden auszulöschen, aber wir haben es als Minderheit geschafft, am Leben zu bleiben, und wir lieben das Leben, wir feiern das Leben bei allen unseren jüdischen Feiertagen. Das wird auch so bleiben.

Das Interview führte Ralf Thomas Baus am 14. Dezember 2023.

Tödliche Schüsse

Schusswaffengebrauch bei der Polizei im internationalen Vergleich

Oliver Hoffmann
Geboren 1972 in Nagold,
Leiter der Abteilung
Wirtschafts- und Umwelt-
kriminalität, Landes-
kriminalamt Baden-
Württemberg, Präsident
der International Police
Association (IPA),
Deutsche Sektion e.V.,
Bexbach.

„Ein Schuss aus der Polizeipistole traf den Axt-Angreifer tödlich – nun wird gegen den Schützen ermittelt.“¹

1 Dierk Rohdenburg:
gleichnamiger Artikel, in:
Kreiszeitung, 04.01.2023,
www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/ein-schuss-aus-der-polizeipistole-traf-den-axt-angreifer-todlich-nun-wird-gegen-den-schuetzen-ermittelt/ar-AA1kZiIX
[letzter Zugriff:
10.01.2024].

Schlagzeilen wie diese sind in Deutschland eine Seltenheit. Im Jahr 2022 wurden insgesamt elf Menschen im Rahmen eines polizeilichen Schusswaffengebrauchs tödlich verletzt, 2023 waren es mit acht noch weniger. International sieht das anders aus. Ein Blick auf frei zugängliche Statistiken offenbart große Unterschiede bei der Anzahl der tödlichen Schusswaffenanwendungen.

Brasilien ragt mit 6.430 Getöteten (2022) deutlich heraus. Die USA, die in diesem Zusammenhang oft im Mittelpunkt medialer Aufmerksamkeit stehen, dokumentieren in demselben Jahr 1.097 Tote. Die den tödlichen Schusswaffengebrauch der Polizei betreffende Statistik

ist nicht in allen Ländern öffentlich einsehbar. Indizien aus den verfügbaren Quellen legen jedoch nahe, dass in Venezuela mehr als 5.000 und in Indien und Syrien jeweils über 1.000 Menschen tödlich getroffen wurden.

Um eine Basis für die Vergleichbarkeit zu erzielen, hat sich die Bildung einer sogenannten Häufigkeitsziffer (HZ) etabliert, die die Anzahl von tödlichem Schusswaffengebrauch auf 100.000 Einwohner in Bezug setzt. Bei der Betrachtung der Häufigkeitsziffer verschiebt sich statistisch das Bild zugunsten von Indien (HZ 0,12) und den USA (HZ 0,33). 2019 wurden in Indien 1.731 Menschen durch polizeilichen Schusswaffengebrauch getötet.

Brasilien, mit einer Bevölkerung von über 200 Millionen Einwohnern, steht in der Vergleichsgruppe – sofern offizielle Zahlen für die einzelnen Länder vorliegen – an der Spitze: Die Häufigkeitsziffer beträgt 2,99 Getötete pro 100.000 Einwohner. Zu den Ländern mit sehr niedrigen Fallzahlen gehören die Niederlande mit einem, die Schweiz mit zwei, Belgien und Großbritannien mit drei durch Polizisten tödlich getroffenen Menschen. Die Bildung einer Häufigkeitsziffer hat für diese Länder aufgrund der niedrigen Fallzahlen keinen Sinn.

Die Zahl der Menschen, die in Deutschland im Rahmen von Polizeieinsätzen erschossen werden, ist im internationalen Vergleich sehr gering. Dies ist auf eine Reihe von Faktoren, wie die bestehenden Rechtsgrundlagen, die Ausbildung der Polizei und die Kriminalitätsrate, zurückzuführen. Die deutsche Polizei verwendet Schusswaffen nur als letztes Mittel, um eine unmittelbare Gefahr für das Leben Dritter und von Polizistinnen und Polizisten abzuwenden. Jeder Schusswaffengebrauch wird intensiv untersucht.

An den Beispielen Brasilien und Vereinigte Staaten von Amerika lassen sich die Ursachen der hohen Todesfallzahlen durch Polizeischüsse im internationalen Vergleich zeigen.

Hohe Kriminalitätsrate in Brasilien

Die große Anzahl von Todesfällen durch Polizeischüsse in Brasilien (2022: 6.430) lässt sich durch mehrere Faktoren erklären: Das Land hat eine hohe Kriminalitätsrate einschließlich schwerer Gewaltverbrechen. In vielen Fällen sehen sich die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit gefährlichen Situationen konfrontiert, in denen sie sich gezwungen sehen, Schusswaffen einzusetzen, um sich selbst oder andere zu schützen. Das brasilianische Justizsystem hat mit erheblichen Herausforderungen zu kämpfen, darunter lange Verfahrensdauern und hohe Straffreiheitsraten. Korruption innerhalb der Polizei ist ebenfalls ein weit verbreitetes Problem. Dies kann dazu führen, dass Polizeieinsätze verraten werden und die Täterinnen und Täter sich gezielt auf Polizeieinsätze, auch mit Schusswaffen, vorbereiten können.

Ein Teil der Polizeibeamten in Brasilien hat möglicherweise eine unzureichende Ausbildung und verfügt damit über nur begrenzte Ressourcen, um Konflikte gewaltfrei zu lösen. Die brasilianische Gesellschaft ist durch eine erhebliche soziale Ungleichheit und Armut geprägt, was sich verschärfend auf die Kriminalität auswirkt. Die Polizei muss verstärkt in benachteiligten Gemeinschaften aktiv sein, was wiederum das Konfliktpotenzial erhöht. Es ist wichtig, zu betonen, dass es in Brasilien durchaus Bemühungen gibt, die Situation zu verbessern. Menschenrechtsorganisationen, die Zivilgesellschaft und einige Regierungsstellen arbeiten daran, eine Polizeireform auf den Weg zu bringen und die Ausbildung der Polizei zu stärken, um den Schusswaffengebrauch zu reduzieren. Insgesamt bleibt Polizeigewalt nach wie vor ein drängendes Problem in Brasilien, das weiterhin intern erhebliche Anstrengungen sowie internationale Aufmerksamkeit erfordert.

Regelungen in den USA

Betrachtet man die Häufigkeitsziffer des polizeilichen Schusswaffengebrauchs in den USA, ergibt sich ein differenziertes Bild, das sich von der hiesigen öffentlichen Wahrnehmung unterscheidet. Gleichwohl sterben in den USA jedes Jahr rund 1.000 Menschen im Zusammenhang mit einem polizeilichen Schusswaffengebrauch. Die große Anzahl von Getöteten steht teilweise im Zusammenhang mit dem Recht der Bürger, Schusswaffen zu besitzen. In den USA wird der Schusswaffengebrauch von Polizisten von Bundesstaat zu Bundesstaat und sogar von Polizeibehörde zu Polizeibehörde unterschiedlich geregelt. Dies hat zu einer kontroversen und breiten Debatte in den USA über den Einsatz von Schusswaffen durch die Polizei geführt.

Hauptgründe für die Probleme in den USA sind:

Erstens: Bewaffnung der Bevölkerung. Innerhalb der Bevölkerung sind Schusswaffen weit verbreitet, was grundsätzlich zu einem erhöhten Risiko von bewaffneten Konfrontationen führt. Polizeibeamte in den USA sind oft gezwungen, schnell in Situationen zu reagieren, in denen Waffen mit im Spiel sind.

Zweitens: unterschiedliche Polizeipraktiken. Eine einheitliche nationale Politik für den Schusswaffengebrauch der Polizei liegt nicht vor, was zu unterschiedlichen Vorgehensweisen und Standards führen kann. Dies ergibt sich aus der föderalen Struktur der USA. Polizeipraktiken variieren somit von Bundesstaat zu Bundesstaat, manchmal sogar von Polizeibehörde zu Polizeibehörde.

Drittens: Schulung und Deeskalation. Die Qualität der Polizeiausbildung und die Betonung von Deeskalationsstrategien weichen teilweise deutlich voneinander ab. In einigen Fällen gibt es möglicherweise unzureichende Schulungen in Konfliktbewältigungs- und Deeskalationstechniken.

Viertens: rassistische und soziale Ungleichheit. Die USA haben mit rassistischen und starken sozialen Ungleichheiten zu kämpfen. Studien haben nachgewiesen, dass Menschen aus ethnischen Minderheiten weit häufiger von Polizeigewalt betroffen sind. Diese Problematik hat zu Protesten und Forderungen nach Polizeireformen geführt.

Fünftens: rechtliche Standards. Die rechtlichen Standards für den Schusswaffengebrauch variieren von Bundesstaat zu Bundesstaat. In einigen Bundesstaaten sind sie weniger restriktiv als in anderen, was die Anzahl der polizeilichen Schießereien beeinflussen kann.

Viele Polizeibeamte in den USA arbeiten in extremen Druck- und Gefahrensituationen und sehen sich gezwungen, Schusswaffen einzusetzen, um das eigene oder das Leben anderer Menschen zu schützen. Dennoch geben die hohen Zahlen von Schusswaffeneinsätzen durch die Polizei dringenden Anlass zu Reformen und haben zu Diskussionen über eine verbesserte Schulung und Deeskalation sowie die Notwendigkeit einheitlicherer Standards geführt. Sicher stellt umgekehrt die große Zahl der im Dienst durch Schusswaffen getöteten Polizisten in den USA eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. Als Beispiel könnte hier der Nachbarstaat Kanada dienen, der in den letzten acht Jahren mit 32 bis 69 getöteten und 37 Millionen Einwohnern statistisch gesehen deutlich besser als die USA dastehen.

Strenge Regulierung in Deutschland

In Deutschland unterliegt der Schusswaffengebrauch der Polizei strengen rechtlichen und operativen Rahmenbedingungen. Die Verwendung von Schusswaffen durch die Polizei ist auf die Abwehr einer gegenwärtigen, rechtswidrigen Gefahr für Leib oder Leben beschränkt, wie es in Paragraph 32 Strafgesetzbuch festgelegt

ist. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist von entscheidender Bedeutung. Der Schusswaffengebrauch darf nur das letzte Mittel sein, wenn mildere Mittel zur Gefahrenabwehr nicht ausreichen oder nicht möglich sind. Die Polizei darf Schusswaffen auch zur Nothilfe einsetzen, um andere Menschen vor einer akuten Lebensgefahr zu schützen. Dies kann, sofern die Gefahr nicht anders abgewehrt werden kann und der Einsatz der Schusswaffe verhältnismäßig ist, auch ein gezielter Rettungsschuss sein.

Jeder Schusswaffengebrauch wird gründlich untersucht. Es herrschen eine strenge Kontrolle und Rechenschaftspflicht, um sicherzustellen, dass der Einsatz rechtmäßig und angemessen war. In vielen Bundesländern werden die Schusswaffengebräuche durch die Landeskriminalämter untersucht, so auch seit 2022 beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg. Die Ermittlungen selbst profitieren bei diesen Regelungen insbesondere von dem gesammelten Erfahrungswissen. Wichtig ist, dass die Delikte transparent, neutral und umfänglich aufbereitet werden. Die Öffentlichkeit wird über Untersuchungsergebnisse informiert, um das Vertrauen in die Arbeit der Polizei aufrechtzuerhalten. Die Polizei in Deutschland legt großen Wert auf Deeskalationstechniken und Schulungen, um Konfrontationen gewaltfrei zu lösen.

Der Schusswaffengebrauch der Polizei mit tödlichem Ausgang ist ein in der Öffentlichkeit aufmerksam und kritisch wahrgenomme-

nes Thema, das eine sorgfältige Abwägung der rechtlichen Rahmenbedingungen, der Notwendigkeit in Extremsituationen und der Bemühungen um eine bessere Schulung und Deeskalation erfordert. Die Gesellschaft erwartet von der Polizei, Leben zu schützen, aber auch, dass sie ihre Befugnisse verantwortungsvoll ausübt und bei Fehlverhalten rechenschaftspflichtig agiert. Dies ist eine anspruchsvolle Verpflichtung, die ständig überwacht und angepasst werden muss, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Polizeiarbeit zu bewahren.

Insgesamt zeigt der internationale Vergleich, dass kulturelle, rechtliche und soziale Unterschiede erhebliche Auswirkungen auf die Häufigkeit des Schusswaffengebrauchs der Polizei haben. Die Debatte über die Notwendigkeit von Reformen, verbesserte Schulung und einheitliche Standards bleibt in vielen Ländern bestehen, und die Gesellschaften versuchen, das Gleichgewicht zwischen Sicherheit und dem Schutz der Bürgerrechte zu finden. Während einige Nationen den Schusswaffengebrauch der Polizei sehr restriktiv handhaben und auf Deeskalation setzen, haben andere eine liberalere Politik, die zu mehr Schusswaffeneinsätzen führt. Die Debatte darüber, wie der Schusswaffengebrauch der Polizei in verschiedenen Ländern reguliert werden sollte, wird intensiv geführt und hat erhebliche Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Polizei und Gesellschaft.

Im Gewand der Moral

Über die nicht zuletzt linken Wurzeln des gegenwärtigen Judenhasses

Marko Martin

Geboren 1970 in Burgstädt, lebt, sofern nicht auf Reisen, als Schriftsteller in Berlin. Nach dem literarischen Tagebuch „Die letzten Tage von Hongkong“ erschien soeben sein Essayband „Brauchen wir Ketzer?“ Stimmen gegen die Macht“ (Arco Verlag, Wien).

Wäre es nicht so unendlich deprimierend, es ließe sich sagen: Deutschland entdeckt, dass es auch linken Antisemitismus gibt – wieder einmal. Dabei ist das Überraschendste

das Verdutztsein selbst. Als wäre das „Nieder mit Israel/Stoppt den Zionismus“-Gebrüll der letzten Wochen, in das auch zahllose linke bis linksextreme (Klima-)Aktivisten lautstark mit einstimmten, ein Novum. Als hätte das eliminatorische, Israel bereits rhetorisch ausradierende „From the river to the sea/Palestine will be free“ keinerlei historische Vorgänger, als geschähe derlei nicht in einem ganz bestimmten historischen Rahmen, in einem über Jahrzehnte lang eifrig kultivierten Mindset.

Hatte man bereits vergessen, dass – neben „Ho-Ho-Ho-Chi-Minh“ und der kriegerischen Parole „Schafft ein, zwei, viele Vietnam“ – auf nicht wenigen 68er-Demonstrationen auch der Slogan „Schlagt die Zionisten tot / Macht den Nahen Osten rot“ skandiert worden war? Dass danach zahlreiche junge Terroristen der *Rote Armee Fraktion* (RAF) in Camps der Palästinensischen Befreiungsorganisation (*Palestine Liberation Organization*, PLO) nahe der israelischen Grenze ausgebildet worden waren und man gewiss nicht Psychologie studiert haben muss, um zu erkennen, von welchem Motiv diese deutschen Täter-Sprösslinge dabei angetrieben wurden? Ganz gewiss war dies nicht zuvörderst die „internationale Solidarität“ oder die Empathie mit den „Verdammten dieser Erde“ – solange die Bewohner des Westjordanlandes und des Gazastreifens noch unter jordanischer beziehungsweise ägyptischer Herrschaft standen, hatte niemand von „Neokolonialismus“ gesprochen. Auch die um Erklärung bemühte These, Teile der Linken hätten nach ihrer Enttäuschung über die konsumorientierte, reformistische anstatt revolutionsdürstende westliche Arbeiterklasse ab Mitte der 1960er-Jahre nun eben die sogenannte „Dritte Welt“ (heute, nicht weniger homogenisierend, den „globalen Süden“) als Objekt ihrer Projektionen entdeckt, greift zu kurz. Weshalb dann die nahezu alleinige Fokussierung auf Israel als „Tätarnation“ inklusive der schon manischen Verwendung von eindeutig assoziierenden Vokabeln wie „fascistisch, nazistisch, völkermordend, Ghetto Gaza“ et cetera?

Wer all dies nun für „alte Kamellen“ hält, argumentiert ahistorisch und unterschätzt die Kontinuität eines toxischen Wahns, der in Wirklichkeit eben alles andere als „neu“ ist. Denn so brandgefährlich der importierte Antisemitismus in gewissen migrantischen Milieus auch ist und so bösartig weiterwuchernd der Judenhass der Rechtsextremen – es führt kein

Weg daran vorbei, auch jenen „autochthonen“ Antisemitismus in den Blick zu nehmen, der seinen Namen nicht nennt, sondern sich vermeintlich progressiv wahlweise „antizionistisch“ oder „antikolonialistisch“ gibt.

Wüste Agitprop im Nazi-Stil

So zeigte bereits vor dem Hamas-Massenmord vom 7. Oktober 2023 der Skandal um die jüngste Kasseler *documenta*, wie bestimmte Kulturmilieus in Deutschland „ticken“. Man erinnere sich: Unter den verschämt wohlwollenden Blicken deutscher Kuratorinnen und Kuratoren war wüste Agitprop im Nazi-Stil gezeigt worden, so etwa Schweinsgesichter mit Davidstern und der Bezeichnung „Mossad“. Da jedoch Auswärtige, in diesem Fall ein indonesisches „Künstlerkollektiv“, die Auswahl getroffen oder selbst gepinselt hatten, wurde dies als „kritischer Beitrag des globalen Südens“ nobilitiert, über den man („selbstverständlich durchaus auch kritisch, doch ergebnisoffen“) diskutieren müsse, um sich nicht „germano-zentristischer Arroganz“ schuldig zu machen. Den fein gewundenen Sprech auf Deutsch übersetzt: Zumindest *die* sollen sagen dürfen, was *uns* – noch – nicht erlaubt ist.

Weshalb sich jedoch ausgerechnet linke Maleraktivisten aus Indonesien auf Israel einschließen, anstatt gesellschaftliche Malaisen ihres eigenen Landes zu visualisieren, wurde selbstverständlich *nicht* erfragt. Vielleicht auch deshalb nicht, weil es sich im internationalen „progressiven“ Diskurs längst von selbst versteht, dass ausgerechnet das demokratische, multireligiöse und multiethnische Israel die universelle Chiffre für alles darstellt, was mit den Slogans „oppression/repression/white supremacy“ assoziiert wird? Galten früher „die“ Juden den Rechten als ruchlose Aufrührer und Revolutionäre – während sie im Stalinismus dem oft tödlichen Verdikt anheimfielen,

„bourgeoise Kosmopoliten“ zu sein –, werden sie nun von links als „weiße Kolonialisten“ gelabelt. (Wobei Rechtsextreme natürlich weiterhin aktiv verbreiten, Juden „treibe ein Hass gegen Weiße“ an – so zuletzt in einem millionenfach geteilten Tweet auf der Plattform X, vormals Twitter, den ihr Besitzer Elon Musk denn auch prompt mit dem skandalösen Kommentar „Das ist tatsächliche Wahrheit“ versah.)

Die Anwürfe tauschen dabei lediglich rasant die Begrifflichkeiten; deprimierend konstant geblieben ist die Fixierung auf eben „die“ Juden, ergo den Staat Israel.

Wobei sich die pure Infamie im Laufe der Jahre immer geschickter als besorgte Moral zu tarnen weiß. Ein solches Muster war etwa bereits 2020 bei der sogenannten *Initiative GG 5.3 Weltoffenheit* offenbar geworden: Nachdem der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit die Resolution verabschiedet hatte, die israelfeindliche Boykottbewegung *Boycott, Divestment and Sanctions BDS* nicht auch noch mit Steuergeldern zu fördern, war in Dutzenden staatlich subventionierten Kulturinstitutionen wie etwa dem Goethe-Institut und der Kulturstiftung des Bundes großes Geschrei entbrannt – die grundgesetzlich geschützte Kunst- und Wissenschaftsfreiheit sei in Gefahr. Und auch hier wieder die klassische Täter-Opfer-Umkehr: Nicht etwa „Künstler*innen und Aktivist*innen“, die diese aktuelle Version eines „Kauft nicht beim Juden“ unterstützen, seien problematisch, sondern der deutsche Staat, der dafür keine Finanzmittel bereitstelle.

Schweigen in selbsterklärt „achtsamen“ Milieus

Angesichts des Hamas-Massakers blieb ein ähnlicher Protest-Aufschrei freilich aus. Und trotz zahlreicher dokumentierter Fälle religiös abgeseigneter Massenvergewaltigungen (und anschließend bestialischer Ermordungen der

Frauen) blieben auch weltweit jene Feministinnen und Frauenorganisationen der Vereinten Nationen vernehmlich still oder zögerlich, die sich in anderen Fällen doch stets in erfreulicher Klarheit zu Wort melden.

Wohlgemerkt: Dieses Schweigen kommt nicht zuletzt aus dem Dunstkreis eines selbsterklärt kritischen und „achtsamen“ Milieus, in dem man sonst kaum einen Anlass versäumt, „ein Zeichen zu setzen“, „Betroffenheit zu zeigen“ oder einen Aufruf, eine Petition, eine Massendemonstration et cetera zu starten. Der in Russland geborene und seit 1995 in Deutschland lebende jüdische Pianist Igor Levit hatte kürzlich im Berliner Ensemble ein Solidaritätskonzert gegen Antisemitismus organisiert – wobei die Initiative von *ihm* ausgegangen war; andere Kulturinstitutionen hatten aus mehr oder minder fadenscheinigen Gründen abgesagt. Wer den Künstler in aktuellen Interviews sieht, erlebt einen zutiefst aufgewühlten und verletzten Menschen, der um Worte ringt, um das eiskalte Verdrängen oder relativierende Lavieren eines links-aktivistischen Milieus zu verstehen, von dem er sich doch eigentlich Solidarität erwartet hatte.

„Internationale der Einäugigen“

Noch dramatischer ist die Situation an westlichen Eliteuniversitäten von Harvard bis Cambridge, auch an der Berliner Universität der Künste, wenn sich dort regelmäßig Hunderte Studenten einfinden, um in aggressiven Sprechchören Israel des „Genozids“ anzuklagen – und gleichzeitig kein einziges Wort des Abscheus gegenüber der erzreaktionären, fundamentalistischen und darüber hinaus selbstverständlich misogynen und homophoben Hamas finden. Die Geschichten von jüdischen Studenten und Dozenten, die auf solchen Manifestationen brutal niedergeschrien werden oder gar flüchten müssen, sind keine Einzelfälle mehr.

Wer bereits die robust verweigerte Israelsolidarität auf den „Kein Blut für Öl“-Demonstrationen in den ersten Wochen des Jahres 1991 erlebt hat, wird inzwischen sogar eine Steigerung des Judenhasses konstatieren müssen – nicht zuletzt aufgrund der Schnelligkeit der neuen „sozialen Medien“ und ihrer besonderen Anfälligkeit für kontextfreie Bilder, Slogans und sich schwarmartig aufputschende Likes, Tweets und Re-Tweets. Dennoch wären erneute Blicke zurück nicht nur von historischem Interesse, sondern könnten auch jene Schichtungen und Prägungen offenlegen, die in einem bestimmten, durchaus auch ins Linksbürgerliche ausgreifenden Gesellschaftssegment *immer* vorhanden waren, wenn auch in wechselnder Offensichtlichkeit.

Man erinnere sich: Nachdem – völlig unprovokiert, dafür aber selbst als Provokationsstrategie gedacht – Iraks massenmörderischer Machthaber Saddam Hussein den Staat Israel mit Scudraketen angreifen ließ und drohte, das ganze Land „in ein Krematorium zu verwandeln“, als junge und alte Israelis, darunter Holocaust-Überlebende, mit Gasmasken in ihren Kellern saßen, da reckten sich hierzulande nicht zu knapp deutsche Moralistenfinger, um Israel „zur Besonnenheit“ zu mahnen. Ganz vorn dabei jene, die zuvor ihre Dauerkritik an der Bundesrepublik und ihr Schönreden der DDR gern durch den Vorwurf zu legitimieren trachteten, der Westteil des Landes habe den Nationalsozialismus nicht gründlich genug aufgearbeitet. Es ist dabei nicht ohne Ironie, dass sich mit den inzwischen verstorbenen Günter Grass und Walter Jens zwei Intellektuelle be-

sonders exponierten, über die einige Jahre später ruchbar wurde, dass sie in ihrer Jugend Mitglied der Waffen-SS beziehungsweise der NSDAP waren. Auf den damaligen Massendemonstrationen, für die auch sie die Stichworte geliefert hatten, ging es übrigens – nunmehr im Namen des Pazifismus – auch darum, eine Lieferung von *Patriot*-Abwehrraketen an Israel unbedingte zu verhindern. Wäre es tatsächlich dazu gekommen, jüdisches Leben (auch das Leben arabischer Israelis) wäre noch zusätzlich gefährdet und dem Schlächter aus Bagdad ausgeliefert worden.

Die Beispiele ließen sich fortführen. Als jüngstes, doch gewiss nicht letztes wäre da jene Ansammlung junger Leute, die sich zu einem Sitzstreik vor dem Berliner Kanzleramt zusammengefunden hatten und mantraartig „Free Palestine from German guilt“ riefen. Womit die Grenzen zur extremen Rechten, die ja nicht nur durch ihren Frontmann Björn Höcke ein „Ende des deutschen Schuldkults“ fordert, verschwammen.

Vor allem belegt es eine denkbar üble (und auch keineswegs rein deutsche) Kontinuität, für die einst bereits der unbestechliche Chronist und Holocaust-Überlebende Ralph Giordano die präziseste Definition gefunden hatte: „Diese trauerunfähige, selektiv argumentierende und Israel hassende Linke ist Teil jener unsäglichen ‚Internationale der Einäugigen‘, die in einem Teil der Welt das anklagt, was sie in einem anderen Teil der Welt rechtfertigt.“

Anmerkung der Redaktion: Dies ist der erste Teil einer Reihe von Beiträgen zum Thema „Antisemitismus“, die in diesem Jahr fortgesetzt wird.

Generationengerechtigkeit

Ronja Kemmer

Geboren 1989 in Esslingen am Neckar, Vorsitzende der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie Präsidiumsmitglied der CDU Deutschlands.

Die Krisen unserer Zeit meistern wir gemeinsam oder gar nicht

Junge Menschen wachsen heute in einem nie da gewesenen Wohlstand auf. Zugleich erleben sie einen Dauerzustand nicht enden wollender Krisen: Corona, Krieg, Inflation.

Sie werden darüber hinaus in einem Umfeld erwachsen, das mehr und mehr von Gegensätzen geprägt ist. Junge Menschen sind global vernetzt, und doch ist Einsamkeit bei Jugendlichen weit verbreitet. Sie kennen keine innereuropäischen Grenzen mehr. Das eröffnet neue Wege und Perspektiven. Und obwohl die jungen Generationen dadurch ein Höchstmaß an Möglichkeiten haben, empfinden sie ein gesteigertes Sicherheitsbedürfnis und eine sinkende Risikobereitschaft. Trotz wirtschaftlichen Wohlstands kann die Jugend kaum Vermögen aufbauen; insbesondere fehlen die Mittel, um ein Eigenheim

zu erwerben. Wie beeinflusst dies junge Menschen? Und was kann die Politik tun, um ihnen gute Voraussetzungen zu bewahren, aber auch Stabilität zu geben? Was bedeutet heute Generationengerechtigkeit? Und wie lässt sie sich umsetzen?

Kompromiss als Kardinaltugend

Bereits der 1972 veröffentlichte Bericht des *Club of Rome* über *Die Grenzen des Wachstums* hat sich mit dem Umgang mit den natürlichen Ressourcen beschäftigt. Dennoch gab es zu wenige praktische Schlussfolgerungen. Es ist daher grundsätzlich nachvollziehbar, dass diese Fragen viele junge Menschen weltweit bewegen und diese auch auf Lösungen drängen. Doch der Umgang miteinander wird rauer, nicht nur, weil Jugendliche andere Meinungen als ihre Elterngeneration haben und diese unterschiedlich vertreten. Das ist nichts Neues. Was sich verändert hat, ist der Ton im demokratischen Diskurs. Das hat viele Gründe. Auch hier spielen Extreme eine Rolle, es scheint nur noch Schwarz oder Weiß zu geben. Wer am lautesten schreit, wer am meisten zuspitzt und verkürzt, wird gehört. Besonders im politischen Bereich wird das Ringen um den bestmöglichen Kompromiss als Schwäche ausgelegt, sein Wert wird nicht mehr erkannt oder geschätzt.

Das hat Auswirkungen auf die politische Debattenkultur. Respektvolles Diskutieren und politisches Streiten sind wichtig für die Demokratie und in einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft üblich. Beides ist für den besten möglichen Kompromiss unvermeidbar. Der jüngst verstorbene Wolfgang Schäuble bezeichnete den Kompromiss als Kardinaltugend der Demokratie. Doch wir scheinen die Kompromissfähigkeit mehr und mehr zu verlieren. Und diese Lücke füllt der Populismus, der zur Lösung der Probleme nicht beiträgt –

ganz im Gegenteil. Wir müssen wieder mehr ins Gespräch kommen, zwischen den Generationen und über alle Bundesländer hinaus. Wir brauchen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das zeigt sich heute deutlicher als je zuvor – er wird jedoch nicht einfach vom Himmel fallen, wir müssen ihn auch wieder erlernen und einfordern. Auch deswegen ist ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr sinnvoller denn je.

Auch müssen wir die Familie als kleinste und zentralste Einheit unseres Gesellschaftsmodells stärken. Die dafür richtigen Voraussetzungen haben wir – der Wert von Familie hat nicht abgenommen, auch nicht bei jungen Menschen. Familien leisten Sorgearbeit für junge, alte und kranke Menschen. Acht von zehn Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt. Außerdem brennt vielen Eltern das Thema Kinderbetreuung auf den Nägeln. Wir als Junge Gruppe in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wollen Familien verstärkt in der Sorgearbeit unterstützen. Eine weitere zentrale Säule der Generationen- und Ressourcengerechtigkeit ist der Aspekt des Hinterlassens – es geht darum, materielle und natürliche Ressourcen zwischen den Generationen gerecht zu verteilen. Dabei teilt sich die Erbschaft in das Vermögen und die Erblasten, wie zum Beispiel Schuldenberge, mit der künftigen Generationen belastet werden. Es geht darum, so verantwortungsvoll zu leben, dass nachfolgende Generationen von diesen unzumutbaren Lasten verschont bleiben.

Ernüchternde Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands

Das Ziel besteht aber nicht allein darin, Erblasten zu verhindern, sondern vielmehr darin, künftigen Generationen eine „Erbschaft“ zu hinterlassen, auf der sie aufbauen können und die die Grundlage für die Schaffung ihrer Zukunft bildet. Eine tragende Säule für diese

Erbschaft ist Bildung, doch die letzten PISA-Ergebnisse sind erschütternd. Nicht das Herabsetzen von Standards und Leistung, von fachlicher Expertise und selbst von grundlegenden Fähigkeiten wie Rechnen, Schreiben und Lesen ist der richtige Ansatz. Gleiches gilt, wenn Werte wie Anstand und Respekt nicht mehr ausreichend vorgelebt werden. Wir müssen die politische Bereitschaft aufbringen und auch die öffentliche Diskussion aushalten, in diesen Bereichen wieder mehr einzufordern; nicht nur, weil der Einzelne davon profitiert, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes. Gleichzeitig werden wir den Diskurs aushalten müssen, was der Staat künftig noch leisten kann, und das bedeutet in der Konsequenz auch, bürokratische Anforderungen zu senken. Wir können die über Jahrzehnte aufgebauten überkomplexen und ausufernden Auflagen weder finanziell noch personell weiterhin aufrechterhalten. Meines Erachtens liegt darin kein Widerspruch, sondern es sind zwei Seiten einer Medaille einer Staats- und Gesellschaftsidee, die ohne Eigenverantwortung nicht funktionieren kann.

Schon die demografische Entwicklung wird uns zwingen, umzudenken. Dazu kommt das dicke Brett der Finanzierung des Sozialstaats. Im Jahr 2023 lag der Bundeszuschuss für die Rente bei 121 Milliarden Euro und damit bei 26 Prozent des Bundeshaushaltes – nur für den Zuschuss, der nicht durch die Umlage gedeckt ist. Umso mehr muss die Rente auch in Zukunft eine belastbare Zusage sein, die den Lebensstandard im Wesentlichen sichert. Um diese Zusage einhalten zu können, muss die Rentenaltersgrenze in dem Maße, wie sich die Lebenserwartung entwickelt, kontinuierlich angepasst werden. Auch muss das Erwerbspotenzial erhöht werden, und eine zusätzliche kapitalgedeckte Säule ist notwendig. Trotz vieler Versprechungen der FDP zum Generationenkapital ist auch in 2023 kein Geld in den Kapitalstock der Aktienrente geflossen – die

Erweiterung der Rente durch eine kapitalgedeckte Säule scheint also keine Priorität der Bundesregierung zu sein. Das Ziel muss sein, alle drei Säulen der Rente – gesetzlich, betrieblich, privat – zu stärken.

Dafür ist es zentral, Voraussetzungen für langfristiges Planen zu gewährleisten. Wenn Investitionen der Wirtschaft fehlen, fehlen uns auch die Innovationen, die Grundlage sowohl für Wohlstand als auch für die Bewältigung des Klimawandels bilden. Der heutige Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist ernüchternd. Das Wachstum in Deutschland gehört zum letzten Drittel der Eurozone. Im November 2023 liegt die Arbeitslosenzahl um 172.000 höher als im November des vorherigen Jahres. Im Jahr 2022 ist aus Deutschland Kapital im Umfang von 125 Milliarden Euro abgeflossen, aber nur zehn Milliarden sind heimisch investiert worden – dieser Kapitalabfluss ist der höchste seit zwanzig Jahren. Zwischen unserem Anspruch und unserer eigenen Leistungsfähigkeit klafft eine Lücke. Unternehmer klagen täglich über den Fachkräftemangel. All das sind Faktoren, die bei weiterer Stagnation schleichend den Wohlstand schrumpfen lassen. Währenddessen diskutiert die junge Generation über eine Vier-Tage-Woche. Das kann nur zu Konflikten führen. Besonders im Hinblick auf den demografischen Wandel, der eigentlich fordert, dass wir mehr arbeiten.

Technologieoffenheit und stabile Finanzen

In diesem Kontext bedeutet Generationengerechtigkeit, dafür zu sorgen, dass junge Menschen auch in Zukunft die besten Chancen haben – finanziell und beruflich. Wenn wir weiter an der Spitze der Wohlstandspyramide leben wollen, dann muss Deutschland in der Wettbewerbsfähigkeit wieder führend werden. Dazu brauchen wir gesteuerte Migration in

den Arbeitsmarkt (und nicht ungesteuerte und illegale Migration ohne Grenzen) und Technologieoffenheit. Wirkliche Erbschaften sind im Bereich der Technologieoffenheit beispielsweise die weitere Entwicklung und Anwendung von Technologien, die dabei helfen, CO₂ abzuscheiden, zu speichern und als Rohstoff zu nutzen. So haben wir als Junge Gruppe im vergangenen Jahr mit *LiveEO* gesprochen. Dieses Start-up hat eine Künstliche Intelligenz entwickelt, die Erdbeobachtung in neuer Präzision ermöglicht und sowohl im Umweltschutz, etwa durch das Beobachten von Aufforstungsprojekten, als auch in der Wirtschaft durch das Überwachen von kritischer Infrastruktur und Lieferketten zum Einsatz kommt. Technologieoffenheit gepaart mit Künstlicher Intelligenz hat eine Zukunftstechnologie mit enormen Einsparpotenzialen verwirklicht.

Eine Säule für Wettbewerbsfähigkeit sind solide Finanzen. Dabei geht es um das Geld, das wir heute über jahrzehntelang laufende Staatsanleihen aufnehmen und das die jüngeren Generationen morgen zurückzahlen müssen. Das betrifft auch die Schuldenbremse, die wesentliche Voraussetzung für finanzielle Nachhaltigkeit ist. Die Kernbotschaft der „Schwarzen Null“ lautet: Der Staat gibt in normalen Zeiten nicht mehr aus, als er einnimmt. Deswegen ist es kein Regelbruch, dass man in einer Sondersituation wie einer Pandemie oder eines russischen Angriffskriegs Ausgaben tätigt, die man nicht aus dem laufenden Haushalt finanzieren kann. Die Aufnahme von Krediten zur Konjunkturstimulierung in Krisenzeiten ist richtig, solange die Rückzahlung nicht aus dem Blick gerät. Die Notwendigkeit der Tilgung wird jedoch oft übersehen.

Die Folge sind kontinuierlich anwachsende Schulden sowie mittel- und langfristig Inflation. Stabile Finanzen und Wirtschaft sind nicht nur die Basis für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die beste Prävention sozial

ungerechter Politik, sondern ihre Wahrung ist ein wesentlicher Bestandteil generationengerechter Politik.

Zu hohe Anspruchshaltung

Die Vermutung und das sich vor allem bei den jungen Generationen ausbreitende Gefühl, es gebe keine Grenzen und der Staat als Allheilmittel könne mit genug Geld alle Probleme lösen, sind falsch. Die Anspruchshaltung ist stark gewachsen, insbesondere die grundlegende Erwartungshaltung gegenüber dem Staat. Doch die Ressourcen erweisen sich mit wachsender Brisanz wieder als knapp und begrenzt. Nur durch ihre Knappheit gewinnen sie an Wert – dieses einfache ökonomische Prinzip scheint in vielen jungen Köpfen an Bedeutung zu verlieren. Wir müssen also hinterfragen, welche Werte auch die Politik an die jungen Generationen vermittelt hat. Das Handeln der Politik muss wieder verdeutlichen: Jeder ist für sich selbst verantwortlich, der Staat bildet lediglich den subsidiären Rahmen für ein eigenverantwortliches Zusammenleben.

Mein Eindruck ist, dass die junge Generation nach dem Sinn von Leistung fragt – zu Recht: Ist es überhaupt noch realisierbar, in eine Großstadt zu ziehen? Warum sich anstrengen, wenn es sowieso nicht möglich ist, Eigentum zu bilden? Will ich ohne diese Perspektive so viel arbeiten wie meine Eltern? Und sie hat die Möglichkeit, diese Frage anders zu beantworten als ihre Eltern – mit Folgen für die Gesellschaft.

Was ist heute eine aussichtsreiche Perspektive? Es gilt, eine Gratwanderung zu meistern: Die Politik muss die Zukunft künftiger Generationen mitdenken und die Basis ihrer Zukunftsgestaltung schaffen, ohne für sich in Anspruch zu nehmen, sie wüsste, wie der Alltag und die Herausforderungen in zwanzig Jahren im Detail aussehen werden. Anhand des

heutigen Wissens können wir Rahmenbedingungen schaffen, die es ermöglichen, sich selbst zu entfalten und eigenverantwortlich zu handeln. Wir können heute nicht auf alle künftigen Fragen die einzig richtige Antwort geben. Wir sind aber verantwortlich dafür, denjenigen, die das können müssen – den künftigen Generationen –, langfristig die richtigen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das gelingt nur, wenn wir an die Eigenverantwortung appellieren – an die aller Menschen. Die vermeintlich bequeme Vorstellung, dass der Staat alle Probleme lösen kann, wird fatale Folgen haben und muss scheitern. Wir müssen eine bessere Balance zwischen Fördern und Fordern finden. Um ein selbstbestimmtes Leben zu führen und seine Lebenschancen ergreifen zu können, braucht es diese Balance. Meine Überzeugung ist, dass Politik jüngeren Menschen ihre Zukunftschancen verweigert, wenn sie sie nicht auch fordert.

Generationengerechtigkeit wird oftmals als etwas betrachtet, das erst in Zukunft

eintreten kann. Das ist das große Missverständnis. Denn Generationengerechtigkeit betrifft nicht nur das, was die einen den anderen hinterlassen, sondern beschreibt auch eine fortwährende Solidarität zwischen den Generationen. Corona hat gezeigt, wie verletzlich die globale Gesellschaft und wie groß die Abhängigkeiten voneinander sind – auch und vor allem zwischenmenschlich. Viele junge Menschen spüren heute zum ersten Mal eine echte Bedrohung durch Krieg und können die Ängste, die viele Ältere durch ihr ganzes Leben tragen, auf einmal besser verstehen. In diesen Punkten sind wir bereits zusammengerückt, ohne es zu merken. Aber wir brauchen mehr Zusammenarbeit zwischen den Generationen. Die Krisen unserer Zeit meistern wir gemeinsam oder gar nicht.

Dies ist der erste Teil einer Reihe von Beiträgen von Mitgliedern der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

„Eine Ausnahmeerscheinung der deutschen Politik“

Wolfgang Schäuble

Norbert Lammert

Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

* 18. September 1942 in Freiburg im Breisgau
† 26. Dezember 2023 in Offenburg

Wolfgang Schäuble hat deutsche Geschichte geschrieben.

Über fünf Jahrzehnte prägte er im Deutschen Bundestag, als Bundesminister und als Bundestagspräsident die Entwicklung unseres Landes maßgeblich. Er hat sich durch sein jahrzehntelanges politisches und gesellschaftliches Engagement große Verdienste um Deutschland erworben. Bis zuletzt hat er sich für unser Land und unsere Demokratie eingesetzt. Mit seinem Tod am 26. Dezember 2023 haben wir einen großen Demokraten verloren.

Das politische Engagement für die Union war Wolfgang Schäuble in die Wiege gelegt; bereits sein Vater war Abgeordneter im Badischen Landtag für die CDU. In jungen Jahren trat Wolfgang Schäuble in

Foto: @picture alliance / Sven Simon / Frank Hoermann / SVEN SIMON



die Junge Union ein und errang 1972 sein erstes Direktmandat für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis Offenburg. Das sollte er in den nächsten fünf Jahrzehnten insgesamt vierzehn Mal ununterbrochen wiederholen. Es war der Beginn einer politischen Biographie, in der Schäuble eine beispiellose Anzahl politischer Spitzenämter in der Partei, dem Parlament und der Regierung ausübte – von Ministerämtern über den Fraktions- und Parteivorsitz bis hin zum Amt des Bundestagspräsidenten. Diese außergewöhnliche politische Karriere brachte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit einem treffenden Vergleich auf den Punkt: „Er gehört zum politischen Inventar der Bundesrepublik wie der Kaffee zum Frühstück.“

Schäuble war mehr als ein tatkräftiger Unterstützer Helmut Kohls, der ihn Mitte der 1980er-Jahre ins Kanzleramt holte und zum Chef der Regierungszentrale machte. Im Rahmen von Kohls umfassender Kabinettsumbildung im Frühjahr 1989 übernahm Schäuble das Innenministerium. Im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit verhandelte Schäuble die rechtliche Integration der DDR in die Bundesrepublik – ein überaus anspruchsvolles Vorhaben, bei dem es komplexe Grundsatz- und viele Detailfragen zu klären gab, für die es keine historischen Präzedenzfälle gab. Schäuble löste diese Herausforderung innerhalb weniger Wochen; die Unterzeichnung des Einigungsvertrags am 31. August 1990 war einer der glücklichsten Momente nicht nur in seiner politischen Biographie. Schäubles Beitrag für die Umsetzung der einmaligen Chance der Deutschen Einheit ist kaum zu überschätzen. Was damals innerhalb

weniger Monate politisch zu leisten war und tatsächlich geleistet wurde, bleibt historisch einzigartig und ist ohne Wolfgang Schäuble schwer vorstellbar.

Umso tragischer war das Attentat, bei dem er nur neun Tage nach der Wiedervereinigung, am 12. Oktober 1990, lebensgefährlich verletzt wurde. Nach diesem Schicksalsschlag war zunächst unklar, ob er seine politische Laufbahn würde fortsetzen können und wollen. Doch mit dem ihm eigenen Pflichtbewusstsein kehrte er nur wenige Wochen nach dem Attentat in sein Ministerbüro zurück. Mir ist lebhaft in Erinnerung, wie unmissverständlich er damals schon im Krankenhaus seine Absicht bekundete, selbstverständlich aktiv in der Politik zu bleiben. Als er dann im Trainingsanzug zum ersten Mal wieder in der Fraktion erschien, das gehört zu den nachhaltigen Eindrücken, die alle, die dabei waren, sicher nicht vergessen werden. Ein Leben jenseits der Politik hat er sich vermutlich nicht vorstellen können. Deshalb war er fest entschlossen, sich auch durch ein Attentat nicht daran hindern zu lassen.

Schäubles Autorität als ein Architekt der Deutschen Einheit wurde in der historischen Debatte des Bundestages über den künftigen Sitz von Parlament und Regierung am 20. Juni 1991 erlebbar. Die fast zwölfstündige Debatte war eine Sternstunde der deutschen Parlamentsgeschichte. In der Aussprache waren alle Zutaten einer lebendigen Debattenkultur enthalten: Pathos und Beschwörungen, Appelle und Emotionen wechselten sich ab mit nüchternen Argumenten und praktischen Erwägungen. Schäuble gab mit seinem kurzen, eindringlichen Plädoyer für Berlin als Hauptstadt den wohl entscheidenden Ausschlag dafür, dass der Umzug nach Berlin eine knappe, unerwartete Mehrheit erhielt.

Später im Jahr 1991 wechselte Schäuble in das Amt des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag. Nach der Wahlniederlage der Union 1998 übernahm er in einer schwierigen Zeit den CDU-Parteivorsitz, den er aufgrund der eigenen unglücklichen Rolle in der Parteispendenaffäre schon nach weniger als zwei Jahren aufgeben musste. In den Regierungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel ab 2005 diente Schäuble erneut als Innenminister und später als Finanzminister. In Erinnerung bleiben wird insbesondere sein Beitrag bei der Stabilisierung des Euro in der Staatsschuldenkrise und bei der Stabilisierung des Bundeshaushalts.

Nach der Bundestagswahl 2017 wurde er mit breiter Mehrheit in das Amt des Bundestagspräsidenten gewählt. Mit seiner Autorität und Erfahrung fand er sich schnell in die neue Rolle hinein als selbstbewusster Repräsentant des Bundestages, als öffentliche Instanz zu Fragen der Verfassungspolitik und der Demokratie und als Hüter der parlamentarischen Debattenkultur.

Persönlich war Wolfgang Schäuble immer eine wichtige Orientierung in der eigenen und für die eigene politische Laufbahn. Als ich 1980 in den Deutschen Bundestag kam, war er als damaliger Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion eine meiner wichtigsten Adressen, um mich im parlamentarischen Alltag zurechtzufinden; und er ist eine wichtige Orientierungshilfe in manchen politischen Turbulenzen geblieben. Auch in anderen jeweiligen Rollen und Funktionen sind wir uns über fast vier Jahrzehnte in der Politik verbunden geblieben. Wolfgang Schäuble war dabei immer ein Vorbild, vor allem mit Blick auf seine außergewöhnliche Disziplin und Willensstärke.

Beeindruckt hat mich immer, wie er es vermochte, sein souverän getroffenes Urteil zu einem politischen Sachverhalt in den größeren Zusammenhang der Union, der Regierung und der jeweiligen Koalition zu stellen und dabei auch notfalls die eigene Position zurückzustellen. So wie er es in der Krise um die Staatsfinanzen Griechenlands und den Euro gehandhabt hat, als er eine dezidiert andere Meinung vertrat als die Bundeskanzlerin und sich letztlich diszipliniert eingefügt hat. Das ist eine leider zu seltene, aber für eine funktionierende parlamentarische Demokratie und schon gar für eine Volkspartei wie die Union absolut notwendige Eigenschaft. „Ich bin nicht pflegeleicht. Nicht bequem. Ich bin aber loyal“, so hat er das selbst auf den Punkt gebracht.

Vierzehn Mal hintereinander, ohne Unterbrechung über ein halbes Jahrhundert hinweg das Direktmandat in einem Wahlkreis zu erringen, das wird Wolfgang Schäuble in einem frei gewählten Parlament wohl so schnell niemand nachmachen. Es verdeutlicht den großen Respekt und die Anerkennung, die Wolfgang Schäuble bei den Bürgern in seinem Wahlkreis, aber auch weit darüber hinaus im In- und Ausland sowie über die politischen Lager hinweg erworben hat. Er war eine Ausnahmeerscheinung der deutschen Politik. Seine Vielseitigkeit, sein Durchhaltewillen und seine Durchsetzungskraft waren ebenso außergewöhnlich wie die beispiellose Dauer seiner Parlamentsmitgliedschaft. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird das Andenken an Wolfgang Schäuble bewahren.

Der Sinnfrage die Sinnfrage stellen

Markus Albers
Geboren 1969 in Rheine, lebt als Autor und Berater in Berlin. Er ist Executive Director Consulting bei der Digitalagentur „C3“. Albers hat selbst mehrere viel beachtete Bücher zur Zukunft der Arbeit geschrieben, zuletzt „Digitale Erschöpfung“ (Berlin 2017).

Hans Rusinek:
Work-Survive-Balance. Warum die Zukunft der Arbeit die Zukunft unserer Erde ist, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2023, 288 Seiten, 22,00 Euro.

Was haben „New Work“ und Klimakrise miteinander zu tun?

Gerade, wenn man denkt, dass zum Thema „New Work“ nun wirklich alles gesagt sei, kommt dieses Buch daher.

Wenn man davon überzeugt ist, all die oftmals selbsternannten Digitale-Transformations-Expertinnen und -Experten auf LinkedIn dringend „entfolgen“ zu müssen, und davon, dass die operative Praxis des hybriden Arbeitens alle großen Theorien bereits täglich überholt. Es ist ein Buch, das nicht nur den Stand unterschiedlichster Debatten kurzweilig zusammenfasst, lesbar einordnet und klug kommentiert – sondern das all diesen Aspekten einer sich fundamental und rasend schnell verändernden Arbeitswelt eine Perspektive hinzufügt, die wirklich neu und originell ist: die Frage, ob die Art, wie wir arbeiten, etwas zu tun hat mit der Art, wie wir mit der Klimakrise umgehen.

Moment mal – „New Work“ und Klimakrise? Klingt, als habe jemand aus der Buzzword-Bingo-Lotterie zwei zufällige Stichworte gezogen und versuche nun, diese miteinander zu verheiraten. Ob das überzeugend gelingt? Dazu später mehr. Dass aber ein derart ambitioniertes Unterfangen nur von wenigen Autorinnen und Autoren überhaupt glaubwürdig angegangen werden kann, sollte klar sein. Zum Glück ist Hans Rusinek ein solcher Autor.

Launige Popkultur-Prosa

Der ehemalige Agentur-Stratege und langjährige Mitarbeiter einer auf Transformation spezialisierten Tochter der *Boston Consulting Group* hat sich das Spielbein des Marketers und den Zug zum Tor des Unternehmensberaters erhalten. Beides verknüpft er mit wissenschaftlicher Rigorosität, denn derzeit promoviert er an der Universität St. Gallen zu *Purpose-Driven Organizations*. Rusinek ist also ein Grenzgänger zwischen den Professionen und Branchen. Einer, der spielerisch Querverbindungen ziehen kann, der Theorie in launige Popkultur-Prosa verpackt und dessen Einordnungen komplexer Debatten fast immer ein Kopfnicken provozieren. „Stimmt“, denkt man beim Lesen auf jeder zweiten Seite, „da hat er recht.“ Und: „Das hat er aber schon wieder gut gesagt.“

Man könnte diese knackigen Bonmots auf T-Shirts drucken: „Auf der Arbeit werden wir zu denkenden, planenden und – wichtig! – hoffenden Wesen.“ „Denen, die [...] vom individuellen Glück ohne Arbeit träumen, kann man nur alles Gute wünschen. Denn keine Arbeit wird eben auch keine Lösung sein.“ „Es wird schwer, nach Feierabend ehrenamtlich die Welt zu retten, wenn andere sie hauptberuflich zerstören.“

Wenn Rusinek den ideengeschichtlichen Bogen der aktuellen *Purpose*-Begeisterung vom Selbstverwirklichungs-Ideal der Hippie-

bewegung zum *Meaning*-Paradigma zeitgenössischer „New Work“-Theorien spannt, hat das enorme Plausibilität. Er beschreibt, wie sich die Arbeitswelt die Kritik der Gegenkultur angeeignet hat. „Die Motivationsquelle Geld alleine hält den Laden nicht am Laufen. Es muss schon etwas Sinn sein.“ Sinn – so die abgeleitete und letztlich pervertierte Botschaft – finden wir, wenn wir in der Arbeit aufgehen, „nicht aber, wenn du deren Sinn etwa aus ökologischen Gründen bezweifelst, nicht aber, wenn du anderen Sinnquellen wie Familie, Freundschaft oder Natur Raum geben möchtest“. Es sei also – noch so ein Rusinek'scher T-Shirt-Spruch – „Zeit, der beruflichen Sinnfrage die Sinnfrage zu stellen“.

Weltflucht in digitale Metaversen

Bei solchen Themen ist der Autor besonders stark. Man merkt, dass er zu *Purpose* forscht. Auch wenn er vier „New Work“-Typen skizziert, ist er ganz bei sich – inklusive süffiger Anekdoten. Es ist eine wohlmeinende Kritik, eine zugewandte Ironie, die seine Einschätzungen aktueller Arbeitsdebatten durchzieht. Er beschreibt sie treffend als „Weltflucht in digitale Metaversen“, als „intensivierte Verfügbarmachung aller Ressourcen, auch der spirituellen und persönlichen Sehnsüchte“, als „großes Kreativitätstheater am Arbeitsplatz durch gemeinsame Ideen-Retreats, Innovationsspielchen, Post-it-Schlachten und natürlich Tischtennisplatten“.

Man möchte solche Kapitel all den *Purpose*-Gurus und Change-Apologietinnen und -Apologeten als Pflichtlektüre empfehlen. Rusinek stellt die „New Work“-Debatte vom Kopf auf die Füße, und das darf er, weil er die Methoden und Theorien – von *Design Thinking* bis Achtsamkeit – so sicher beherrscht, dass er sie fröhlich remixen kann. Es ist ein Sound, den man aus den Popkultur-Texten der 1990er-Jahre kennt – das macht Spaß und ist lehrreich.

Aber der Autor muss ja die Kurve zum Klima kriegen. „Wenn das die Lösungen sind, um die Zukunft der Arbeit für uns zu gestalten, möchte ich mein Problem zurück“, schreibt er: Das wahre Problem sei, „dass wir die Chance verpassen, uns an eine Zukunft der Arbeit zu machen, die unsere Zukunft auf diesem Planeten mitmeint!“

Er inszeniert diese thematische Wende etwas theatralisch als Kampf gegen ein vermeintliches Sprechverbot: „Es war bei jedem einzelnen Future-of-Work-Kongress, den ich besucht habe, die große Verdrängungsleistung, dass Future of the Planet nicht vorkommt. Ich fühle mich oft wie in einem Tabuspiel, in dem ‚Planet‘, ‚Klimakrise‘, ‚Ökologie‘ und ‚Grenzen‘ zu den verbotenen Wörtern gehören, die auf keinen Fall erwähnt werden dürfen.“

Vom Vorrang des Tuns

Da fragt man sich als Leser: Ist das wirklich so? Und ist diese Überhöhung notwendig, um das vorgeblich Unaussprechliche auszusprechen? Die argumentative Volte gipfelt in einer rhetorischen Frage, an der sich das Buch immer wieder abarbeitet: „Ist die Krise unserer Umwelt nicht eine Krise unseres Tätigseins, unserer Arbeit in ihr?“

Was anfangs noch wie ein Bonustrack wirkt, der das eigentlich runde Album nicht besser macht, wie ein angestrebter Versuch, das vielleicht bestmögliche aktuelle „New Work“-Buch irgendwie auf Klima zu trimmen, wird von Seite zu Seite überzeugender. Das gelingt Rusinek, indem er den Vorrang des Tuns über das Denken in den Mittelpunkt seiner Argumentation stellt. „Nicht die Technologie, sondern ihre Praxis macht den Unterschied“, wird Lars Hochmann, Professor für Betriebswirtschaftslehre, zitiert. Worauf es jetzt also ankomme, seien die Bedingungen der Möglichkeit einer verantwortungsvollen Praxis. Genau

das ist Rusineks Mantra: Die Praktiken unseres Arbeitens sind „rostige Altlasten, die so schwer wiegen, dass sie von zukunftsfähiger Arbeit abhalten“ – weshalb er der Praxistheorie ein ganzes Kapitel widmet. Fast unsere gesamte soziale Welt, so zeigt der Autor, lässt sich aus erlernten Praktiken erklären; folglich ist „Zukunft [...] keine ferne Fantasie, sondern besteht in der nächsten Entscheidung“. Indem wir das tägliche Tun unseres Arbeitens ändern, schaffen wir die Möglichkeit, an der Rettung des Planeten zu arbeiten. Oder, um es mit einem von Rusineks T-Shirt-Sprüchen zu sagen: „It’s the practices, stupid!“

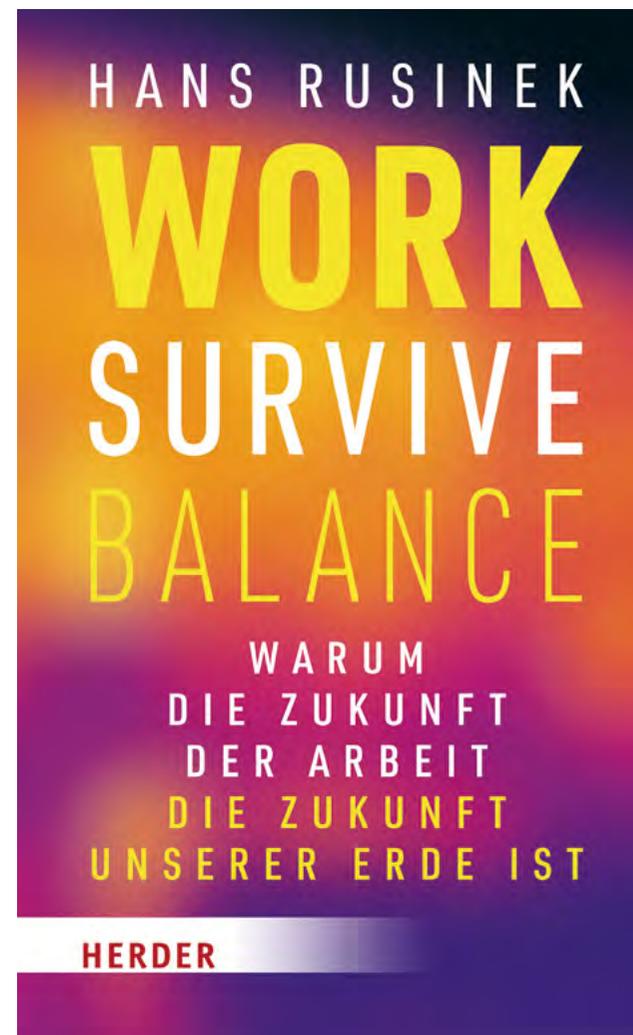
Kann man sich vorstellen. Wenn wir die Welt retten wollen, fangen wir am besten mit dem an, was wir jeden Tag tun – und das ist für die meisten: der Job.

Hier zeigt sich eine Superkraft dieses Autors: Er schafft es, seine Leserinnen und Leser auch dann mitzunehmen, wenn der oder die sich eigentlich ziert. Ob man die These der Verbindung von „New Work“ und Klima am Ende komplett plausibel findet, wird fast nebensächlich, denn das entspannt intellektuelle Flanieren auf dem Weg dahin, das fröhlich mändernde Ausleuchten theoretischer Hauptstraßen und Seitengassen, vor allem aber die hohe Dichte origineller Gedanken und produktiver Querverweise, die dieses Buch anbietet, machen den eigentlichen Lesegenuss aus.

Ein Buch wie ein Gespräch

Rusinek ist ein disziplinierter Denker – dem man hier aber die Freude anmerkt, sich selbst mit ideengeschichtlichen Assoziationen und hermeneutischer Improvisation zu überraschen. Ein Buch wie ein Gespräch unter belesenen Freundinnen und Freunden, bei dem ein Argument das nächste ergibt und die Einfälle sich stapeln, bis irgendwann, bei der zweiten Flasche Rotwein, der eine fragt: „Wie sind wir

© Herder Verlag,
Freiburg i. Br.



noch mal darauf gekommen?“ Und die andere antwortet: „Ist doch egal.“

Hans Rusinek erfrischt und verjüngt die zuletzt etwas ermattete „New Work“-Debatte, indem er ihr eine neue potenzielle Relevanzdimension schenkt. Allein dafür muss man ihm dankbar sein, denn was bleibt denn sonst? Produktiver werden wir durch hybrides Arbeiten nicht, wenn man sich die Studien anschaut. Kreativer auch nicht, weil unser Kalender aus einer Videokonferenz nach der anderen

besteht. Und glücklicher schon gar nicht, wenn entgrenzte Arbeit unter dem Deckmantel von *Purpose* und *Meaning* noch in den letzten Lebensbereich einsickert.

Vielleicht – und es ist ein großes „Vielleicht“ – können wir stattdessen mit einem neuen Arbeitsverständnis den Klimawandel bekämpfen. Ob das funktioniert, muss – genau – die Praxis zeigen. Uns diesen Möglichkeitsraum eröffnet zu haben, ist das große Verdienst dieses Buches.

Der lange Abschied von der Entspannungspolitik

Beate Neuss

Geboren 1953 in Essen, emeritierte Professorin für Politikwissenschaft, 1994 bis 2018 Leiterin der Professur für Internationale Politik, Technische Universität Chemnitz, 2001 bis 2023 Stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Krim-Annexion vor zehn Jahren und die deutschen Russlandbeziehungen

„Das Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts verstanden“ – Søren Kierkegaards Satz zur begrenzten Erkenntnis über die Zukunft trifft auch für die Politik und ihre Gestalter zu.

Das gilt umso mehr, wenn die Entwicklungen radikale Haken schlagen, weg von Erwartungen und der Logik der eigenen politischen Kultur und Rationalität – und die Pfadabhängigkeit in Beziehungen zur Gefährdung wird. Bundeskanzlerin Angela Merkel soll gesagt haben: „Putin lebt in einer anderen Welt“ – das ist sicher richtig, aber es fiel gerade Deutschen schwer, zu verstehen, dass in dieser anderen Welt andere Regeln gelten und auch brutale Kriege als probate Instrumente angesehen werden.

Fasziniert saßen wir im Winter 2013/14 vor den Fernsehnachrichten und sahen, wie sich in Kiew auf dem *Majdan Nesaleschnosti*, dem Platz der Unabhängigkeit, Menschen versammelten – und es trotz der Kälte immer mehr wurden. Sie protestierten gegen die im letzten Moment ausgesetzte Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union (EU) durch Präsident Wiktor Janukowytsch. Bald entwickelte sich der „Euromaidan“ zu einer Massenbewegung – für Europa, für Demokratie und gegen den pro-russischen Kurs der Regierung. Am 22. Februar 2014 floh Janukowytsch nach Russland.

Gleichzeitig begann Moskaus Operation zur Annexion der Krim mit militärischen Spezialkräften, den sogenannten „Grünen Männchen“ ohne Hoheitsabzeichen. Sie wurden in den westlichen Medien als aufständische Bewohner der Krim angesehen, die mit dem neuen, europäischen Kurs der Ukraine nicht einverstanden waren. Die „Selbstverteidigungskräfte der Krim“ schalteten umgehend unabhängige Medien ab, verhafteten, verschleppten oder vertrieben pro-ukrainische Bürger, insbesondere auch die Krimtataren. Sie übernahmen die Herrschaft über die Institutionen und die Infrastruktur der Krim. Ein manipuliertes und unter Drohungen abgehaltenes Referendum am 16. März 2014 stimmte für den Beitritt zur Russischen Föderation. Zwei Tage später verkündete Präsident Putin die Annexion der Halbinsel.

Das Vorgehen des Kremlchefs mit nicht gekennzeichneten schwerbewaffneten Spezialkräften – dazu bekannte er sich erst im April 2014 –, verbunden mit der unklaren Umbruchsituation in Kiew, ließ rätseln, inwieweit auf der überwiegend russischsprachigen Krim eine pro-russische Bewegung agierte oder ein wohl vorbereitetes, strategisches Vorgehen Putins zur Verschiebung einer Grenze zugunsten Russlands stattfand.

Nach der Einverleibung der Krim begann Putin, von *Noworossija* („Neurussland“) zu sprechen – einem weitaus größeren Gebiet in der Ukraine, das einst unter Katharina der Großen zu Russland gehört hatte. Ein nächster Schritt erfolgte, als am 27. April 2014 von Putin ebenfalls durch reguläre Truppen militärisch unterstützte Separatisten im Donbass die Volksrepubliken Lugansk und Donezk ausriefen und weitere Gebiete zu erobern versuchten. Seither steht die Ukraine im Krieg, der bis Februar 2022 als sogenannte *low intensity war* geführt wurde, mit von Russland gelieferten Waffen und unter Bruch zweier Waffenstillstandsabkommen. Der Westen wurde erstmals mit der hybriden Kriegstrategie Moskaus konfrontiert.

Am 24. Februar 2022 überzog die Armee des russischen Präsidenten schließlich die gesamte Ukraine mit einem gegen die Zivilgesellschaft gerichteten brutalen Angriffskrieg, nicht „nur“ deren Osten. Es geht nun um die Vernichtung des ukrainischen Staates, vor allem der ukrainischen Nation und Kultur. Die Bewertung der deutschen Russlandpolitik änderte sich nach dem Angriff in wenigen Stunden radikal. Man fragt sich deshalb: Wie und in welchem innen- und außenpolitischen Kontext machten die damaligen Regierungen unter Bundeskanzlerin Angela Merkel Russlandpolitik?

„Wandel durch Verflechtung“

Als Angela Merkel am 22. November 2005 zur Bundeskanzlerin gewählt wurde, erbe sie nicht nur die auf Stabilisierung und Integration Russlands in das westliche Wertesystem gerichtete Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl, sondern auch die ihres unmittelbaren Amtsvorgängers Gerhard Schröder, der gegen Ende seiner Amtszeit ein ausgesprochen kumpelhaftes, unkritisches Verhältnis zum russischen Präsidenten entwickelte. Präsident Putins Staatsbesuch 2001 mit seiner Rede auf Deutsch im Deutschen

Bundestag hatte alle Bundestagsfraktionen, die Medien und die Wirtschaft begeistert und ihm große Sympathie bei den Bürgern verschafft. Ohnehin hielt bei den Parteien, aber auch in der Öffentlichkeit zumindest bis 2014 das Gefühl der Dankbarkeit über die Deutsche Einheit und den problemlosen Abzug der großen sowjetischen, nach Auflösung der Sowjetunion 1991 dann russischen Militärverbände aus Deutschland an. Schröder zog in seiner Amtszeit die Russlandpolitik an sich. Der Petersburger Dialog (2001) brachte Partner aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammen.

So fand die Bundeskanzlerin auf Regierungsebene eingefahrene deutsch-russische Beziehungen vor, die von der deutschen Industrie, insbesondere vom Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft, massiv unterstützt wurden. Billige Energielieferungen standen im Zentrum des Interesses; dafür hatte die Vorgängerregierung bereits im Sinne Moskaus den Einfluss von *Gazprom* und russischen Staatsunternehmen in der deutschen Energiewirtschaft gefördert. Nur Wochen vor der Bundestagswahl 2005 war der auf deutscher Seite privatwirtschaftliche Vertrag für die Ostsee-Pipeline im Beisein von Gerhard Schröder und Wladimir Putin unterzeichnet worden. Schröder trat nach der verlorenen Wahl 2005 nicht nur in den Vorstand von *Gazprom* und weiteren Staatsunternehmen ein, sondern wurde bis 2022 Russlands einflussreichster Lobbyist in der SPD und für die deutsche Wirtschaft. Außenminister Frank-Walter Steinmeier hatte sich als Kanzleramtsminister unter Schröder um die Beziehungen zu Russland gekümmert und ein enges Verhältnis zur russischen Führung. Jetzt lag die Aufgabe in seinem Ressort – gemäß der traditionellen Auslegung des Ressortprinzips mit weitgehender Handlungsfreiheit.

„Wandel durch Verflechtung“ war Steinmeiers Konzept, das eine „irreversible“ Partnerschaft mit Moskau festigen sollte. Das

Narrativ entsprach der SPD-DNA, das seit der Brandt'schen Ostpolitik ebenso Teil ihrer Identität geworden war wie der verbreitete Skeptizismus gegenüber den USA und der NATO sowie eine generelle Neigung nach Russland. Dieses Konzept erhielt unter Präsident George W. Bush und später unter Donald Trump reichlich Nahrung.

Empfang im KGB-Stil

Angela Merkel kennt Russland seit ihren Studientagen, spricht gut Russisch und hat große Sympathien für Land und Leute. Ein Porträt von Katharina der Großen zierte lange ihr Amtszimmer. Allerdings machte sie sich keine Illusion über die mangelnde Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie den Charakter des früheren KGB-Offiziers Putin. Er selbst bestätigte seine Prägung offenbar lustvoll, indem er versuchte, die Bundeskanzlerin – deren Abneigung gegen Hunde dem Kreml bestens bekannt war – bei ihrem Besuch in Russland durch seinen großen Labrador einzuschüchtern, was sie als KGB-Stil bezeichnete.

Deutlich wurde der Unterschied zum Verhältnis zwischen Schröder und Putin durch eine neue Sachlichkeit und andere Prioritätensetzung: Während die Bundeskanzlerin für ihren Antrittsbesuch zwei Tage in Washington war, nahm sie sich im Januar 2006 für Putin nur einen halben Tag Zeit. Sie betonte jedoch ihr Interesse an Kontinuität und intensiver Zusammenarbeit, an jährlichen Regierungskonsultationen und zivilgesellschaftlichem Austausch im Rahmen einer strategischen Partnerschaft. Anders als ihr Amtsvorgänger sprach sie aber auch Differenzen über Moskaus brutales Vorgehen im Tschetschenienkrieg und die Einschränkung der Arbeit von Menschenrechtsorganisationen an. Sie ließ es sich auch nicht nehmen, in Moskau mit Menschenrechtlern und Oppositionellen zusammenzutreffen.

Über die Jahre gewann die Kanzlerin aufgrund der vielen persönlichen Treffen bilateral, auf internationalem Parkett und in zahlreichen Telefongesprächen den Respekt Putins. Erst in den letzten Tagen ihrer Amtszeit – als sich Putins Truppen an drei Grenzen der Ukraine positionierten – verweigerte er sich ihren Anrufen.

Putin empfindet den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums als tiefe Schmach, „als größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“, die es zu revidieren gilt. Er strebt nach der Wiederherstellung des russischen Imperiums. Als Feind sieht er die USA, die für ihn Verursacher jeglicher Demokratiebestrebungen sind. Den Westen verachtet er, hält ihn für schwach, zerstritten, dekadent, nicht durchhaltefähig. Die Europäische Union ist in seiner Sicht kein Machtfaktor. All das fließt in seine Entscheidungen ein. Bereits in den 1990er-Jahren war zu erkennen, dass Russland seinem früheren Machtbereich – dem „Nahen Ausland“ – nicht die volle Souveränität zugestehen wollte; die russischen „Friedenstruppen“ wurden nicht wie vereinbart aus Transnistrien abgezogen und blieben auch in Südossetien. 2005/06 reagierte der Kreml auf die Orangene Revolution in der Ukraine und die Wahl des pro-europäischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko (2004) mit Druck und drastischen Gaspreiserhöhungen sowie schließlich mit dem zeitweiligen Stopp der Lieferungen. Energie wurde zur Waffe.

Außenminister kritisiert Kanzlerin

Aus der konfrontativen Rede Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 ließ sich ein Politikwechsel herauslesen, der sich mit einem Cyberangriff auf das neue NATO-Mitglied Estland 2007 manifestierte. Die Reaktion auf die Rede und den Cyberangriff war in Deutschland völlig anders als im alarmierten Osteuro-

pa: In der Öffentlichkeit und in Talkshows, vor allem aber beim Koalitionspartner herrschte die Meinung vor, man müsse Russland mehr einbinden, Putin entgegenkommen. Pro-russische Journalisten, deren Verbindungen nach Moskau – wie im Falle von Hubert Seipel – teils erst jetzt aufgedeckt werden, und „Putin-Versteher“ kamen in Medien und prominenten Talkshows regelmäßig zu Wort, so die damals scheinbar unvermeidliche Gabriele Krone-Schmalz als Pro-Putin-Star. Prominente Politiker, allen voran Altkanzler Schröder, drängten in diese Richtung und hatten starken Einfluss auf die SPD-Fraktion. Der vom Kreml verbreitete Mythos, die NATO habe zugesagt, östlich der DDR keine neuen Mitglieder aufzunehmen, fand inzwischen Resonanz – das Argument tauchte erst Mitte der 2000er-Jahre auf. Der Außenminister kritisierte die Kanzlerin, weil sie gegenüber Putin rechtsstaatliche Defizite in Russland deutlich ansprach.

Während Außenminister Steinmeier in seinem Ressort – gedrängt und unterstützt durch das beachtlich große Netzwerk um Schröder aus SPD-Politikern der ersten und zweiten Reihe sowie Wirtschaftsführern – die Energiebeziehungen mit Russland vorantrieb, entwickelten sich die Verhältnisse in Moskau scheinbar in eine bessere Richtung: Der damals liberal auftretende Dmitri Medwedew löste Putin im Amt ab. Bald war aber erkennbar: Dieser bleibt der eigentliche Machthaber. Während Medwedews Amtszeit nahm die Regierung einen neuen Anlauf zu intensiverer Kooperation. Der Kreml akzeptierte Steinmeiers Angebot einer „Modernisierungspartnerschaft“ – scheinbar eine Win-win-Situation: deutsche Investitionen in Russland mit moderner Technologie, wachsende deutsche Exporte und vor allem billige Energie für die deutsche Industrie –, das alles, so die Zielsetzung, vor einem Hintergrund nun wieder wachsender Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Russland.

Die Bundeskanzlerin konnte die Befindlichkeiten und Probleme des zerfallenen russisch-sowjetischen Imperiums nachvollziehen und setzte sich bei ihren Gesprächen mit ihren westlichen Partnern für Verständnis der russischen Sicherheitsinteressen ein. Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 widersprach sie, gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, den Plänen des amerikanischen Präsidenten Bush, der die Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO anstrebte. Das Kommuniké eröffnete die Perspektive auf einen späteren Eintritt. Vier Monate später griff das abtrünnige Südossetien unter dem Schutz russischer „Friedenstruppen“ Georgien an, dessen Präsident mit seiner militärischen Antwort dem Kreml den Vorwand für den Einmarsch der russischen Armee lieferte.

Heute wird Merkels Veto vielfach als strategischer Fehler gesehen, der den Überfall auf Georgien und die Ukraine ermöglichte. Vergessen wird allerdings: Die politische und technische Vorbereitung eines Beitrittskandidaten durch den *Membership Action Plan* der NATO kann Jahre dauern. Anschließend müssen alle NATO-Mitglieder und der Kandidat den Vertrag ratifizieren; auch das kann dauern, wie wir aktuell im Fall Schwedens sehen. Zudem ist die Ukraine heute kaum noch mit dem Land von 2014 zu vergleichen. Ihre seit 1990 chronisch instabilen Regierungen hielten nicht einmal zwei Jahre; die Hälfte der Bevölkerung lehnte einen NATO-Beitritt ab; hinzu kamen die notorische Korruption im Staatsapparat und eine desolote Armee. Kurz: In Anbetracht der festen Überzeugung Putins, die früheren Teile der Sowjetunion in seinen Machtbereich integrieren zu wollen, war eine unmittelbare Invasion in einer schwachen Ukraine ebenso wahrscheinlich, um einem NATO-Beitritt zuvorzukommen.

Nach gefälschten Duma-Wahlen 2011 und Putins Volte, 2012 nach ebenfalls manipulierten Wahlen wieder das Präsidentenamt

zu übernehmen, verschlechterte sich das Verhältnis Merkels zu Putin, weil dieser sofort die Repressionen verschärfte: das Vorgehen gegen die Band *Pussy Riot* sowie gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und das sogenannte Agentengesetz führten nun zu deutlicheren Reaktionen in Deutschland. Ein Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP mit scharfer Kritik an der russischen Innenpolitik erinnerte daran, dass die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft unter rechtsstaatlichen Bedingungen Teil der Modernisierungspartnerschaft war, setzte sich jedoch für eine weitere intensive Zusammenarbeit mit Russland ein. Die Entschließung milderte der Bundestag auf Intervention des Auswärtigen Amtes noch ab. Nicht nur in der SPD gab es den Willen, eng mit dem Kreml zusammenzuarbeiten – auch in Merkels eigener Fraktion war die Rücksicht auf Russland und auf deutsche Wirtschaftsinteressen groß. Eine Kooperation mit Moskau schien fundamental für die deutschen Interessen.

Ukraine im Windschatten deutscher Politik

Obwohl Putin Russland unübersehbar zu einer Diktatur umbaute und unter dem Agentengesetz auch die Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau mit Razzien überzog (2013), hat Bundeskanzlerin Merkel einen Koalitionsvertrag mit der SPD akzeptiert, der unter dem Leitsatz „Sicherheit in und für Europa lässt sich nur mit und nicht gegen Russland erreichen“ einen langen Passus enthielt, der vollständig vom Narrativ des Wandels durch Verflechtung durchtränkt war. Der Bürgerkrieg in Syrien war aus dieser Sicht nur ein weiteres Argument für die Einbindung Moskaus. Gernot Erler (SPD) als Vertreter dieser Richtung ersetzte in der Großen Koalition den verstorbenen putinkritischen Russlandbeauftragten Andreas Schockenhoff.

Trotz der Warnungen mittelosteuropäischer Mitgliedsländer der Europäischen Union, besonders Polens und der baltischen Staaten, blieb die Ukraine im Windschatten deutscher Politik.

Angela Merkel wird nachgesagt, ein distanzierteres Verhältnis zur Bundeswehr beziehungsweise allgemein zum Militär zu haben. Im Grunde war das Konzept der Abschreckung bereits 1990 von der deutschen Politik ad acta gelegt worden. Auch als Washington und europäische Partner bereits mit Sorge das massive Aufrüstungsprogramm des Kreml, seine ZAPAD-Manöver – gemeinsame Militärmanöver der russischen und belarussischen Streitkräfte – und die neue, hybride Militärstrategie betrachteten, ließen die CDU-Verteidigungsminister auf Druck der rüstungs-skeptischen SPD, aber auch mit Rücksicht auf die Sparziele aus dem Finanzministerium die Schwächung der Bundeswehr (Personal und Ausrüstung) zu. Sie war zulasten der Bündnisverteidigung den Anforderungen der Zeit, also Auslandseinsätzen, angepasst worden und weit entfernt vom 2002 verabredeten Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aufzuwenden. Auch auf der NATO-Tagung in Wales 2014 gelang es nicht, dieses Ziel verbindlich festzuschreiben.

„Diplomatisch-politischer Weg aus der Krise“

Der Abbau der hohen Staatsverschuldung infolge der Finanzkrise 2010 und die Haltung der jeweiligen Koalitionspartner hatten eine Erhöhung des Militärhaushalts Deutschlands aussichtslos gemacht. Um Putin nicht das Argument der Verletzung der NATO-Russland-Akte (1997) zu liefern, lehnte Merkel Forderungen nach der Verstärkung von NATO-Truppen im Baltikum und in Polen ab. Bei der Verweigerung von Waffenlieferungen an die Ukraine

blieb es auch nach dem hybriden Überfall Putins auf die Krim 2014 und den Donbass – offenbar, weil Merkel diese innenpolitisch nicht hätte durchsetzen können und eine Konfrontation der Ukraine mit Russland als aussichtslos ansah, ferner Moskaus Mitwirken am Waffenstillstand nicht gefährden wollte. Analysen von Russlandexperten, der Kreml wolle die Ukraine als vermeintlich russisches Territorium reintegrieren, wollte das Auswärtige Amt – und die Kanzlerin – nicht wahrnehmen beziehungsweise durch Eingehen auf Russland abwenden. Merkels Instrumente waren die Diplomatie und Strategien der De-Eskalation. Diese Haltung wurde in Deutschland und in Frankreich überwiegend geteilt. Daran änderte auch die Analyse von Ost-Experten nichts, die aus Äußerungen des Kreml andere Entscheidungen ablasen. Historiker werden herausfinden, wie stark Christopher Clarks Buch *Die Schlafwandler* die Entscheider in ihrer Sorge vor einem Hineinschlittern in die Eskalation beeinflusste.

Merkel bekannte sich in ihrer Regierungserklärung zum russischen Überfall auf die Krim 2014 „zum diplomatisch-politischen Weg aus der Krise“, für den es einen „langen Atem“ brauche. Die Hand nach Russland blieb somit ausgestreckt, um den Konflikt über Verhandlungen zu lösen. Sie nannte die Konsequenzen für Moskau, falls eine Einigung nicht zustande käme. Moskau würde aus der G8 ausgeschlossen, Kiew sollte wirtschaftliche und politische Unterstützung erhalten. Sie setzte sich in einem diplomatischen Kraftakt für Waffenstillstandsverhandlungen ein, an denen neben Frankreich und der Ukraine auch Putin teilnahm und in die darüber hinaus die USA, die Europäische Union und die OSZE eingebunden waren. Letztlich gingen die Vereinbarungen (Minsk I und II) allerdings zulasten der Ukraine; die Annexion der Krim stand ohnehin nicht mehr zur Diskussion, und der Waffenstillstand wurde zu keinem Zeitpunkt befolgt.

Putin hielt die Fiktion aufrecht, an der Abtrennung der Ostukraine nicht beteiligt zu sein. Nach dem Abschuss der MH17-Maschine im Juli 2014 setzte Merkel gegen den Widerstand einiger Partner Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland durch – und hielt mit aller Kraft an deren Beibehaltung fest. Vom Koalitionspartner SPD, von der Wirtschaft, den Medien, den rechten „Montagsdemonstrationen“ und EU-Partnern war bald die Forderung nach Aufhebung der Sanktionen gekommen.

Trotz allem keine Neuausrichtung der Russlandstrategie

Erstaunlich bleibt, dass auch zu diesem Zeitpunkt keine grundlegende Neuausrichtung der Russlandstrategie folgte, trotz Moskaus Rolle in der Ostukraine, in Syrien, in Libyen und trotz seiner Hochrüstung. Im Gegenteil: *Nord Stream 2* wurde 2015 unterzeichnet. Steuereinnahmen aus Energielieferungen machten rund vierzig Prozent des russischen Staatshaushalts aus, siebzig Prozent des Gasexports gingen in die Europäische Union. *Nord Stream* mochte so als ein (letztes) Instrument gesehen werden, Putins Interesse an einer kooperativen Politik mit dem Westen zu erhalten. Schon *Nord Stream 1* schwächte die Ukraine, weil die Durchleitung von Gas nicht nur finanziell von Bedeutung war, sondern ihr auch ein Druckmittel gegen Moskau in die Hand gab. *Nord Stream 2* würde dem Kreml ermöglichen, die Ukraine völlig zu umgehen – ein klares geostrategisches Instrument des Kreml. Aber die Kanzlerin blieb ebenso wie die Union, SPD und die Grünen bis 2021 bei ihrer Aussage, die Pipelines seien rein wirtschaftliche Projekte, was rechtlich zutraf, deren geostrategische Bedeutung aber negierte. Vizekanzler Olaf Scholz zeichnete noch im Dezember 2021 ein Papier aus dem Wirtschaftsministerium ab, das die Versorgungssicherheit als ungefährdet, ja als durch *Nord Stream 2* bes-

ser gesichert ansah. Es war US-Präsident Joe Biden, der bei Scholz' Antrittsbesuch als Bundeskanzler Anfang Februar 2022 in Washington das Pipelineprojekt zu Grabe trug, als er keinen Zweifel daran ließ, dass ein Einmarsch Russlands in die Ukraine das Ende von *Nord Stream 2* bedeuten werde. Scholz erklärte, man werde „gemeinsam agieren“, weigerte sich aber weiterhin beharrlich, die konkrete Maßnahme und Drohung zu wiederholen.

Durch die Verpflichtung der Koalition, sowohl aus der Kernenergie als auch aus der Kohle auszusteigen, musste (preiswertes) Gas zur unabdingbaren Brückentechnologie der Versorgungssicherheit werden. Die Industrie lehnte Flüssigerdgas (*Liquefied Natural Gas*, LNG) aus Kostengründen ab und drohte mit dem Verlust von Arbeitsplätzen. SPD und Grüne waren aus ökologischen und politischen Gründen dagegen, umso mehr, als Donald Trump ultimativ forderte, die Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren. Das LNG-Terminal wurde daher nicht gebaut – Investoren hielten es nicht für zukunftssträftig. So entstand – ausgerechnet nach der russischen Aggression 2014 – eine Abhängigkeit von russischem Gas, die zum Ende der Großen Koalition 2021 bei 55 Prozent lag. Der Glaubenssatz, Russland habe selbst im Kalten Krieg immer zuverlässig geliefert und werde es daher weiter tun, stand unerschütterlich fest. Aufgrund der deutschen Wirtschaftsphilosophie, Unternehmen müssten selbst ihre Rohstoffversorgung sichern, genehmigte das Wirtschaftsministerium unter Sigmar Gabriel auch noch den Verkauf der größten Erdgasspeicher an Russland.

Die SPD hatte weder Russlands Art der Kriegsführung in Syrien noch der Überfall auf die Ukraine wachgerüttelt. Das Auswärtige Amt hielt an der vermeintlichen Wirksamkeit von Entspannungspolitik fest und forderte Abrüstungsvereinbarungen. Steinmeier brandmarkte 2016 ein NATO-Manöver als „Säbelrasseln

und Kriegsgeheul“. Die SPD machte 2017 Wahlkampf unter dem Slogan „Lieber sechs Prozent für Bildung als zwei Prozent für Rüstung“. Insbesondere ihr Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich agitierte weiter dafür, Moskau entgegenzukommen. Nur mit Mühe war die Partei nach der Bundestagswahl 2017 zu überzeugen, erneut eine Große Koalition mit der CDU/CSU einzugehen, was Merkels Stand gegenüber der SPD und deren Ministerien nicht stärkte.

Außenpolitik entsteht im Kontext anderer politischer Aufgaben und Krisen, die gleichzeitig zu beherrschen sind, im Kontext von stets zu engen finanziellen Rahmenbedingungen, Anforderungen des Koalitionspartners und der Ressortchefs, der Wirtschaft und nicht zuletzt der (ver)öffentlich(t)en Meinung. Eine Kette von schweren Krisen galt es parallel zu bearbeiten – die europäische Staatsschulden-

krise, die steigenden Flüchtlingszahlen seit 2014/15 und schließlich Corona. Angela Merkel war sich des Charakters des russischen Präsidenten bewusst. Er galt als risikoscheu. Dass er mit einem Überfall auf die Ukraine massiv den Wohlstand und die Zukunft seines Landes gefährden würde, ist aus der Logik demokratischer Regierungschefs, die auf Zustimmung angewiesen sind, wohl schwer nachzuvollziehen – insbesondere, wenn man erlebt hat, wie machtvoll Diplomatie im Prozess der Deutschen Einheit war.

Putin wartete mit dem Angriff, bis die pazifistisch und durch den Glauben an die Wirkung von Entspannungspolitik um beinahe jeden Preis geprägte rot-grün-gelbe Koalition im Amt war. In Anbetracht der pazifistischen Grundhaltung des Landes, der SPD und der Grünen bedurfte es dieses großen Schocks, um ein Umdenken in Gang zu setzen.



Foto: © KAS |
Marie-Lisa Noltenius

Wolfgang Bergsdorf

* 7. November 1941 in Bensberg
† 9. Januar 2024 in Bonn

*„Aus der Vielzahl der Beziehungen zwischen Macht und Geist, der Wolfgang Bergsdorfs Lebensarbeit gewidmet ist, bleibt zu lernen, dass keine der beiden Größen ohne die andere bestehen, keine auch absoluten Gestaltungsanspruch erheben kann.“
(Karl Dietrich Bracher)*

Kurz vor Fertigstellung der vorliegenden Ausgabe erreichte unsere Redaktion die Nachricht vom plötzlichen Tod ihres langjährigen Chefredakteurs und späteren Herausgebers. Auf ihrem Blog veröffentlichte sie umgehend einen ausführlichen Nachruf aus der Feder von Michael Borchard, der unter anderem als früheres Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift über Jahre hinweg eng mit Wolfgang Bergsdorf zusammengearbeitet hat.

In fast vier Jahrzehnten nahm Wolfgang Bergsdorf prägenden Einfluss auf Gestaltung und Entwicklung der „Politischen Meinung“: 1979 trat er in die Redaktion ein, 1998 übernahm er in Nachfolge von Karl Willy Beer, Ludolf Herrmann und Peter Hopen die Schriftleitung, von 2012 bis 2018 gab er die Zeitschrift gemeinsam mit Hans-Gert Pöttering und Bernhard Vogel heraus.

Die Begriffe von „Geist“ und „Macht“ und ihre Beziehungen zueinander, in denen der bedeutende Politikwissenschaftler Karl Dietrich Bracher sehr früh den Kern und den Angelpunkt der „Lebensarbeit“ von Wolfgang Bergsdorf erkannte, mögen heute unzeitgemäß anmuten. Liegt es vielleicht daran, dass Geist und Macht, die selten genug gut zueinanderfinden, ihre überaus strapaziöse Beziehungsarbeit im ohnehin fordernden Alltag inzwischen lieber hintanstellen? Manch einer fragt, ob der Dialog – etwa in dieser Zeitschrift – überhaupt noch lohnt.

Unsere Antwort darauf lautet: Ja, und erst recht! Gerade jetzt, wo Demokratie und Gesellschaft immer noch weitgehend ratlos auf die wachsende Unterstützung extremer Kräfte reagieren, geht es um weit mehr als etwa eine administrative Gegenwehr. Politisches Handeln erfordert mehr denn je intellektuelle Ressourcen, den sozialen, mentalen und kulturellen Rahmenbedingungen dieser Entwicklung im Streit und Widerstreit auf den Grund zu gehen. Auch insofern bleibt die „Lebensarbeit“ von Wolfgang Bergsdorf – erneut ein mittlerweile befremdlich großes Wort – Vermächtnis.

Im Namen der Redaktion,
Bernd Löhmann

Vor zwei Jahren brach der russische Diktator Wladimir Putin einen Krieg vom Zaun, der längst zum „Abnutzungskrieg“ geworden ist. Das Überleben der Ukraine hängt davon ab, ob sie den immer wieder neu anrollenden Wellen von Soldaten und Material standhalten kann. Aktuell scheinen auf ukrainischer Seite die Ressourcen knapp zu werden. Geht Putins Kalkül auf, dass der Westen noch nicht einmal die Bereitschaft zu materiellen Opfern dauerhaft aufbringen wird?

Unser Foto zeigt Polizeibeamte vor Trümmerteilen russischer Raketen, die am 3. Dezember 2022 in Charkiw (Ukraine) eingeschlagen sind.

Foto: @picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Libkos



